

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über die Tagung der Versammlung vom 2. bis 5. Dezember 1991 in Paris

Während des zweiten Teils ihrer 37. ordentlichen Sitzungsperiode erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse zu folgenden Themen:

Bericht des Präsidialausschusses der Versammlung

Politische Fragen

- Erster Teil des 37. Jahresberichtes des Rates der WEU
Ansprache von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher,
Amtierender Vorsitzender (S. 23)
Hierzu sprach Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell (S. 26)
- Generalbericht — die Tätigkeit des Rates der WEU (*Empfehlung* 509 — S. 13)
- Ansprache des griechischen Ministerpräsidenten Konstantin Mitsotakis (S. 10)
Hierzu sprachen die Abg. Gerhard Reddemann (S. 10) und Dr. Günther Müller (S. 11)
- Die Außenbeziehungen der WEU — die Erweiterung der WEU (*Empfehlung* 508 — S. 13)
Hierzu sprachen die Abg. Gerhard Reddemann (S. 11) und Dr. Günther Müller (S. 12)
- Die Europäische Union vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa (*Empfehlung* 511 — S. 31)
Hierzu sprachen die Abg. Gerhard Reddemann (S. 27), Dr. Bruno Menzel (S. 28), Heinrich Lummer (S. 29) und Robert Antretter (S. 30)

- Ansprache des tschechoslowakischen Außenministers Jiri Dienstbier

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Günther Müller (S. 19), Hans Büchler (S. 19), Lilo Blunck (S. 20), Gerhard Reddemann (S. 20) und Prof. Dr. Hartmut Soell (S. 21)

Die Situation in Osttimor (*Entschliebung* 84 — S. 41)

- Ansprache des Generalsekretärs der WEU, Willem van Eekelen

Verteidigungsfragen

- Die operativen Vorkehrungen für die WEU — die Jugoslawien-Krise (*Empfehlung* 512 — S. 32)
- Ansprache des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung, Willy Wimmer (S. 34)
- Die Rüstungskontrollverhandlungen — neue Initiativen für die WEU (*Empfehlung* 513 und 514 — S. 38)

Technologie und Raumfahrt

- Waffen und militärische Ausrüstung für eine schnelle europäische Eingreiftruppe (*Empfehlung* 515 — S. 41)
Hierzu sprach Abg. Lilo Blunck (S. 40)
- Die Verteidigungsindustrie in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in Polen (*Empfehlung* 510 — S. 18)
Hierzu sprachen Abg. Margitta Terborg (S. 15), Dr. Günther Müller (S. 16), Dr. Albert Probst (S. 17) und Lilo Blunck (S. 17)

Haushalts- und Verwaltungsfragen

- Haushaltsentwurf betr. die Verwaltungsausgaben der Versammlung für das Finanzjahr 1992
Hierzu sprach Abg. Hans Büchler (S. 37)
- Antrag für eine Richtlinie zum Haushaltsverfahren
- Jahresabschluß der Verwaltungsausgaben der Versammlung für das Haushaltsjahr 1990; Bericht des Rechnungsprüfers und Antrag auf Entlastung

Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

- Die Entwicklung der Beziehungen der WEU zur Öffentlichkeit (*Empfehlung* 507 — S. 10)
Hierzu sprach Abg. Dr. Günther Müller (S. 9)
- Die transatlantische parlamentarische Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen (*Richtlinie* 79 — S. 23)

Hierzu sprachen die Abg. Leni Fischer (S. 21) und Dr. Günther Müller (S. 22)

Zum Ablauf der Tagung

Die Reden und Fragen der deutschen Mitglieder der Versammlung sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt, die Antworten zusammengefaßt wiedergegeben.

Den Bericht des Rates trugen als amtierende Vorsitzende Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und der Parlamentarische Staatssekretär Willy Wimmer für den Bundesminister der Verteidigung vor.

Zur Versammlung sprachen weiterhin der griechische Ministerpräsident Konstantin Mitsotakis, der tschechoslowakische Außenminister Jiri Dienstbier sowie der Generalsekretär der WEU, Willem van Eekelen.

An der Tagung nahmen parlamentarische Beobachter aus Dänemark, Griechenland, Ungarn, Norwegen, Polen, Rumänien, der Türkei und der ehemaligen Sowjetunion teil.

Schwerpunkt der Beratungen

Die Beratungen standen ganz im Zeichen der auf dem bevorstehenden EG-Gipfel in Maastricht zu erwartenden Beschlüsse zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa sowie unter dem Eindruck der Jugoslawien-Krise.

Der Präsident der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU), **Senator Pontillon**, wies in seiner Eingangsrede darauf hin, daß sich die KSZE bisher nicht als das Instrument zur wirksamen Begegnung von Konflikten bewährt habe. Europa, dem neue Aufgaben zugewachsen seien, müsse Verantwortung im Hinblick auf die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa übernehmen, was auch Auswirkungen auf sein Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika sowie zur Atlantischen Allianz habe.

Die WEU müsse sich interessierten europäischen Ländern öffnen; inwieweit hierfür ein Beitritt oder eine Assoziierung in Frage käme, wie bereits während der Juni-Tagung der Versammlung beschlossen, hänge insbesondere auch von den Entscheidungen des EG-Gipfels in Maastricht über die künftige Rolle der WEU ab. Die Beziehungen der Versammlung zum Rat seien weiterhin verbesserungsbedürftig, entscheidend sei für die Zukunft, daß die Versammlung vom Rat als gleichberechtigter Partner akzeptiert werde. Das Verhältnis der WEU-Versammlung zum Europäischen Parlament sei sehr unbefriedigend. Die bisherigen Kontakt- und Gesprächsangebote der Versammlung habe man auf Seiten des Europäischen Parlaments bisher kaum wahrgenommen. Hier müsse die Zusammenarbeit stark verbessert werden.

Der griechische **Ministerpräsident Konstantin Mitsotakis** unterstrich im Hinblick auf die Schaffung einer neuen europäischen Sicherheits- und Friedensordnung die Notwendigkeit, daß sich die

bestehenden Organisationen den politischen Veränderungen laufend anpassen müßten, um zu einer besseren Koordinierung und zur Vermeidung von Doppelarbeit zu kommen. Auch die NATO, wichtigste Verteidigungsorganisation im Hinblick auf die notwendige Verbindung zwischen Europa und den USA, müsse diesen Veränderungen Rechnung tragen und ein neues strategisches Konzept entwickeln. Hierbei sei der europäische Pfeiler wichtig, jedoch nicht als konkurrierendes, sondern als ergänzendes Element im Rahmen des atlantischen Bündnisses. Wenn Europa zu einer Politischen Union zusammenwachsen wolle, so erfordere dies auch die Entwicklung einer eigenen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Ein wirtschaftlicher Riese könne nicht auf Dauer ein politischer Zwerg bleiben. Griechenland als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und der NATO gehöre auch in die WEU; es respektiere die entsprechenden internationalen Verpflichtungen und habe einen Beitrittsantrag gestellt.

Zunehmende Bedeutung würden neben der KSZE als dem Hauptrahmen für Verifikation und vertrauensbildende Maßnahmen regionale Sicherheitskonzepte erlangen. So sei ein globales Sicherheitskonzept für den Mittelmeerraum sowie für den Nahen Osten dringend erforderlich. Griechenland sehe sich hier in einer Art Brückenfunktion.

Auf den Jugoslawienkonflikt angesprochen, antwortete der Ministerpräsident, daß die Verantwortung hier sowohl auf Seiten der Serben als auch der Kroaten läge und daher im Hinblick auf Sanktionen und die Frage der Anerkennung größte Vorsicht geboten sei. Die Grenzen in diesem Raum entsprächen nicht den geschichtlichen Gegebenheiten. Wichtig sei, daß die Einheit Jugoslawiens — wenn auch in loser Form — aufrechterhalten bleibe.

Im Mittelpunkt der weiteren Beratungen standen auch die **Außenbeziehungen der WEU** sowie Fragen der **Erweiterung der WEU**. Die Mitglieder sprachen sich übereinstimmend dafür aus, die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern zu intensivieren. Auch der Berichterstatter Sir Geoffrey Finsberg wies in diesem Zusammenhang auf die hierzu anstehenden Entscheidungen auf dem EG-Gipfel hin. Ein Beitritt weiterer Länder solle daher erst nach entsprechender Neudefinierung der Rolle der WEU in Betracht gezogen werden.

Vorbehaltlich dieser ausstehenden Entscheidung forderte ein kleiner Teil der Abgeordneten als Voraussetzung für einen Beitritt nicht nur die Mitgliedschaft in der NATO, sondern auch in der EG. Die Mehrheit der Parlamentarierversammlung hielt jedoch die Mitgliedschaft in der NATO für ausreichend. Sonstigen interessierten, aber nicht der NATO angehörenden europäischen Ländern sollte eine Zusammenarbeit im Hinblick auf die Erhaltung des Friedens in Europa angeboten werden. Hierbei sollten — wie von einzelnen Rednern betont wurde — für unsere bewährten Formen der friedlichen Streitkultur auch in Mittel- und Osteuropa geworben werden.

Im Hinblick auf die Anerkennung neuer unabhängiger Staaten sollte nach den Worten des Berichterstatters das Prinzip gelten, daß nur die Staaten anerkannt werden, die sich bereiterklärten, die Verpflichtungen des sich auflösenden Staates mitzuübernehmen.

Der **Außenminister der CSFR, Jiri Dienstbier**, führte aus, daß die mittel- und osteuropäischen Länder eine Einbindung in die bestehenden Sicherheitsstrukturen suchten. Der NATO-Gipfel habe ein konkretes Angebot gemacht. Angestrebt werde von den Ländern eine Assoziierung mit anschließender Vollmitgliedschaft. Auch die WEU, die sich auf dem Weg zu einer Art Sicherheitsschild der Europäischen Union befände, müsse sich dazu äußern, welchen Status sie diesen Ländern gewähren wolle. Die Zeit dränge. In den Ländern Mittel- und Osteuropas besteht die Erwartung, daß sie als ein notwendiger Teil der Sicherheits- und Verteidigungsstruktur Europas betrachtet werden. Man warte auf ein entsprechendes Signal.

Kennzeichnend für den mittel- und osteuropäischen Raum seien einmal die derzeitigen Bedrohungen der Grenzen aufgrund innerstaatlicher Konflikte sowie Auseinandersetzungen zwischen einzelnen osteuropäischen und Balkanstaaten. Weder die NATO noch die WEU seien zur Lösung dieser Konflikte geeignet, zumal sie die letztere Art von Bedrohungen als ein „out-of-area“ Problem betrachteten. Außenminister Dienstbier warnte davor, Mittel- und Osteuropa als eine Art Pufferzone im Hinblick auf möglicherweise überspringende Konflikte in der Sowjetunion zu betrachten. Nicht die Abgrenzung von den Republiken der Sowjetunion oder dort entstehender unabhängiger Staaten, sondern ihre Integration innerhalb Europas sei das Gebot.

Eines der Hauptprobleme in seinem Lande seien die mit der Umstellung der Rüstung verbundenen Fragen. Wichtig seien Auslandsinvestitionen, um den notwendigen Zugang zum Weltmarkt zu erhalten. Die Anerkennung von Kroatien und Slowenien sei nur im Rahmen einer Lösung für den gesamten Raum möglich.

Eingehend erörtert wurden Fragen zur **Verteidigungsindustrie in der Tschechoslowakei, Ungarn und in Polen**. Während einige Mitglieder vor dem Aufbau einer Rüstungsindustrie in den ehemaligen Ländern des Warschauer Paktes und der möglicherweise damit verbundenen Hoffnung warnten, hiermit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in diesen Ländern zu begegnen, bestand allgemein Übereinstimmung, daß diesen Ländern auch das Recht zu einer eigenen Bewaffnung zugestanden werden müsse. Entscheidend sei, daß diese Länder in die bestehenden Überwachungsmechanismen einbezogen würden, um eine demokratische Kontrolle sicherzustellen. Hierfür biete die Unabhängige Europäische Programmgruppe (IEPG) einen geeigneten Rahmen, in dem eine intensive Zusammenarbeit im Hinblick auf das Beschaffungswesen sowie notwendige Veränderungen erfolgen könnten. Die hierzu gehörende Rüstungskonversion könne allerdings nur schrittweise erfolgen. Vordringlich sei jetzt eine Aufhebung der

Beschränkungen, denen diese Länder aufgrund der COCOM-Exportkontrollregelungen ausgesetzt seien.

Bundesaußenminister Genscher verwies eingangs auf die fundamentalen Veränderungen, in deren Zentrum sich die Europäer derzeit befänden, und warnte in diesem Zusammenhang vor der Gefahr einer Renationalisierung der Politik in Mittel-, Südost- und Osteuropa für ganz Europa. Nur durch eine Bündelung aller Kräfte, wobei auch die WEU einen eigenen Beitrag leisten müsse, könne dieser Gefahr entgegengewirkt werden.

Ein zentraler Bestandteil der angestrebten Politischen Union Europas sei die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Verteidigung. Dies berühre die künftige Rolle der WEU und damit die Fragen nach ihrem Ausbau zur Verteidigungskomponente im europäischen Integrationsprozeß, ihrer Verzahnung mit der Europäischen Union sowie ihrem Verhältnis zur Atlantischen Allianz. Hierzu erhoffe man sich entsprechende Antworten auf dem EG-Gipfel. Schon jetzt ließe sich sagen, daß sich die WEU den noch fehlenden EG-Mitgliedstaaten gegenüber öffnen müsse und man dem Wunsch Griechenlands nach einer Mitgliedschaft positiv gegenüberstehe.

Beim Aufbau einer neuen dauerhaften Friedensordnung in Europa nehme die NATO eine Schlüsselrolle ein, die allerdings auch die immer wichtiger werdende Rolle der WEU bei der Ausgestaltung der europäischen Verteidigungsidentität bekräftigt habe. Über Form und Inhalt der beiderseitigen Zusammenarbeit sei noch zu entscheiden. Was die Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas einschließlich der Sowjetunion und der ihr angehörenden souveränen Republiken betreffe, so seien sie in eine Politik der kooperativen Sicherheit einzubeziehen.

Auf Fragen der Abgeordneten zum Jugoslawien-Konflikt kündigte der Bundesaußenminister eine EG-Initiative zur Anerkennung der jugoslawischen Republiken, die die Unabhängigkeit anstreben, nach dem EG-Gipfel an. Diese Länder müßten ihrerseits die Prinzipien der Charta von Paris, so insbesondere den Schutz der Minderheiten, anerkennen; auch dürften bestehende Grenzen nicht verletzt werden. Von den Wirtschaftssanktionen würden die Republiken ausgenommen, die für den Konflikt keine Verantwortung trügen. In diesem Zusammenhang sei von Bedeutung, daß die WEU von der EG gebeten worden sei, gegebenenfalls einen Beitrag im Hinblick auf die Friedenserhaltung in Europa zu leisten. Dies habe auch die KSZE gebilligt. Überlegt werden müsse, ob nicht das Konsensprinzip bei der KSZE modifiziert werden könne, da zur Zeit noch keine Maßnahmen ohne Zustimmung des Betroffenen möglich seien.

Parlamentarischer Staatssekretär Willy Wimmer unterstrich in seiner Rede die Bedeutung der Politischen Union als das unerläßliche Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion. Hierzu gehörten klar definierte und substantielle Grundlagen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich einer gemeinsamen Verteidigung. Maßgeblichen Einfluß hierauf hätten die bereits bestehenden Instrumentarien der EG, NATO und der

KSZE mit ihren unterschiedlichen geographischen Wirkungsbereichen, Strukturen und Zielsetzungen.

Durch die Definition einer gemeinsamen neuen Strategie sei es der NATO gelungen, unter den veränderten Rahmenbedingungen ihre Funktion als Instrument der kollektiven Verteidigung zu erhalten, das Bündnis zu einem Forum für Konsultationen auszubauen und zugleich die Kooperationsbereitschaft mit den Nachbarn im Osten zu konkretisieren.

Mit der Initiative, die WEU zum integralen Bestandteil der Politischen Union auszubauen, sei nicht eine Schwächung des Bündnisses, sondern vielmehr seine Stärkung durch die Entwicklung eines europäischen Pfeilers beabsichtigt. Europa müsse mit einer Stimme sprechen können. Die operative Rolle und Wirksamkeit der WEU sei bereits im Iran-Irak-Krieg unter Beweis gestellt worden.

Vordringlich sei, im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses für effizientere Arbeitsbeziehungen zwischen der WEU und der Politischen Union sowie zwischen der WEU und der NATO zu sorgen. Dies setze allerdings einheitliche Auffassungen in grundsätzlichen Fragen der Sicherheit voraus, insbesondere auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten. Auch sei u. a. die Ausräumung struktureller Nachteile bei der WEU notwendig, so etwa der Umzug des Generalsekretariats nach Brüssel an den Sitz von EG und NATO unter Einbindung von Offizieren, um endlich über militärische Experten zu verfügen sowie die Errichtung eines Planungs- und Koordinierungsstabes.

In einer verbundenen Debatte wurden **Fragen zur Europäischen Union** sowie zu den **operativen Vorkehrungen der WEU** vor dem Hintergrund der **Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa, insbesondere Jugoslawien**, erörtert. Dabei ging es um die künftige Rolle der WEU in einer neuen Sicherheitsordnung in Europa und hierbei insbesondere um ihr Verhältnis zum Atlantischen Bündnis sowie zur Europäischen Union. Gerade hier zeigte sich die Überlagerung der Debatte durch die hierzu erwarteten Beschlüsse des bevorstehenden EG-Gipfels.

Bekräftigt wurde eingangs, daß die parlamentarische Kontrolle der Maßnahmen, die von der WEU zur Erfüllung der ihr übertragenen neuen Aufgaben ergriffen werden, weiterhin eine Angelegenheit der aus nationalen Parlamentariern zusammengesetzten Versammlung der WEU bleiben müsse.

Die Versammlung sprach sich für eine Unterstützung der auf EG-, KSZE- und VN-Ebene ergriffenen Initiativen für eine friedliche Lösung des Jugoslawienkonfliktes aus. Das von der EG beschlossene Embargo müsse durchgesetzt und ggf. erweitert werden. Im Hinblick auf die Entsendung von Friedenstruppen nach Jugoslawien wurde nach kontroverser Debatte ein Konsens dahingehend erzielt, daß sich die WEU hieran — vorzugsweise — unter dem Dach der Vereinten Nationen beteiligen solle. Im übrigen empfahl die Versammlung eine Verlegung des Ständigen Rates und des Generalsekretariates der WEU von London nach Brüssel an den Sitz von EG und NATO zur besseren Wahrnehmung entsprechen-

der Aufgaben sowie zur Vertiefung der Zusammenarbeit. Auch sollten die USA sowie Kanada einen Botschafter bei der WEU benennen.

In der Debatte wurde gefordert, hinsichtlich des Wirtschaftsembargos darauf hinzuwirken, daß von entsprechenden Maßnahmen weniger die Bevölkerung als vielmehr die Machthaber betroffen würden. Im übrigen mache der Jugoslawien-Konflikt deutlich, daß ein Sicherheitskonzept losgelöst von aktuellen Anlässen erarbeitet werden müsse. Hierzu müßten Kriterien für den Aufbau einer neuen Sicherheits- und Friedensordnung in Europa entwickelt werden. Bedauert wurde, daß sich die Europäer bisher nicht auf eine gemeinsame Linie zur Lösung des Jugoslawien-Konfliktes hätten einigen können, was möglicherweise zu einer Eindämmung des Konfliktes geführt hätte. Möglicherweise ließe sich nach dem EG-Gipfel hinsichtlich der Anerkennung der jugoslawischen Republiken eine größere Übereinstimmung erzielen.

Bonn, den 6. Februar 1992

Prof. Dr. Hartmut Soell
Sprecher der Delegation

Gerhard Reddemann
Stellvertretender Sprecher

Montag, 2. Dezember 1991

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Präsidenten der Versammlung,
Robert Pontillon (Frankreich)**

(Themen: KSZE-Konfliktverhütung — Verantwortung Europas für Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa — Transatlantische Beziehungen — Öffnung der WEU für andere europäische Länder — EG-Gipfel in Maastricht/Rolle der WEU — Verhältnis der Versammlung zum WEU-Rat und zum Europäischen Parlament)

Tagesordnungspunkt:

**Bericht des Präsidialausschusses
der Versammlung**

(Drucksache 1296)

Berichtersteller:

Abg. Manuel Soares Costa (Portugal)

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Generalsekretärs der WEU,
Willem van Eekelen (Niederlande)**

(Themen: WEU als Bestandteil der europäischen Einigung — Verhältnis der WEU zur NATO und zur EG/enge Konsultation — EG-Gipfel von Maastricht — operative Rolle der WEU — Bildung einer militärischen Planungsstelle — Verlegung des WEU-Rates und des Generalsekretariats von London nach Brüssel — Jugoslawien-Konflikt — Verhältnis zwischen Versammlung und Rat der WEU)

Tagesordnungspunkt:

**Die Entwicklungen der Beziehungen
der WEU zur Öffentlichkeit**

(Drucksache 1286)

Berichtersteller: Abg. Harry Ewing (Großbritannien)

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Liebe Kollegen! Die Außenbeziehungen, die Beziehungen der Westeuropäischen Union zur Öffentlichkeit sind in unserer Versammlung schon ein Dauerthema. Wir standen immer an einer Klagemauer, an der wir Zettel anhefteten, die mahnten, daß etwas geschehen müsse, um die WEU bekanntzumachen.

Der Berichterstatter, dem ich für seinen Bericht sehr herzlich danke, erwähnt ja in seinem Bericht auch, daß sowohl die Fragen des Kollegen Pontillon als auch der letzte Bericht, der dazu gemacht wurde mit der Empfehlung 494, nicht das entsprechende schnelle Echo beim Ministerrat gefunden hat. Das ist erstaunlich; denn gerade Fragen der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung sind ja Fragen, auf die es schnelle Antworten geben sollte, in denen schnell

gehandelt werden sollte, um so erstaunlicher ist es, daß es jeweils fast ein Jahr dauert, bis die entsprechenden Antworten eintreffen.

Dabei können wir, vor allem diejenigen, die schon länger dieser Versammlung angehören, davon ausgehen, daß es eigentlich erstaunlich ist, daß die WEU in den letzten Jahren stärker zur Kenntnis genommen wurde, als es früher der Fall war. Das hängt damit zusammen, daß die Gründungsversammlung der WEU zunächst ganz andere Intentionen hatte, daß dann eine Zeit kam, in der die NATO alles überlagerte, und daß eigentlich erst die **Entwicklung zum Golfkrieg** und jetzt die **Auseinandersetzung in Jugoslawien** die WEU in den **Mittelpunkt** oder in den Vordergrund **eines öffentlichen Interesses** gerückt haben.

Der Kollege Ewing bedauert in seinem Bericht, daß es bestimmte Schlagzeilen über die WEU gibt, ich zitiere ihn: daß die WEU nicht einmal ein Papiertiger, sondern nur ein Papierschmetterling sei. Ich betrachte es schon als einen Erfolg, daß die WEU überhaupt erwähnt wird; denn früher ist sie gar nicht erwähnt worden, ist sie noch nicht einmal kritisiert worden. Heute kann man sich wenigstens an solchen Schlagzeilen und an solchen Zitaten reiben. Das bedeutet schon einen gewissen Fortschritt gegenüber dem, was früher war.

Ich bin der Meinung, daß wir bei der **Tätigkeit** auch **des Rates** vor allem mehr Professionalität erwarten sollten. Wenn ich in dem Bericht lese, daß man z. B. am 19. September, als getagt wurde, den Beschluß gefaßt hat, kein Communiqué zu veröffentlichen, dann aber die einzelnen Teilnehmer jeweils vor die Presse oder vor das Fernsehen gegangen sind, um Statements abzugeben, dann erinnert mich das ein bißchen daran, daß jeder von denen vielleicht nur aus innenpolitischen Gründen ein Statement abgeben wollte, um wieder einmal in das nationale Fernsehen zu kommen, daß aber das gemeinsame Interesse, die WEU herauszustellen, nicht vorhanden war. Deswegen also kein Communiqué, deswegen kein gemeinsames Auftreten. Ich glaube, hier ist bei der WEU auch an der Spitze ein bißchen Professionalität notwendig.

Ich möchte an etwas erinnern, was ich schon in der Debatte vor einem Jahr gesagt habe. Im Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsarbeit der WEU dürfen wir nicht nur den Rat sehen, sondern müssen wir **vor allem auch die Rolle der Versammlung darstellen**. Wir müssen darstellen, daß die Versammlung, daß gewählte Parlamentarier ein ganz entscheidendes Moment der Mitwirkung sind.

Ich verstehe auch nicht — ich möchte das noch unterstreichen — daß man nicht mehr aus dem gemacht hat, was die WEU z. B. im Zusammenhang mit dem Golfkrieg geleistet hat: daß man 35 Schiffe dorthin geschickt hat, daß die gefährlichen Minen, ohne daß ein Unfall passiert ist, von den unter Führung der WEU stehenden Einheiten nationaler Seestreitkräfte geräumt worden sind und daß die Hilfe für die kurdischen Flüchtlinge im Rahmen der WEU koordiniert wurde. Das wurde in der Öffentlichkeit zurückgehal-

ten. Stellen Sie sich einmal vor, irgendeine andere Organisation, ich möchte noch weitergehen: eine private Organisation, eine private Firma hätte Derartiges geleistet! Sie würde das doch in einer ganz anderen Art und Weise öffentlich darstellen, als es die WEU getan hat. Im Rahmen der public relations sagt man ja: Tue Gutes und rede darüber! Ich glaube, diesen Maßstab muß die WEU erst noch lernen.

Empfehlung 507

betr. die Entwicklung der Beziehungen der WEU zur Öffentlichkeit

Die Versammlung,

- (i) in Anbetracht der Tatsache, daß die Öffentlichkeit noch nie so großes Interesse für die zukünftige Rolle und Funktion der WEU gezeigt hat wie im zweiten Halbjahr 1991;
- (ii) mit Bedauern darüber, daß weder der Rat noch die Mitgliedsregierungen bislang in der Lage waren, die Öffentlichkeit in angemessener Weise über die von der Organisation, insbesondere während der Golfkrise, erbrachten Leistungen und Beiträge zu informieren, um somit Mißverständnisse in der europäischen und amerikanischen Öffentlichkeit zu vermeiden;
- (iii) in Anbetracht der Tatsache, daß die Antwort des Rates auf die Empfehlung 494 unzureichend ist;
- (iv) davon Kenntnis nehmend, daß in beiden Teilen des 36. Jahresberichts und im ersten Teil des 37. Jahresberichts des Rates die Aktivitäten des Rates im Bereich Öffentlichkeitsarbeit an keiner Stelle erwähnt werden;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. die in der schriftlichen Frage 285 von Herrn Pontillon und in der Empfehlung 494 der Versammlung formulierten Vorschläge erneut aufzugreifen, insbesondere in bezug auf:
 - die Veröffentlichung grundlegender Informationsdokumente mit weitreichender Verbreitung in allen Mitgliedsländern und in Nordamerika;
 - die Schaffung einer regelmäßig erscheinenden WEU-Zeitschrift in den Amtssprachen der Mitgliedsländer;
 - die Aufforderung an die Regierungen der Mitgliedstaaten, mehr Informationen über die Aktivitäten der verschiedenen WEU-Gremien zu verbreiten;
2. der Öffentlichkeit durch die Veranstaltung einer wirksamen Kommunikationskampagne die Position der WEU in der gegenwärtigen internationalen Debatte über ihre zukünftige Rolle und Stellung im europäischen und atlantischen Rahmen klarzumachen;

3. das Generalsekretariat mit der Ausführung des angekündigten Vorhabens zu betrauen, eine WEU-Broschüre für Schüler der höheren Klassen an weiterführenden Schulen in allen Sprachen der Mitgliedsländer zu verbreiten;
4. die Möglichkeit der Verbreitung weiterer Informationsdokumente mit Unterstützung des WEU-Instituts für Sicherheitsfragen zu untersuchen;
5. entsprechend der früher üblichen Praxis in seine Jahresberichte wieder für die Versammlung bestimmte Informationen über seine Aktivitäten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit aufzunehmen;
6. ausreichende Mittel für eine Studie über eine allgemeine Kommunikationsstrategie und die für deren Umsetzung erforderlichen Gelder vorzumerken.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des griechischen Ministerpräsidenten Konstantin Mitsotakis

(Themen: neue europäische Sicherheits- und Friedensordnung — Koordinierung zwischen den bestehenden Strukturen — neues Konzept der NATO — europäischer Pfeiler — Griechenland und die WEU — Brückenfunktion Griechenlands zum Mittelmeerraum — Jugoslawien-Konflikt)

Gerhard Reddemann (CDU/CSU): — Vielen Dank, Herr Präsident.

Herr Ministerpräsident, ich komme auf Ihre Erklärung zu Jugoslawien zurück. Wenn Sie vor einem Jahr in dieser Versammlung gesagt hätten, daß Sie für die Einheit Jugoslawiens seien, hätten Sie allgemeinen Beifall gefunden; denn niemand hier hatte damals die Absicht, jemanden zu unterstützen, der die föderative Republik dort hätte beenden wollen.

Inzwischen hat sich eine Menge getan. Wir erleben eine Situation, die weit schlimmer ist als der Bürgerkrieg, den Sie nach dem Zweiten Weltkrieg in Ihrem Land hatten. Wir erleben eine Situation, in der die Republik buchstäblich auseinanderfällt. Wir erleben eine Situation, in der Nichteinmischung ungefähr denselben Effekt haben wird, wie sie ihn während des spanischen Bürgerkriegs besaß, als Nichteinmischung praktisch diejenigen unterstützte, die die Demokratie zerschlugen.

Meine Frage ist: Wie lange kann man den Glauben an ein **gemeinsames Jugoslawien** aufrechterhalten? Wäre es nicht besser, wenn wir gemeinsam überlegten, die kriegführenden Parteien zunächst einmal zu trennen, um dann später, wenn der Zorn, der jetzt entstanden ist, vorbei ist, auf eine neue Zusammenarbeit der bisherigen Staaten in Jugoslawien hinzuwirken?

Ministerpräsident Mitsotakis: — Es stimmt vollkommen, daß sich viel geändert hat. Aber soviel ich weiß, hat sich die Politik der verschiedenen Staaten in dieser Hinsicht nicht geändert. Wenn ich mit meinen Kollegen der Europäischen Gemeinschaft spreche und über die Beibehaltung der **Einheit Jugoslawiens** rede, dann ist niemand dagegen. Alle akzeptieren sie als die **einzige Lösung**.

Abgesehen davon habe ich vorhin die Frage der inneren Grenzen erwähnt. Was wird mit den inneren Grenzen geschehen? Das ist eine Frage, die man nicht lösen kann. Denn solange man versucht, diese inneren Grenzen, wie sie zur Zeit bestehen, beizubehalten, gibt es keine wahre Lösung des Problems.

Deswegen bin ich der Meinung und sind wir in Griechenland der Meinung, daß wie in der Sowjetunion — der Fall ist gleich — man bis zum Ende versuchen muß, auch in Jugoslawien die Einheit beizubehalten. Wenn es nicht möglich ist, nun, gut, dann werden wir sehen, was wir tun können. Aber ich kann die Hoffnung nicht aufgeben, daß man eine Lösung im Sinne der Einheit Jugoslawiens finden kann. In dieser Richtung sind wir immer noch orientiert.

Ich muß Ihnen sagen, daß auch Milosevic das vor ein paar Tagen in Belgrad akzeptiert hat und daß auch Markovic mir dasselbe gesagt hat. Ich habe Markovic gefragt: Was denkst du über Sanktionen? Er war völlig negativ eingestellt. Ich habe ihn gefragt: Was denkst du über die Anerkennung von Kroatien und Slowenien? Er war auch hier negativ eingestellt. Wir sind also nicht die einzigen, die dieser Meinung sind. Es gibt überall Leute, die das immer noch versuchen möchten. Das ist unsere Politik, unsere Stellungnahme.

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): — Herr Premierminister, ich habe zwei kurze Fragen. Die erste schließt an die Frage des Kollegen Reddemann an. Es ist die Frage, ob **Griechenland das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennt**, ja oder nein. Es genügt eine kurze Antwort darauf.

Die zweite Frage ist, ob die Pressemeldungen richtig sind — die auch hier vor der Tür nachzulesen sind —, daß **Griechenland gegen einen Beschluß von Maastricht ein Veto einlegen** würde, wenn Griechenland nicht Mitglied der WEU wird.

Ministerpräsident Mitsotakis: — Die Antwort auf die erste Frage ist ja. Selbstverständlich anerkennen wir dieses Recht, aber durch Verhandlungen und nicht durch die Kraft der Waffen.

Was die zweite Frage betrifft, so haben wir den Antrag gestellt, **an der WEU zu partizipieren**. Wir glauben, daß Griechenland das Recht hat, das von Ihrer Seite zu erwarten. Denn wir sind ja ein Land, das zu Europa gehört und das zur NATO-Allianz gehört. Ich kann mir kaum vorstellen, daß ein Mitglied des gemeinsamen vereinigten Europas nicht das Recht hat, die Solidarität der anderen zu erwarten, was seine Sicherheit betrifft. Das ist meine Antwort.

Tagesordnungspunkt:

Die Außenbeziehungen der WEU — die Erweiterung der WEU

(Drucksache 1284)

Berichtersteller:

Abg. Sir Geoffrey Finsberg (Großbritannien)

Gerhard Reddemann (CDU/CSU): — Danke, Frau Präsidentin! — Ich möchte einen herzlichen Dank an unseren Berichterstatter sagen, nicht nur, weil er in seiner bekannten und präzisen Art aufgelistet hat, was im Augenblick in Europa wichtig ist und welche Möglichkeiten sich bieten, sondern auch deswegen, weil er in seiner mündlichen Begründung des Berichts noch einmal darauf hingewiesen hat, daß die Westeuropäische Union nicht irgendeine europäische Organisation ist, die die Absicht hat, sich etwa von den Vereinigten Staaten abzuwenden, sondern daß die **Westeuropäische Union als eine Brücke zwischen Europa und den Vereinigten Staaten** zu verstehen ist. Ich glaube, wenn wir uns auf diesen Satz einigen, ist manche Diskussion, die wir in der Vergangenheit geführt haben, beendet, und zwar auf eine vernünftige Weise.

Lassen Sie mich, Frau Präsidentin, drei Punkte ganz schnell herausstellen, weil ich glaube, daß sie für die Zukunft der Westeuropäischen Union von besonderer Bedeutung sind.

Das erste: Wir haben lange genug in dem Glauben gelebt, die eigentlichen Probleme in Europa seien durch Jalta oder das, was nach Jalta entstanden ist, auch heute noch präsent. Wir haben dabei die unterschiedlichen Entwicklungen in Europa übersehen. In den frei gewordenen oder frei gebliebenen westeuropäischen Staaten ist es nach 1945 gelungen, eine neue Art der Kultur des Miteinanders zu schaffen. Wir haben nicht mehr auf alten nationalen Vorrechten bestanden, und bald stand unumstößlich fest, daß man Streitigkeiten zwischen Staaten nicht mehr militärisch, sondern nur durch Verhandlungen lösen kann, und daß Grenzveränderungen, falls sie überhaupt von irgendwem angestrebt werden, nie mehr eine militärische Auseinandersetzung bringen dürfen.

Dies ist für den östlichen Teil Europas bis heute nicht der Fall. Die Tatsache, daß die Sowjetunion diese Staaten über Jahrzehnte unter Kontrolle hatte und daß es nicht möglich war, die Schatten der Vergangenheit früherer Jahrzehnte vor dem Zweiten Weltkrieg oder während des Zweiten Weltkriegs zu beseitigen, bringt uns heute, nachdem der Sowjetblock zusammengebrochen ist, praktisch wieder Probleme, die eigentlich schon in den 20er Jahren entstanden sind oder in den 20er Jahren hätten gelöst werden müssen.

Das heißt, wir werden vor allem auf dem Balkan, aber auch in der zusammenbrechenden Sowjetunion mit Problemen konfrontiert, die nach unserem allgemeinen Verständnis eigentlich nicht mehr existieren dürften.

So werden wir uns in absehbarer Zeit mit der Frage beschäftigen müssen: Wie sind etwa die Beziehungen zwischen Polen und dem wiedererstandenen Litauen,

zwischen Polen und der sich bildenden Ukraine oder Belorußland? Wir werden Probleme bekommen in der jetzigen Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik. Wir werden weiterhin Probleme erhalten zwischen Ungarn und Rumänien, zwischen Rumänien und Bulgarien, zwischen Bulgarien und der Türkischen Republik.

Mit anderen Worten: Es stehen plötzlich lauter Probleme vor uns, die wir überhaupt nicht mehr in unserem Bewußtsein hatten. Das bedeutet, daß wir gerade als **Westeuropäische Union** die zusätzliche Aufgabe bekommen, nicht nur zwischen unseren Ländern selbstverständlich ausschließlich auf Verhandlungen zu setzen, sondern **diese Art der Streitkultur auch in den anderen Teil Europas zu tragen**.

Das zweite, Frau Präsidentin, auf das ich aufmerksam machen möchte, ist folgendes: Wir sind in der Sowjetunion noch nicht am Ende der Entwicklung. Ich befürchte sogar, wir werden nach dem zu erwartenden schlechten Winter nicht nur Probleme zwischen einer starken russischen Republik und anderen Teilrepubliken, die sich von der bisherigen Sowjetunion lösen, bekommen, sondern wir werden eine Fülle von Problemen ebenfalls in der neuen russischen Republik erhalten, und zwar in Gegenden, in denen in der Tat Atomwaffen lagern, **Atomwaffen, von deren Kontrolle wir dann nicht mehr überzeugt sein können**.

Ich fürchte weiter, die Idee des russischen Präsidenten Jelzin, man könne die Abrüstung der bisherigen Sowjetunion dadurch lösen, daß man die Atomwaffen der Ukraine und die Atomwaffen in Kasachstan zuerst beseitigt und dann alles nur noch auf Rußland konzentriert, ist nicht so zu realisieren, wie er es gerne möchte. Vielmehr kann auch die Abrüstung zu neuen Auseinandersetzungen innerhalb der bisherigen Sowjetunion führen.

Das bedeutet drittens: Wir müssen als Westeuropäische Union jenen Kräften innerhalb unserer Staaten widerstehen, die glauben, der ewige Frieden sei mit dem Ende der Konfrontation der letzten 40 Jahre ausgebrochen und es sei unsere Aufgabe, darauf zu verzichten, militärische Stärke zu präsentieren.

Wir wollen uns darüber im klaren sein: Niemand von uns denkt daran, eine kriegerische Auseinandersetzung zu führen. Aber jeder muß befürchten, daß in einer Auseinandersetzung außerhalb der Grenzen unserer Staaten immer noch Leute vorhanden sind, die glauben, sie könnten die Welt militärisch neu organisieren und sie könnten ihre Ideologie über die Grenzen ihres Landes hinausbringen.

Der Spruch der NATO, daß die **Wachsamkeit der Preis der Freiheit ist**, gilt, glaube ich, auch in Zukunft, wahrscheinlich noch eine ganze Weile.

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): — Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Finsberg hat eine hervorragende Zusammenstellung erstellt, die für unsere weitere Arbeit, für die Arbeit der WEU, sicher von großer Bedeutung sein wird. Wir sehen uns nämlich plötzlich neuen Zuständen — wenn ich es einmal so formulieren darf — gegenüber. Während in der Vergangenheit die Welt in

Freund und Feind geordnet war und wir alle wußten, wohin die Reise geht, wer uns bedroht, gegen wen wir uns zu schützen haben, ist die Situation heute komplizierter geworden.

Wir erleben etwas, was wir in der europäischen Geschichte schon einmal mit schlimmen Folgen erlebt haben: Wir erleben den Zerfall von Großreichen, bei denen niemand weiß, was letzten Endes dabei herauskommt.

Wir sprechen heute davon, daß der **Zusammenbruch des Warschauer Paktes, der Sowjetunion und die deutsche Wiedervereinigung praktisch das Ende der Politik von Jalta bedeuten**. Man könnte fast noch ein paar Jahrzehnte weiter zurückgehen und sagen, daß wir darüber hinaus sogar das Ende der Politik von Versailles erleben. Damals hat der Zusammenbruch von Großreichen, des Osmanischen Reiches, der Habsburger Monarchie, neue Staaten geschaffen mit neuen komplizierten Problemen, die letztlich nicht ganz unwesentlich zur Entwicklung der Situation vor dem Zweiten Weltkrieg beigetragen haben.

Heute besteht die Gefahr, in eine ähnliche Situation zu kommen. Der Kollege Reddemann hat es angeschnitten, als er davon sprach, wir wüßten nicht, was im einzelnen aus der Sowjetunion wird. Man kann heute lesen, daß sich in der Republik Moldavien, die sich unabhängig erklärt hat, zwei Teilbereiche wiederum unabhängig erklären, nämlich die Gagausen und Dnjestr. Das zeigt uns, welches Puzzlespiel hier im einzelnen ablaufen kann.

Ich erinnere daran, daß der alte und neue Außenminister der Sowjetunion Schewardnadse unmittelbar nach seiner Amtsübernahme davon gesprochen hat, daß die größte Gefahr in der Welt heute von Atomwaffen ausgehe, die auf verschiedene Länder verteilt seien. Er meinte damit die Sowjetunion selbst.

Wir wissen, daß sich in der Sowjetunion heute 11 000 politische Parteien gegründet haben, und wir wissen noch nicht, wie viele Nationalitäten sich dort bilden werden. Das zeigt uns die Probleme, die auf uns zukommen. Das gilt nicht nur für den Bereich der Sowjetunion, das gilt selbstverständlich auch für andere Bereiche. Wir sehen das deutlich auf dem Balkan, und wir sehen es im Zusammenhang mit Jugoslawien.

Ich spreche hier einen Teil des Berichts des Kollegen Finsbergs besonders an, der mir wesentlich erscheint, nämlich wo er von der Rolle der Minderheiten spricht — auch der Kollege Reddemann hat es in anderer Form angedeutet: In diesen neuen, sich entwickelnden Staaten hat man noch nicht die Streitkultur — wenn ich es einmal so formulieren darf, die wir in den Demokratien Westeuropas haben. Wir müssen darum besorgt sein, die Minderheiten zu schützen, aber auch darum, den Minderheiten gewisse Rechte zu geben. Dies darf nicht mit Feuer und Schwert ausgetragen werden, sondern muß mit Diskussionen, mit **Verträgen im Rahmen der europäischen Menschenrechte** ausgetragen werden. Ich glaube, daß gerade dieser Bestandteil für unsere zukünftige Entwicklung von ganz großer Bedeutung sein wird.

Wir müssen also Minderheiten schützen, wir müssen Minderheitenrechte sichern, und wir müssen darüber hinaus das vermitteln, was, ich sage es noch einmal: **unsere westeuropäische oder zentraleuropäische Streitkultur** ist.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu der Frage machen: Wie soll es mit der Westeuropäischen Union selber weitergehen? Der Bericht spricht nicht nur von Außenbeziehungen — ich habe angedeutet, was auf uns zukommt, welche Vielfalt, welche geringe Berechenbarkeit diese Außenbeziehungen haben — sondern es geht auch darum, wie wir uns selber verstehen; denn der Bericht spricht auch von der Erweiterung der WEU.

Ich bin der Meinung — damit möchte ich schließen — daß es darauf ankommt, daß wir uns selber über unsere Rolle neu klarwerden müssen, daß wir selber definieren müssen, was wir eigentlich wollen, wozu wir in der Lage sind, wozu diejenigen bereit sind, die heute schon Mitglieder sind. Bevor das nicht entschieden ist, sollten wir uns jeden Gedanken über eine Erweiterung der Westeuropäischen Union und neue Mitglieder aus dem Kopf schlagen. Ich glaube, es wäre kein Schritt vorwärts, es würde neue Probleme geben. Wir müssen **erst unsere eigene Situation überdenken und neue Konsequenzen** daraus ziehen. Dann können wir daran denken, neue Mitglieder bei uns aufzunehmen.

Empfehlung 508

betr. **die Außenbeziehungen der WEU —
die Erweiterung der WEU**

Die Versammlung,

- (i) in Anbetracht der Tatsache, daß die in Mittel- und Osteuropa seit 1989 eingetretenen Umwälzungen eine erneute Überprüfung der Sicherheitsorganisation ganz Europas und insbesondere Westeuropas erforderlich machen;
- (ii) davon Kenntnis nehmend, daß die Rolle der WEU bei der europäischen Sicherheitsorganisation im Zusammenhang mit dem Prozeß einer Gemeinschaftspolitik und einer Anpassung der NATO-Strategie an die neue Situation in Europa und in der Welt neu definiert werden muß;
- (iii) in Anbetracht dessen, daß der Beitritt weiterer Länder zum Geänderten Brüsseler Vertrag erst nach erfolgter Neudefinierung der Rolle der WEU in Betracht gezogen werden sollte;
- (iv) davon Kenntnis nehmend, daß die neun Mitgliedsländer die einstimmige Ansicht vertreten, daß das Atlantische Bündnis der grundlegende Rahmen der westlichen Verteidigung in Europa ist und auch weiterhin bleiben muß;
- (v) in Anbetracht dessen, daß die NATO gegenwärtig nicht in der Lage ist, weder außerhalb des im Nord-Atlantik-Vertrag festgelegten Bereichs direkt tätig zu werden, noch gewissen Bedrohungen des Friedens in Mittel- und Osteuropa wirksam entgegenzutreten, jedoch unter Hinweis dar-

auf, daß es von wesentlicher Bedeutung ist, daß die von der WEU in solchen Fällen in Übereinstimmung mit Artikel IV des Geänderten Brüsseler Vertrags ergriffenen Maßnahmen den euro-amerikanischen Zusammenhalt garantieren;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. die bestmöglichen Mechanismen für eine Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern, die dies wünschen, festzulegen und in Gang zu setzen, dabei jedoch zu berücksichtigen, daß es unter den gegebenen Umständen nicht ratsam wäre, Länder, die keine Mitglieder des Atlantischen Bündnisses sind, in Anwendung von Artikel XI offiziell zu einem Beitritt zum Geänderten Brüsseler Vertrag aufzufordern;
2. die europäischen Länder, die dies wünschen und die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, zur Beteiligung an denjenigen Aktivitäten und Einrichtungen der WEU aufzufordern, die nicht die Anwendung der Artikel IV und V des Vertrags betreffen, sondern die Umsetzung von Artikel VIII;
3. Vorbereitungen dafür zu treffen, um die anderen europäischen Länder einzuladen, bei diplomatischen oder militärischen Aktionen, die der Friedenssicherung in Europa dienen, mit den Mitgliedern der WEU zusammenzuarbeiten;
4. vor jedem Einsatz von Streitkräften unter der Ägide der WEU Konsultationen mit der NATO abzuhalten, damit ein reibungsloses Funktionieren in der Allianz gewährleistet ist.

Dienstag, 3. Dezember 1991

Tagesordnungspunkt:

**Generalbericht — die Tätigkeit des Rates
der WEU**

(Drucksache 1285)

Berichterstatter: Abg. Pedro Roseta (Portugal)

Empfehlung 509

betr. **die Tätigkeit des Rates der WEU**

Die Versammlung,

- (i) mit Genugtuung darüber, daß Europa durch die WEU die Möglichkeit erhalten hat, eine aktive Rolle bei der Verwirklichung der vom Sicherheitsrat beschlossenen Maßnahmen zur Errichtung einer neuen Friedensordnung im Nahen Osten zu spielen;
- (ii) mit Befriedigung feststellend, daß der Rat begonnen hat, der Gemeinschaft Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie für eine eventuelle

Aktion zugunsten des Friedens in Jugoslawien benötigen könnte;

- (iii) mit Befriedigung davon Kenntnis nehmend, daß der Rat im Laufe des Jahres Mittel entwickelt hat, die den Regierungen zur Koordinierung ihrer im Bereich der WEU erfolgenden Aktivitäten zur Verfügung stehen;
- (iv) im Hinblick darauf, daß die verschiedenen auf der Regierungskonferenz vorgetragenen Vorschläge in bezug auf die Zukunft der europäischen Sicherheit alle für die WEU eine wichtige Rolle vorsehen, sowohl als europäischer Pfeiler des Atlantischen Bündnisses als auch als militärische Organisation der Zwölf;
- (v) mit Genugtuung darüber, daß die aufeinanderfolgende französische und deutsche Präsidentschaft beachtliche Fortschritte in diesen Bereichen erzielt hat;
- (vi) die Tatsache begrüßend, daß der Rat auf seinem Ministertreffen am 27. Juni 1991 in Vianden nützliche Entscheidungen für eine Anpassung der WEU an die neuen Erfordernisse der europäischen Sicherheit getroffen hat;
- (vii) jedoch mit Bedauern darüber, daß der Rat auf der Ebene des Ständigen Rates seinen Verpflichtungen aus Artikel IX des Geänderten Brüsseler Vertrags nur begrenzt nachkommt, insbesondere indem
 - a) er sich hinter formalistischen Erwägungen verschanzte, um der Versammlung nicht zu antworten, wie es oft der Fall war, insbesondere in seinen Antworten auf die Empfehlungen 479 und 490 sowie auf die schriftliche Frage 288;
 - b) er mit Fakten sehr frei umgeht, wie es mehrmals in seinen Antworten auf die Empfehlungen 490 und 494 sowie im ersten Teil seines 37. Jahresberichts der Fall war;
 - c) er ausweicht auf allgemeine Erläuterungen und unklare Äußerungen, wie in seiner Antwort auf die Empfehlung 492;
 - d) er sich von seinen Verpflichtungen aus dem Geänderten Brüsseler Vertrag befreit, wie es in seinen Antworten auf die Empfehlungen 490 und 491 sowie auf die schriftlichen Fragen 289 und 290 geschehen ist;
- (viii) darüber hinaus mit Bedauern darüber, daß die Öffentlichkeit noch immer unzureichend über die Aktivitäten der WEU informiert wird;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. unverzüglich die durch den Wandel Europas, die Entwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Gemeinschaft und die Reorganisation der NATO erforderlich gewordene Anpassung der WEU zu untersuchen und die Versammlung

über seine Schlußfolgerungen zu unterrichten, jedoch Entscheidungen über die Anwendung des Geänderten Brüsseler Vertrags keiner anderen Institution als der WEU zu überlassen, was er auch angesichts seiner Antwort auf die Empfehlung 490 zu beabsichtigen scheint;

2. das Auswertungszentrum der WEU für Satellitendaten unverzüglich zu errichten und schnellstens die Voraussetzungen für die Entwicklung europäischer Kapazitäten im Bereich von Beobachtungssatelliten festzulegen;
3. in Konsultation mit der NATO die Kommandostrukturen sorgfältig zu untersuchen, die den Einsatz von Streitkräften ermöglichen könnten, die der NATO oder nationalen Befehlsstellen der Mitgliedstaaten für Missionen der WEU unterstellt sind, unter Berücksichtigung der im Verlauf der Golf-Krise und der in bezug auf die Jugoslawien-Frage gemachten Erfahrungen;
4. die von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Oktober 1991 vorgelegten Abrüstungsvorschläge zu prüfen mit dem Ziel, die europäischen Sicherheitserfordernisse zu ermitteln und Europa die Übernahme einer sehr viel aktiveren Rolle im Abrüstungsbereich zu ermöglichen;
5. Bereiche festzusetzen, in denen eine Beteiligung von Ländern, die nicht der WEU angehören, insbesondere der Türkei, Griechenlands, Norwegens und einiger mitteleuropäischer Länder, an den Aktivitäten des Rates oder seiner nachgeordneten Organe in Betracht gezogen werden könnte;
6. die Anwendung von Artikel IX des Geänderten Brüsseler Vertrags, der die Versammlung zu einem entscheidenden Organ der WEU macht, nicht zu vernachlässigen und zu diesem Zweck:
 - a) dafür Sorge zu tragen, daß er in angemessener Form auf die Empfehlungen und schriftlichen Fragen der Versammlung antwortet, und insbesondere:
 - (i) die Tatsache, daß die von ihm unzureichend informierte Versammlung nicht immer in der Lage ist, ihre Texte in einer von ihm als angemessen betrachteten Weise zu verfassen, nicht als Vorwand für eine Verweigerung der Antwort zu nehmen;
 - (ii) dafür Sorge zu tragen, daß er Erklärungen, die nicht sehr realistisch sind, keinen Glauben schenkt;
 - (iii) dafür Sorge zu tragen, daß die englischen und französischen Texte seiner Antworten möglichst genau übereinstimmen;
 - (iv) ausreichend präzise und detailliert auf präzise und detaillierte Empfehlungen zu antworten;
 - (v) das im Geänderten Brüsseler Vertrag verankerte Recht sowohl bei seinen Beschlüssen als auch bei seinen Antworten gegenüber der Versammlung zu respektieren;

- b) zur Ermöglichung eines echten Dialogs zwischen Rat und Versammlung dafür Sorge zu tragen, daß:
- (i) seine Antworten auf die Empfehlungen der Versammlung rechtzeitig, d. h. innerhalb von drei Monaten nach Übermittlung der Empfehlungen an den Rat, zugehen, damit die Versammlung sie noch vor Beginn der nächsten Tagung prüfen kann;
 - (ii) seine Antworten auf schriftliche Fragen innerhalb einer angemessenen Frist der Versammlung zugehen;
 - (iii) seine Halbjahresberichte der Versammlung binnen drei Monate nach Ende des entsprechenden Halbjahres zugehen;
- c) der Versammlung diejenigen der ihm vorgelegten Diskussionspapiere, Berichte und Vorschläge zuzuleiten, die nicht der Geheimhaltung bedürfen, entsprechend der von den Dienststellen der Europäischen Gemeinschaft gegenüber dem Europäischen Parlament geübten Praxis und entsprechend seiner eigenen Handhabung am 22. Februar im Falle des ihm vom Generalsekretär vorgelegten Arbeitspapiers;
- d) die Versammlung über die mit Hilfe der Studie über die Entwicklung gemeinsamer europäischer strategischer Luft- und Seetransportmittel erzielten Fortschritte zu unterrichten;
- e) die Versammlung über Form und Ziele der in Metz geschaffenen Arbeitsgruppe „Jugoslawien“ zu informieren;
- f) seinen eigenen Beschluß vom 13. November 1989 betr. das WEU-Institut für Sicherheitsfragen anzuwenden, indem er
- (i) der Versammlung „die Ergebnisse der nicht der Geheimhaltung unterliegenden Arbeiten des Instituts“, einschließlich der „Diskussionspapiere über aktuelle Themen“, und die „Zusammenfassungen über von ihm durchgeführte Seminare“ vorlegt;
 - (ii) keine Einwände dagegen hat, daß das Institut der Versammlung Stellungnahmen über aktuelle Fragen übermittelt;
7. schnellstmöglich den von allen Regierungen getragenen Beschluß zu verwirklichen, den Sitz des Ständigen Rates nach Brüssel zu verlegen und die Konstituierung dieses Organs durch ständige Vertreter der Mitgliedstaaten bei der Europäischen Gemeinschaft vorzusehen;
8. das Generalsekretariat mit der Vorbereitung eines regelmäßig erscheinenden Informationsberichts über die Aktivitäten der WEU und dessen Verteilung an die Presse zu beauftragen.

Tagesordnungspunkt:

Die Verteidigungsindustrie in der CSFR, in Ungarn und in Polen

(Drucksache 1289)

Berichtersteller:

Abg. David Atkinson (Großbritannien)

Margitta Terborg (SPD): — Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Mit großer Aufmerksamkeit habe ich den Empfehlungsentwurf des verehrten Kollegen Atkinson gelesen. Ich verhehle nicht, daß ich den Versuch bewundere, ein äußerst heikles Thema in eine geschmeidige Form zu bringen. Dennoch werde ich zu meinem Bedauern diese Vorlage ablehnen müssen. Sie läßt sich nicht so grundsätzlich verändern, daß man ihr zustimmen könnte, und — ich muß das ganz offen sagen — sie ist an einer wichtigen Kreuzung eine Weichenstellung in die falsche Richtung.

Das Problem der in seiner Existenz gefährdeten Rüstungsindustrie in den Staaten des Dreiecks ist zutreffend beschrieben. Insofern stimme ich dem Kollegen Atkinson zu. Die Märkte sind weggebrochen, die Unternehmen kollabieren, Arbeitslosigkeit droht mit all ihren verheerenden Auswirkungen auf die regionale Beschäftigungssituation.

Dies — so formulierte der Entwurf im Klartext — darf den drei Staaten nicht passieren, die künftige Vollmitglieder der Europäischen Gemeinschaft und Partner im Sicherheits- und Verteidigungssystem sein werden.

Hier, fürchte ich, beginnt die falsche Weichenstellung; denn die Schlüsse, die daraus gezogen werden, lauten: Geben wir der Rüstungsindustrie eine neue Chance, öffnen wir ihr neue Märkte, bauen wir vorhandene Sperrklauseln ab.

Das ist die traditionelle Lösung eines Problems. Es ist eine Lösung, die exakt nicht mehr in unsere Zeit paßt. Da hätte Europa einmal die handfeste **Chance**, einen praktischen Schritt **in Richtung Rüstungskonversion** zu tun — und versagt.

Für mich ist ein ganz anderer Schritt vorstellbar: In diesem neuen Europa vereinigen alle Länder ihre Kräfte zu einem Modellversuch, der beweist, daß die Umstellung auf Friedensproduktion sehr wohl möglich ist, wenn alle dabei helfen.

Ich höre schon die Einwände: Den drei Ländern soll verwehrt sein, was für andere Staaten selbstverständlich ist, nämlich nationale Rüstungskapazitäten zu unterhalten, oder den Einwand, hier verfolge man schadenfroh den Zusammenbruch einer lästigen, weil qualitativ hervorragenden Konkurrenz und erschließe sich neue Märkte. Oder man hört den Einwand, auf das rüstungstechnische Know-how des künftigen Partners könne man im Grunde nicht verzichten. Schließlich: Die drei Staaten seien ja bereit, sich den Exportrestriktionen anzupassen; sie vermehrten also nicht den Rüstungswettlauf in der Welt.

Für mich sind diese und ähnliche Argumentationsketten nicht so überzeugend, daß ich der Empfehlung

zustimmen könnte. Ich setze dagegen: In dem neuen Europa, das wir alle anstreben und dessen erste Gehversuche wir begleiten werden, kommt es **nicht auf den Erhalt, sondern auf den Abbau von Rüstungskapazitäten** an. Hier hätten wir die erste Einstiegs-möglichkeit dazu.

Das würde allerdings eine faire Hilfe der Staaten bedeuten, die selber nur zögerlich ihre nationale Rüstungsindustrie umstrukturieren. Insofern kann ich also nicht der Empfehlung folgen, die die Konversion in den Staaten des Dreiecks allein der privatwirtschaftlichen Initiative zuweist. Das wird nicht funktionieren, und das kann auch nicht funktionieren. Hier, am aktuellen Beispiel sind alle gefordert: die drei Staaten, die Privatinitiative und die Hilfe der europäischen Staatengemeinschaft. Dazu müssen wir in der Lage sein, wenn wir wirklich einen Schritt auf eine Welt zutun wollen, die Frieden nicht nur als Ergebnis einer immer ausgefeilteren Waffenausstattung der Staaten akzeptiert und die jeden Abrüstungsschritt nicht sofort wieder durch neue Techniken zu kompensieren trachtet. Das ist Ressourcenverschwendung, die sich unsere Welt, die sich Europa auf Dauer nicht leisten kann.

Wenn es uns um einen realen Schritt in Richtung Frieden geht, dann sollten wir beherzt akzeptieren, daß unsere Fürsorge für die Menschen in den betroffenen Regionen nicht darin bestehen kann, ihre angestammten Arbeitsplätze zu erhalten und zu modernisieren, sondern darin bestehen muß, ihnen **neue Märkte der Produktion ziviler Güter erschließen** zu helfen und sie bei der Umstellung auf diese Produktion zu unterstützen.

Deshalb, verehrte Kolleginnen und Kollegen, möchte ich Sie bitten, dieser Empfehlung nicht zu folgen und den Ausschuß für Technologie und Raumfahrt zu beauftragen, eine schlüssige Empfehlung zur Rüstungskonversion der nächsten Versammlung vorzulegen.

Ich habe die feste Überzeugung, daß unser Kollege Atkinson auch eine solche Aufgabe mit intellektueller Brillanz lösen wird.

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir in der Vergangenheit einen Bericht gehabt hätten, der uns in so hervorragender Weise, wie es der Kollege Atkinson getan hat, statistisch nachgewiesen hätte, wie hoch die **Verteidigungsproduktion in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in Polen war**, der uns nachgewiesen hätte, wie hoch die Exporte waren und wohin sie gegangen sind — nach Irak, nach Iran; wir können das der Statistik entnehmen —, dann hätten wir zur Kenntnis genommen, welches Bedrohungspotential aus dem Ostblock uns gegenübergestanden wäre.

Heute nehmen wir in einer ganz anderen Situation einen Bericht mit den gleichen Zahlen entgegen, und wir nehmen zur Kenntnis, daß diese Zahlen der Vergangenheit angehören. Trotzdem, meine sehr verehrten Kollegen, hat auch dieser Bericht ein Bedrohungspotential, das **Bedrohungspotential eines sozialen Sprengstoffs**, der in diesen Ländern vorhanden ist, weil eine starke Industrie auf dem Waffensektor,

die in erster Linie in die Dritte Welt, aber auch in den Warschauer Pakt exportiert hat, plötzlich keine Märkte mehr hat und vor dem Zusammenbruch steht und weil deswegen enorme soziale Probleme auftauchen.

Wir wissen z. B. aus der Tschechisch-Slowakischen Föderierten Republik, wie sie heute heißt — und damit wird schon die Problematik aufgezeigt —, daß die Slowakische Republik auf dem Gebiet der Verteidigungsindustrie besonders kopflastig ist und ganz besonders betroffen ist. Die **innere Stabilität dieser Länder kann** durchaus **in Gefahr geraten**, und das kann auch Auswirkungen auf die Nachbarn — sprich: auf uns selbst — haben.

In dem Zusammenhang sollte man aber nicht falsche Schlußfolgerungen ziehen. Es war sehr interessant, die engagierten Plädoyers der Kollegin Terborg und des Kollegen Lambie zu hören. Nur, ich glaube, sie haben das Problem als solches nicht ganz erkannt. Selbst wenn man Konversion will, kann man nicht von heute auf morgen eine vollständige Umstellung herbeiführen. Das ist weder in einer Planwirtschaft noch in einer Marktwirtschaft möglich. Es geht darum, einen **sanften Weg der Konversion** zu beschreiten. Dafür sind die Vorschläge, die Kollege Atkinson in seinem Empfehlungsentwurf macht, nach meiner Meinung der richtige Weg. Warum soll es für Länder, die demnächst mit der EG assoziiert sind, die letzten Endes Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft werden sollen, noch **COCOM-Bestimmungen** geben? Warum sollen sie nicht abgebaut werden? Warum soll hier nicht Chancengleichheit geschaffen werden? Warum sollen diese Länder von der unabhängigen europäischen Programmgruppe ausgeschlossen sein? Warum sollen sie nicht mit dieser zusammenarbeiten? Warum sollen sie nicht wie andere Länder, die gar nicht mit der EG assoziiert werden wollen, als Länder eingestuft werden, die eine sich entwickelnde Verteidigungsindustrie haben? Ich glaube, es ist eine gewisse Arroganz der Besitzenden — wenn ich es einmal so formulieren darf —, die hier eine Klassengesellschaft schaffen wollen und die nicht bereit sind, gleiche Chancen zu geben.

Niemand will einen Ausbau der Verteidigungsindustrie und der Waffenproduktion, obwohl gerade die Tschechoslowakei, wie wir wissen, schon seit dem 19. Jahrhundert, noch aus der kuk-Monarchie, eine große Tradition auf diesem Gebiet hat. Wir müssen überall **Frieden schaffen mit weniger Waffen**, wie das der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland vor ein paar Jahren sehr deutlich gesagt hat.

Das bedeutet aber nicht die absolute Zerstörung einer solchen Industrie ab dem Nullpunkt, ab 21. Januar oder welches Datum wir immer nehmen wollen. Vielmehr muß die Bereitschaft vorhanden sein, zur Zusammenarbeit zu kommen, vor allem dann, wenn ein Land wie die Tschechoslowakei von sich aus auf Waffenexporte verzichtet. Allein die Tatsache, daß der gefährliche Sprengstoff Semtex heute nicht mehr ohne weiteres Terroristen zur Verfügung steht, macht es doch wert, mit einem solchen Land vernünftig zusammenzuarbeiten.

Der Kollege Lambie hat von 100 Prozent Arbeitslosigkeit in Glasgow gesprochen. Nun, die gibt es dort nicht. Glasgow ist vor zwei Jahren Europäische Hauptstadt der Kultur gewesen. Ich habe selten eine größere positive Entwicklung gesehen als in Glasgow. Als ich anlässlich des Fußball-Europapokal-Endspiels zwischen St. Etienne und Bayern München in Glasgow war, war es eine verkommene, niedergeworfene Stadt. Sie hat ihre alte Industrie aufgegeben und ist inzwischen zu neuem Leben erwacht. Deswegen war sie auch Europäische Hauptstadt der Kultur. Das ist ein Hinweis, welche Entwicklungen auch in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in Polen in die Wege geleitet werden können. Nur, das ist ein Prozeß, der nicht von heute auf morgen stattfindet, sondern der sich über ein Jahrzehnt hinzieht.

Ich möchte der Frau Kollegin Terborg auch sagen: Natürlich geht es hier nicht um die Alternative Abbau oder Weiterführung, sondern es geht um einen **kontrollierten Abbau der Verteidigungsindustrie**. Die Menschen dürfen nicht maßlos ins Unglück gestürzt werden. Sie sind nicht konsequent in Ihrer Haltung. Sonst müßten Sie die Gruben im Ruhrgebiet von heute auf morgen zumachen und die Bergleute dort ins Unglück stürzen, genauso wie Sie die Arbeiter in der Slowakei jetzt vielleicht ins Unglück stürzen wollen. Sie müssen bereit sein, hier sozial und nicht ideologisch zu denken. Ich wundere mich, daß gerade Vertreter von linken Parteien kein Herz für die Menschen haben und sich nicht sozial engagieren, daß sie nicht verstehen können, daß ein solcher Prozeß nicht von heute auf morgen stattfinden kann, sondern geordnet ablaufen muß.

In diesem Zusammenhang plädiere ich auch für **Joint ventures zwischen der Industrie in den Mitgliedsländern der WEU und diesen Staaten**. Ich plädiere dafür, gerade in diesen Ländern ein Musterbeispiel für Konversion zu schaffen. Man muß sich nur darüber klar sein, daß Konversion nicht von heute auf morgen qua Stichtag stattfinden kann, sondern ein langsamer, ein schwieriger Prozeß ist, bei dem alle Aspekte, auch die sozialen, im Auge behalten werden müssen.

Dr. Albert Probst (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorweg Herrn Atkinson und dem Ausschuß einen besonderen Dank aussprechen, die sich bei der Analyse ganz große Mühe gegeben haben. Das gilt, Herr Atkinson, aber nicht nur für die Analyse, sondern auch für einen gemeinsamen akzeptablen Vorschlag. Sie haben hier auch keine Mühe gescheut, und wir sind aufeinander zugegangen.

Es gab im Ausschuß zuerst Mißverständnisse, nämlich dahin gehend, daß man in bezug auf die vorgeschlagenen Punkte 2 und 3 eine Ausweitung der Möglichkeit des Waffenexports an Drittländer hätte sehen können. Ich gebe zu: Es ist ein Mißverständnis gewesen. Sie hatten das nie so beabsichtigt. Aber es war auch notwendig, dieses Mißverständnis auszuräumen.

Wenn wir die **Länder des Ostblocks** und den dort stattfindenden Demokratisierungsprozeß ernst nehmen, dann muß unbestritten sein, daß diese Länder auch eine eigene Verteidigungspolitik betreiben kön-

nen und damit natürlich auch eine **eigene Verteidigungsindustrie unterhalten** müssen. Ich glaube, es ist unbestritten, daß das so ist. Wenn dem jedoch so ist, dann ist es natürlich von größter Bedeutung, daß das **Dreieck an Europa angebunden** wird, denn eine freischwebende Entwicklung der Waffenindustrie dort — ohne Rückkoppelung, vielleicht mit neuen Akzenten — könnte die Gefahr in sich bergen, daß das eine oder andere Land hier eine Möglichkeit der Devisenbeschaffung und des Exports sieht. Das könnte man diesen Ländern auch aus sozialen Gründen ja nicht einmal absprechen. Aus diesem Grunde ist die Anbindung von allergrößter Bedeutung.

Kollege Müller, auch die Kooperation, die Bildung von Joint-ventures in diesem Bereich könnte ja ein Vorteil der Bindung dieser Länder an den Westen sein. Es wäre gut, wenn so etwas zustande käme. **Waffenexporte** aus diesen Ländern **in Drittländer** allerdings können **unter keinen Umständen im Interesse der WEU** liegen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zur sogenannten Konversion sagen. Herr Lambie, Frau Terborg, wenn wir nur die Punkte 1 und 4 beschließen, dann, glaube ich, werden wir einen großen Fehler machen, denn dann gibt es keine Aufforderung zu einer Europa-Bindung. Die Länder werden ihre Produktion in beschränktem Umfang ja in jedem Falle fortsetzen. Wir haben dann keine Möglichkeit, hier einzugreifen. Wir sollten das auch nicht tun, denn das wäre wirklich arrogant. Aber wenn wir das tun, dann ist die **Anbindung an Europa das allerwichtigste** bei dem gesamten Vorgang, wenn nicht etwas Freischwebendes entstehen soll. Ich meine, Frau Kollegin Terborg, Herr Lambie, es ist eine Illusion zu glauben, daß alle diese Industrien sozusagen über Nacht zivile Produkte herstellen könnten, die auch absetzbar wären. Das wird nicht möglich sein. Wir wissen es aus dem eigenen Land.

Wenn man ein Beispiel dafür geben möchte, wie die Situation zu 100 % geändert werden kann, dann, glaube ich, bewegt sich das etwas im Bereich einer nicht zu verantwortenden Illusion. Wir haben jetzt Änderungen erreicht: Wir haben die Punkte 1 und 4 sowie Punkt 2 verbessert. Das ist, denke ich, eine gute Basis dafür, daß wir Ihrem Antrag heute nachmittag zustimmen können.

Herzlichen Dank. (Zustimmung)

Lilo Blunck (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Präsident! Vorab möchte ich ein ganz herzliches Dankeschön dem Berichterstatter und den Mitgliedern des Ausschusses sagen, die bei der Anhörung der Gegenargumente wirklich ungeheure Geduld bewiesen haben.

Jetzt komme ich zum eigentlichen Thema: Die politische Absicht des Berichtes ist es u. a., **den vielen Arbeitnehmern in der Rüstungsindustrie einen Hoffnungsschimmer** aufzuzeigen. Diese Absicht wird nach meiner Überzeugung mit dem Punkt 2 der Empfehlung konterkariert.

Selbstverständlich geht es nicht darum — damit greife ich jetzt auf, was heute vormittag im Ausschuß und auch hier in dieser Versammlung gesagt worden

ist —, über Nacht die Werkbank Sprengstoffherstellung in eine Werkbank Brotherstellung umzubauen. Aber anfangen müssen wir, Herr Müller und all die anderen, die dieses gesagt haben. Wir dürfen nicht die Werkbank Herstellung Sprengstoff Semtex zur Werkbank Herstellung Sprengstoff TNT umbauen und dann davon träumen, am Sankt-Nimmerleins-Tag Brot oder etwas anderes zu produzieren.

Im übrigen möchte ich noch darauf hinweisen, daß wir bei anderen Industriezweigen wesentlich radikaler vorgehen. Die Märkte brechen zusammen, und die Menschen werden entlassen. Ich möchte als deutsche Kollegin auch von den Menschen in den fünf neuen Bundesländern sprechen, die das zu Tausenden erfahren müssen und dadurch sehr gebeutelt werden.

Entlarvend ist im übrigen, wenn wir den Punkt 2 der Empfehlungen nicht streichen, daß von der **Aufhebung der COCOM-Liste** nur im Zusammenhang mit dem Aufbau einer Rüstungsindustrie gesprochen wird. In diesem Zusammenhang möchte ich einen Appell an das Gewissen meines sehr geschätzten Kollegen Müller richten: Sichere Arbeitsplätze, Herr Müller, gibt es nicht in der Waffenindustrie, sondern nur eine sicher tödliche Produktion. Wir müssen also mit der Konversierung anfangen.

Wir leben in einer Gesellschaft, die **riesige Aufgaben im sozialen, ökologischen und ökonomischen Bereich** in kurzer Zeit bewältigen muß, wenn wir nicht einer Völkerwanderung von Ost nach West ausgesetzt werden wollen, die den Rechtsradikalismus bei uns in einer wirklich unangemessenen Form hochtreibt.

Weiterhin müssen wir — ich nenne das nur als Stichwort — überall **in den RGW-Staaten die Soziale Marktwirtschaft** in kurzer Zeit **installieren**. Ich hoffe dabei, daß wir dazu Geld aus der Rüstungsbeschaffung umwidmen können. Wir im Westen sagen also unseren Arbeitnehmern in der Rüstungsindustrie: Wir wollen eure Arbeitsplätze verändern, und zwar in sichere, nicht dem ständigen Auf und Ab der Rüstungsbeschaffung unterliegende Arbeitsplätze, in Arbeitsplätze, die keine Waffen zum Töten produzieren. Vielmehr wollen wir dafür Sorge tragen, daß wir auf unserem geschundenen Planeten weiterleben können. Dazu braucht man keine Rüstung, sondern dazu braucht man Umwelttechnologien, dazu braucht man intelligente Verkehrssysteme, dazu braucht man Waren für den täglichen Bedarf.

Genau das, was ich jetzt gesagt habe, sollten wir den Männern und Frauen auch in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn sagen. Sie sind nämlich — damit greife ich etwas auf, was hier vorhin erwähnt worden ist — keine Menschen zweiter Klasse.

Der Punkt 2 der Empfehlung bedeutet nun aber **neue Beschaffungsprogramme**, also Ausweitung statt Rückführung dieser tödlichen Industrie, und das in Ländern, in denen die Demokratie erste unsichere Schritte wagt, in denen man mit Minderheiten äußerst problematisch umgeht. Wir wollen also unser **Know-how der Waffenproduktion** in ein Krisengebiet liefern. Das ist nicht akzeptabel.

Das **Außenhandels- und Wirtschaftsgesetz** meines Landes, der Bundesrepublik Deutschland, sagt ein-

deutig, daß **weder Waffen noch das Know-how der Waffenherstellung** in unsichere Gebiete **geliefert** werden dürfen. Ich finde, daß dieses Gesetz sehr vernünftig ist.

Bitte stimmen Sie der Streichung des Punktes 2 der Empfehlungen zu. — Vielen Dank. (Beifall)

Empfehlung 510

betr. die Verteidigungsindustrie in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in Polen

Die Versammlung,

- (i) in Kenntnis der derzeit in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in Polen — in diesem Text auch als die Staaten des Dreiecks bezeichnet — durchgeführten umfassenden wirtschaftlichen Reformen, mit denen der Übergang von einer staatlichen Planwirtschaft zur freien Marktwirtschaft vollzogen werden soll;
- (ii) in Anerkennung dessen, daß die Staaten des Dreiecks im Rahmen des früheren Warschauer Paktes gezwungen waren, eine weitreichende Rüstungsindustrie mit einer beträchtlichen Produktion von Rüstungsgütern und Wehrtechnik und mehreren hunderttausenden Beschäftigten aufzubauen;
- (iii) sich dessen bewußt, daß die traditionellen Exportmärkte für diese Rüstungsindustrie, hauptsächlich die früheren Verbündeten des Warschauer Paktes und die Staaten der Dritten Welt, die früher unter der Einflußsphäre der Sowjetunion standen, praktisch über Nacht zusammengebrochen sind;
- (iv) sich dessen bewußt, daß infolge von Rüstungskontrolle, einschneidenden Haushaltskürzungen und Umstrukturierungen der nationalen Streitkräfte der interne Absatzmarkt der Rüstungsindustrie der Staaten des Dreiecks ebenfalls drastisch geschrumpft ist mit unmittelbaren negativen Auswirkungen auf den Produktionsumfang;
- (v) sich dessen bewußt, daß die massive Arbeitslosigkeit in vielen Betrieben der Rüstungsindustrie der Staaten des Dreiecks zu einem völligen Zusammenbruch dieser Regionen führen wird, in denen diese Industrie in den meisten Fällen der ausschließliche Wirtschaftsfaktor und die Grundlage der sozialen und kulturellen Strukturen ist;
- (vi) in der Erkenntnis, daß die Rüstungskonversion im engeren Sinne, insoweit sie gleichbedeutend ist mit teilweiser oder völliger Umstellung der rüstungsproduzierenden Betriebe auf Produkte für den zivilen Absatzmarkt, hauptsächlich von unternehmerischen Initiativen im privaten Sektor getragen werden muß;
- (vii) mit Verständnis dafür, daß die Staaten des Dreiecks nach mehr als 40 Jahren völliger Abhängigkeit und Unterwerfung ein berechtig-

tes Interesse an einer eigenständigen Verteidigungskapazität haben, verbunden mit der Aufrechterhaltung der Grundlagen einer nationalen Rüstungsindustrie;

- (viii) sich dessen bewußt, daß die Staaten des Dreiecks sich verpflichtet haben, Rüstungsexporte in Spannungsgebiete und Terror-Organisationen einzustellen;
- (ix) in Anerkennung dessen, daß die Staaten des Dreiecks zukünftig ihre Streitkräfte und militärische Ausrüstung schrittweise an ihre neuen Sicherheitserfordernisse und an ihre zukünftige Rolle in einem weiteren europäischen Sicherheitsrahmen anpassen müssen;
- (x) sich dessen bewußt, daß davon auszugehen ist, daß in absehbarer Zukunft die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen Vollmitglieder der Europäischen Gemeinschaft sein werden und daß sie parallel dazu in ein zukünftiges europäisches Sicherheits- und Verteidigungssystem eingebunden werden müssen;
- (xi) sich dessen bewußt, daß die Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG) kürzlich entsprechende Kontakte zwischen der IEPG einerseits und der Westeuropäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft andererseits, die beide derzeit an der Errichtung der zukünftigen europäischen Sicherheitsarchitektur arbeiten, eingeleitet haben;
- (xii) davon überzeugt, daß die IEPG als europäisches Forum für die Staaten des Dreiecks ein idealer Rahmen ist für eine beginnende Harmonisierung ihrer operationellen Erfordernisse und Zeitpläne für die Umstrukturierung der Wehrbeschaffung, die ihnen durch ein abgestimmtes europäisches militärisches Forschungsprogramm und kostengünstige Wehrbeschaffungsprogramme die Möglichkeit bietet, ihre an Umfang und Bedeutung geschrumpfte Rüstungsindustrie den neuen Verhältnissen anzupassen und sie in gemeinsame europäische Anstrengungen einzubinden;
- (xiii) unter Hinweis darauf, daß trotz einer beträchtlichen Liberalisierung der COCOM Exportkontrollregeln, insbesondere in bezug auf die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen, diese Staaten immer noch auf der Liste unzulässiger Bestimmungsorte stehen;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. unverzüglich Verhandlungen zwischen dem COCOM und der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen zu fordern, um diese Staaten so schnell wie möglich von der Liste der unzulässigen Bestimmungsorte zu streichen;
2. die Mitwirkung der Tschechoslowakei, Ungarns und Polens an den Aktivitäten der IEPG als idealem Rahmen zu fördern, um mit den Beschaffungsverfahren für demokratisch kontrollierte Streitkräfte vertraut zu werden, insbesondere im Hinblick auf ihre Beteiligung an:

- a) den regelmäßigen Treffen der Regierungsbeamten, die als „die Treffen der Rüstungsdirektoren“ bekannt sind und mit dem Ziel veranstaltet werden, einen Informationsaustausch über den Betrieb der für die Wehrbeschaffung zuständigen Organisationen zu führen;
 - b) der Arbeit von Arbeitsgruppe I, was ihnen helfen könnte, ihre Beschaffungsanforderungen mit anderen europäischen Staaten abzustimmen und mögliche Projekte der Zusammenarbeit festzulegen;
3. alle Mitgliedstaaten zu bitten, positiv allen Ersuchen um Rat zu entsprechen in bezug auf Recycling, Erwerb neuer Technologien, Rüstungskonversion, Sonderhilfen für die Gründung selbständiger Unternehmen und Kleinbetriebe, Schaffung von Anreizen für die Ansiedlung von neuen Industrien und Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten durch die Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des tschechoslowakischen Außenministers Juri Dienstbier

(Themen:)

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): Herr Minister, Sie haben sehr deutliche Worte zur Sicherheitspolitik im neuen Europa gesagt, und Sie haben auch aufgezeigt, welche Unsicherheiten durch neue nationalistische Bewegungen entstehen. Man hat ja das Gefühl, daß sowohl die Ergebnisse der Oktoberrevolution in der Sowjetunion als auch die Ergebnisse der Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg — Versailles und folgende — heute in Frage gestellt werden.

Meine konkrete Frage an Sie lautet — ich habe sie diese Woche auch schon dem griechischen Ministerpräsidenten gestellt —: Wie stehen Sie zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, und wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Rolle eines unabhängigen Slowenien und Kroatien?

Außenminister Dienstbier wies darauf hin, daß er natürlich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintrete. Es bestehe nur das Problem, daß diejenigen, die dies am lautesten forderten, am wenigsten bereit seien, dieses Recht auch den Minderheiten in ihrem eigenen Lande zuzugestehen. Das einzige in Mittel- und Osteuropa funktionierende Prinzip sei das der Staatsbürgerschaft und der Menschenrechte. Man sollte nicht versuchen, die bestehenden Grenzen zu verändern, sondern auf ein Europa hinzuarbeiten, in dem die Grenzen ihre Bedeutung verlieren würden.

Hans Büchler (SPD): Herr Minister, ich bedanke mich recht herzlich für diese nachdenkliche Rede. Ich muß sagen, daß mein Wahlkreis direkt an der Grenze zur Tschechoslowakei gelegen ist und ich fast tagtäglich in Böhmen bin, genauso wie sehr viele Tschechoslowaken bei uns sozusagen schon zu Hause sind und

Arbeit gefunden haben. Deshalb muß ich Ihnen herzlich zu Ihrer Rede gratulieren, denn Sie haben als ein echter Tschechoslowake gesprochen und vor diesem Gremium die Sorgen der Bevölkerung deutlich gemacht.

Eine der größten **Sorgen der Tschechoslowaken** ist in der Tat, wie ihre **Sicherheit garantiert** wird. Bei jeder politischen Diskussion, bei jeder Diskussion mit der Bevölkerung insgesamt ist die Frage: Wann ist es so weit, bis ihr uns voll in eure Sicherheitsinstitutionen aufnehmt? Wir wissen ja, daß die Tschechoslowakei an und für sich eines der fortschrittlichsten Länder mit einem riesigen Reservoir an Facharbeitern und an Entwicklungsmöglichkeiten ist, was die meisten, die nicht unmittelbar mit den Menschen in der Tschechoslowakei zu tun haben, überhaupt nicht wissen. Dort drüben ist wirklich ein Potential vorhanden, das in kürzester Zeit auf das Niveau anderer europäischer Staaten gebracht werden kann. Die Frage nach der Sicherheit beschäftigt in der Tat sehr viele; sie fragen nämlich danach.

Sie haben in Ihrer Rede alle Sicherheitssysteme angesprochen und wiederholt darauf hingewiesen, was möglich und was nicht möglich ist. Ich habe auch ein bißchen Traurigkeit über das zögernde Verhalten der anderen europäischen Staaten herausgehört. Auch ich bin ein bißchen traurig darüber.

Hier in der WEU-Versammlung möchte ich nur eine Frage stellen, die Sie direkt angesprochen haben: Natürlich wäre auch **innerhalb der WEU Sicherheit für die Tschechoslowakei** möglich, wenn sie sich teilweise verändern würde. Nach genau diesem Punkt, den notwendigen Änderungen, möchte ich gerne fragen.

In seiner Antwort unterstrich Außenminister Dienstbier, daß die Beantwortung dieser Frage insbesondere von der künftigen Rolle der WEU abhängt. Wird sie der europäische Pfeiler in der NATO oder das Sicherheitselement in der Europäischen Gemeinschaft? Aufgabe der WEU könnte z. B. sein, konkrete Maßnahmen für eine Verteidigungsstruktur auf europäischem Gebiet in die Wege zu leiten. Was die NATO betreffe, so sei ihr gemäß ihren Regeln ein „out-of-area“-Einsatz nicht möglich. Für die Lösung von Problemen auf europäischer Ebene sollte der Einsatz eines entsprechenden europäischen Instrumentariums angestrebt werden, möglichst noch vor Beginn militärischer Auseinandersetzungen.

Lilo Blunck (SPD): Vielen Dank, Herr Minister, für Ihre nachdenklichen und wegweisenden Antworten. Ich möchte Sie fragen, ob Sie mir zustimmen können, daß die Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme, die schnellstmögliche Umstellung auf die soziale Marktwirtschaft die Gefahr des Auseinanderdriftens zwischen Tschechen und Slowaken in Ihrem Land, die Völkerwanderung von Ost nach West, einhergehend mit dem Rechtsradikalismus, verhindern könnte, und sind Sie der Meinung, daß z. B. ganz schnell die **COCOM-Liste** geändert werden muß, damit in Ihrem Land eine zukunftsträchtige Industrie aufgebaut werden kann?

Außenminister Dienstbier betonte, daß eine *Beseitigung der Beschränkungen aufgrund der COCOM-Liste erforderlich sei, um den eigenen Unternehmen den Einsatz der vorhandenen Technologien zu ermöglichen. Hinsichtlich der Rüstungskonversion träten vor allem im Bereich der Schwerindustrie Probleme auf. Die notwendigen Umstellungen würden jedoch nicht nur die Rüstungsindustrie betreffen, sondern müßten in allen Produktionsbereichen erfolgen. Insbesondere seien jetzt Veränderungen in den Köpfen der Menschen notwendig.*

Gerhard Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, ich bedauere zutiefst, daß ich Komplimente, die einige der Kolleginnen und Kollegen dem Herrn Minister ausgesprochen haben, nicht unterstützen kann. Ich bin immer der Auffassung gewesen — und das war die Auffassung unserer Versammlung —, daß wir die Menschenrechte unterstützen, daß **aus diesen Menschenrechten heraus das Selbstbestimmungsrecht der Völker** erwächst und daß wir dann bei selbstbestimmten Völkern die Möglichkeit haben, die Grenzen zu verändern, nicht in dem Sinne, daß wir sie geographisch verändern, sondern in dem Sinne, daß wir sie praktisch annullieren.

Aus den Ausführungen des Herrn Ministers heute habe ich den Eindruck gewonnen, als ob er das **Selbstbestimmungsrecht der Völker** gegen das **Durchlässigmachen der Grenzen** ausgespielt hätte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht in der Form akzeptiert hätte, wie wir es in den europäischen Gremien seit langer Zeit als Grundlage unserer Politik angesehen haben.

Deswegen möchte ich an Sie, Herr Minister, eine Frage richten. Wenn Sie nur von Rinnsalen von Blut in Jugoslawien gesprochen haben — 10 000 Menschen sind sehr wahrscheinlich inzwischen tot, 20 000 sind mehr oder weniger schwer verletzt —: Wann um Himmels willen müssen wir uns um ein Selbstbestimmungsrecht unserer Nachbarn kümmern? Wann sind diese Rinnsale zu groß, als daß wir nur dort sitzen und so tun könnten, als ginge uns das alles nichts an?

Herr Minister, ich stelle mir wirklich die Frage: Kann das die Politik der neuen Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik sein? Oder war dies die Rede des Innenpolitikers Dienstbier, der weiß, daß in seinem eigenen Land Minderheitenprobleme existieren?

Ich habe wirklich die Bitte — deswegen habe ich vorhin den Zwischenruf gemacht —, daß wir uns auf unsere **europäischen Gemeinsamkeiten zurückbesinnen** und daß wir nicht die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht und die Offenheit der Grenzen gegeneinander ausspielen. Sonst geraten wir in eine Situation, die wir eigentlich hofften überwunden zu haben.

Außenminister Dienstbier wies in seiner Antwort auf die Vielschichtigkeit der angesprochenen Probleme hin. *Ranghöchstes Menschenrecht sei das Recht auf Freiheit. Allerdings dürfe die Inanspruchnahme des*

nationalen Selbstbestimmungsrechtes nicht als Vorwand zur Tötung anderer Menschen dienen, die ebenfalls ein Recht auf Selbstbestimmung hätten. In der CSFR sei die Situation allerdings völlig anders. Zwischen dem tschechischen und slowakischen Teil gebe es seit 1 000 Jahren klare Grenzen. Sofern die Slowaken einen eigenen Staat anstrebten, würde man dies akzeptieren. Dazu sei jedoch ein Referendum erforderlich. Hinsichtlich des Jugoslawien-Konfliktes beabsichtige die CSFR Slowenien und Kroatien unter der Voraussetzung anzuerkennen, daß bestehende Grenzen und Rechte Dritter garantiert würden.

Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): — Danke, Herr Vorsitzender.

Herr Minister, Sie haben heute mehrfach dokumentiert, daß Sie den **westlichen Sicherheitsorganisationen** so bald wie möglich **beitreten** wollen. Vor dem Putsch in Moskau war das Hauptargument gegen einen Beitritt zumindest zunächst der mittel- und osteuropäischen Staaten zu den westlichen Bündnissen die Rücksicht auf die Sowjetunion, auf Gorbatschow, auf das ungesicherte Schicksal der baltischen Republiken. Seit dem Putsch in Moskau und vor dem Hintergrund des jugoslawischen Konflikts tritt jetzt ein anderes Argument in den Vordergrund, nämlich die Sorge der NATO und auch der Westeuropäischen Union, in Nationalitätenkonflikte, in Minderheitenkonflikte verwickelt zu werden. Sie wissen, daß NATO und Westeuropäische Union einen Verhaltenskodex entwickelt haben, der allerdings nicht immer eingehalten worden ist, wenn man z. B. an den zypriotischen Konflikt denkt. Dieser Konflikt ist trotz der NATO-Mitgliedschaft von Griechenland und der Türkei ausgebrochen. Der Verhaltenskodex hat den Konflikt begrenzt, aber nicht verhindert.

Was würde nach Ihrer Einschätzung mehr helfen, solche Konflikte von vorneherein erst gar nicht ausbrechen zu lassen: eine weitere **Distanz der westlichen Bündnisse zu den drei mittelosteuropäischen Staaten** oder ein konkreter **Zeithorizont für ihren Beitritt**, natürlich über Stufen etwa des Kooperations- und Assoziationsverhältnisses? Das ist meine Frage an Sie.

Außenminister Dienstbier wies eingangs darauf hin, daß eine Lösung der angesprochenen Fragen vor allem auch eine Zusammenarbeit zwischen den bestehenden Strukturen in Europa erfordere. Man brauche die KSZE und ihre Institutionalisierung aufgrund ihrer transatlantischen Dimension. Was die Sowjetunion betreffe, so könne man aufgrund der unsicheren Situation derzeit noch nicht sagen, inwieweit die GUS bzw. Nachfolgestaaten in eine entsprechende Sicherheitsstruktur einbezogen werden könnten. Hinsichtlich der übrigen Institutionen in der NATO, der WEU, der EG sowie des Europarates seien deren Aufgaben neu zu definieren, um insbesondere Überschneidungen und Doppelarbeit weitestgehend zu vermeiden. Dieser Integrationsprozeß, der zweifellos Zeit in Anspruch nehme, sei aus vielerlei Gründen voranzutreiben.

Tagesordnungspunkt:

Die transatlantische parlamentarische Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen

(Drucksache: 1287)

Berichtersteller:

Abg. José Luis Lopez Henares (Spanien)

Leni Fischer (CDU/CSU) *): Herzlichen Dank, Herr Präsident! Erlauben Sie mir zunächst einmal, dem Kollegen Henares ganz herzlich für diesen Bericht zu danken, der eine Fülle von Informationen enthält, die jeder zu Hause in seinem nationalen Parlament wird gebrauchen und im Sinne unserer gemeinsamen Anliegen auch wird verwenden können.

Ich glaube, einige Punkte sollte man noch besonders hervorheben. Es ist wichtig festzustellen, daß es nicht daran fehlt, daß in den einzelnen Parlamenten die entscheidenden Strukturen nicht vorhanden wären. Sie sind in den einzelnen Parlamenten vorhanden; wir müssen nur noch Wege finden, um dies besser mit unseren Anliegen zu koordinieren.

Für die Mitglieder des amerikanischen Kongresses sind wir schrecklich weit weg. Die NATO selbst hat ja — aus welchen Gründen auch immer — keine der WEU entsprechende parlamentarische Versammlung gegründet. Der einzige Dialog findet in der Nordatlantischen Versammlung statt.

Ich bin Herrn Kollegen Henares sehr dankbar — ich halte das schon für wichtig —, daß er den Versuch unternommen hat, die **nordamerikanischen und kanadischen Abgeordneten** für einzelne **Aspekte europäischer Sicherheitspolitik** wirklich weiter und intensiver zu interessieren.

Es scheint schon ein Kunststück besonderer Art zu sein — ich sage das aus Erfahrung in anderen parlamentarischen Gremien —, die amerikanischen Abgeordneten dazu zu bewegen, an den Versammlungen in Europa teilzunehmen. Ich bin sehr dankbar, daß Kollege Henares auch darauf hingewiesen hat, daß wir dann mit den Organen der Versammlung von uns aus den Kontakt suchen und verstärken sollten. Die kanadischen Parlamentarier sind nach meiner Erfahrung bisweilen offener in der Beantwortung unserer Fragen. Sie sind präsent; sie bringen Gedanken ein, wenn man sich direkt an sie wendet.

Ich begrüße ganz besonders die Idee, der Versammlung vorzuschlagen, man möge z. B. eine Einladung an das **kanadische Parlament** aussprechen, eine **Delegation** in die **Parlamentarische Versammlung der WEU** zu entsenden, um mit uns in den Dialog einzutreten und gemeinsam mit den Kanadiern vertieft die Fragen **europäischer Sicherheitspolitik** zu diskutieren.

Ich bin sehr froh, daß dieser Bericht auf eine sehr in die Zukunft reichende Weise zeigt, wie sehr wir, die WEU, daran interessiert sind, nicht nur den Kontakt zu den

*) In ihrer Funktion als stellv. Vorsitzende des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

mittel- und osteuropäischen Ländern zu suchen, um mit diesen Ländern einen Gedankenaustausch zu pflegen, sondern wie sehr wir auch bereit sind, den **transatlantischen Dialog** zu fördern.

Nach dem guten Wort, daß man Dinge, die zu erledigen sind, am besten selber auf den Weg bringt, wünsche ich uns, daß wir, daß diese Versammlung wieder einmal einen guten Anfang macht und daß wir von uns aus weitere Versuche unternehmen, um den transatlantischen Dialog zu verstärken.

Herzlichen Dank.

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! In den Zeitungen der Vereinigten Staaten war vor kurzem eine heftige Kritik am amerikanischen Präsidenten Bush nachzulesen. Ihm wurde vorgeworfen, sich zu wenig um innenpolitische Probleme der Vereinigten Staaten zu kümmern. Der zweite Vorwurf war, daß er nach Europa zum Gipfeltreffen in Rom gefahren ist, aber eine Reise nach Japan verschoben hat.

Was sagen uns diese zwei Beispiele? Sie sagen uns erstens, daß die amerikanische Öffentlichkeit, vor allem die amerikanische Wirtschaft — und die Wirtschaft spielt ja in diesem Lande immer die entscheidende Rolle — sich in einem ganz starken Maße auf den pazifischen Raum konzentriert, heute mehr, als es früher der Fall war, und weniger auf Europa.

Zweitens besagt diese Meldung, daß die **amerikanische Politik** in erster Linie von der **Innenpolitik** und nicht von der Außenpolitik bestimmt ist. Wer die Vereinigten Staaten kennt, wer öfter dort hinkommt, wer amerikanische Zeitungen liest, wird feststellen, daß es wirklich so ist: Weltpolitische Ereignisse, Ereignisse in Europa spielen in der amerikanischen Presse kaum eine Rolle. Die Amerikaner sind in ihrer Politik im Kongreß im wesentlichen auf Fragen der amerikanischen Innenpolitik konzentriert; **außenpolitische Fragen spielen kaum eine Rolle**. Wer selbst mit gebildeten Amerikanern und mit Congressmen spricht, wird feststellen, daß ihre Kenntnisse über Europa äußerst beschränkt sind und daß sie nur wenig wissen über das, was sich hier wirklich ereignet.

Auf der anderen Seite sind die Vereinigten Staaten natürlich in einem sehr starken Maße vom europäischen Erbe geprägt. Die Zivilisation des Abendlandes hat auch auf die Vereinigten Staaten ausgestrahlt, und zwar sehr viel stärker als etwa die Zivilisation aus dem pazifischen Raum. Umgekehrt ist die Rückwirkung auf Europa, gerade was die Medien betrifft, sehr stark durch amerikanische Medien, vor allem in der Unterhaltungsindustrie, geprägt.

Welche politischen Schlußfolgerungen sollten wir daraus ziehen? Ich glaube, der Kollege Lopez Henares hat einen verdienstvollen Auftrag übernommen, indem er diesen Bericht erstellte. Denn es ist für die **Zukunft dieser Welt**, für die Zukunft der Sicherheitspolitik, aber nicht nur der Sicherheitspolitik, sicher bedeutend, daß wir mehr voneinander wissen, daß **engere Beziehungen** gerade auf der **parlamentarischen Ebene zwischen den Nordamerikanern** — wenn ich jetzt Nordamerika sage, schließe ich

Kanada mit ein und meine nicht nur die Vereinigten Staaten — und den **europäischen Demokratien** bestehen. Ich glaube, die Verhältnisse in Kanada sind etwas besser als die in den Vereinigten Staaten. Zum Beispiel auf dem Sektor der kulturellen Zusammenarbeit in Europa im Rahmen des Europarates erleben wir es jetzt immer wieder, daß kanadische Experten, auch kanadische Parlamentarier, an Konferenzen hier teilnehmen, während die Vereinigten Staaten durch Abwesenheit glänzen.

Wir sollten die Flinte nicht ins Korn werfen, sondern immer wieder die Tür aufzustoßen versuchen, um parlamentarische Kontakte gerade mit den Vereinigten Staaten und natürlich auch mit Kanada herzustellen und aufrechtzuerhalten. Das erfordert schon die gemeinsame Verantwortung. Und wenn wir feststellen müssen, daß Einladungen, die ausgesprochen werden, um amerikanische Beobachter z. B. hier bei der WEU-Versammlung zu haben, nicht gefolgt wird, sollte uns das nicht hindern, sie trotzdem weiter auszusprechen.

Ich erinnere mich auch — ich habe das in den Ausschußberatungen gesagt —, daß wir in **früheren Jahren** gerade von unserer Seite her ein etwas intensiveres Verhältnis zu den Parlamentariern des amerikanischen Kongresses hatten. Es gab viel **öfter Kontakte und Besuche von Delegationen**, z. B. aus dem **Politischen Ausschuß, dem General Affairs Committee der WEU in Washington** und in anderen Teilen der USA. Wir sollten diese Kontakte verstärkt pflegen und vielleicht einmal die Überlegung anstellen, inwieweit wir innerhalb des General Affairs Committee und dieser Versammlung einen Unterausschuß einrichten sollten, der sich speziell mit den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und Kanada befassen sollte.

Auch wenn es gelegentlich frustrierend ist — lassen Sie mich damit schließen —, ist es eine Notwendigkeit, diese Kontakte zu pflegen und zu erhalten, übrigens im beiderseitigen Interesse. Ich habe aus 25jähriger parlamentarischer Tätigkeit zumindest eine Erfahrung gewonnen: daß Besuche in den Vereinigten Staaten immer nützlich waren, nützlich deswegen, weil man dort manches kennenlernen konnte, was Jahre später uns in Europa auch politisch unmittelbar betroffen hat. Ich will nur ein Beispiel anführen. Bei meinem ersten Besuch in den USA erlebte ich 1964 die Studentenunruhen in Berkeley. Alles das erlebten wir 1968, vier Jahre später, in Europa. Was in den Vereinigten Staaten gelegentlich ausgekocht wird, hat später Auswirkungen auf Europa.

Erfahrungen auszutauschen, sich umzusehen hat noch nie geschadet, auch Parlamentariern nicht. Deswegen begrüße ich den Bericht des Kollegen Lopez Henares.

Leni Fischer (CDU/CSU)*): Herzlichen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Der Ausschuß hat der Versammlung in dieser Woche in bezug auf die öffentlichen parlamentarischen Verbindungen, kurz parliamentary public relations, gezeigt, für wie wichtig

*) In ihrer Funktion als stellv. Vorsitzende des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

wir die Frage der Verbindungen zu den Parlamenten, zu unseren eigenen Parlamenten und zur Öffentlichkeit erachten. Wir sind sehr froh, daß wir dafür die Unterstützung der gesamten Versammlung haben.

Erlauben Sie mir, einiges zur Frage der offiziellen Kontakte mit Kanada und den USA zu sagen. In den Jahren 1974 bis 1976 waren noch einmal Beobachter hier; seit 1988 haben wir wieder Einladungen an die Kanadier und auch an die USA ausgesprochen.

Es ist die Frage, ob es vielleicht an der Tatsache liegen mag, daß die Einladungen immer an die oberste Spitze gehen, d. h. an die Leute, die vor lauter Terminen, Arbeit, Einladungen dieselben ohnehin nicht mehr wahrnehmen können. Es ist auch die Frage, wieweit es uns gelingt, **Kontaktgruppen sowohl im kanadischen als auch im amerikanischen Parlament** aufzubauen, um auf einer mehr persönlichen Basis Interesse zu wecken.

Richtlinie 79

betr. **die transatlantische parlamentarische Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen**

Die Versammlung,

- (i) in der Überzeugung, daß die Einführung eines regelmäßigen Dialogs zwischen der Versammlung der WEU einerseits und dem amerikanischen Kongreß sowie dem kanadischen Parlament andererseits erforderlich und im Interesse aller Beteiligten ist;
- (ii) mit Bedauern darüber, daß die von der WEU-Versammlung seit 1988 regelmäßig an den amerikanischen Kongreß und das kanadische Parlament gerichteten Einladungen, Beobachter zu Sitzungen der WEU zu entsenden, bislang nicht aufgegriffen wurden;
- (iii) besorgt darüber, daß der Mangel an Informationen im Kongreß und in der amerikanischen Öffentlichkeit in bezug auf die Vorstellungen und die Situation der Europäer zu einer Verschärfung bestehender und zur Entstehung neuer Mißverständnisse auf der anderen Seite des Nordatlantiks führen könnte;
- (iv) in der Überzeugung, daß die Parlamente in Europa und Nordamerika einander stärker unterstützen und konsultieren sollten, um ihre parlamentarischen Rechte und Befugnisse gegenüber der Exekutive im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken;

ERSUCHT DEN PRÄSIDIALAUSSCHUSS,

sich mit dem Kongreß der Vereinigten Staaten und dem kanadischen Parlament in Verbindung zu setzen mit dem Ziel:

- a) ihre Ausschüsse und Unterausschüsse, deren Zuständigkeitsbereiche Fragen umfassen, die von der WEU-Versammlung behandelt werden, zu ermutigen, ein stärkeres Interesse an den Aktivitäten der WEU und ihrer Versammlung zu zeigen;

- b) die Schaffung amerikanischer und kanadischer Parlamentariergruppen zu fördern, die für die Schaffung von Beziehungen zur WEU-Versammlung zuständig sein würden;

- c) Treffen zwischen Vertretern des amerikanischen Kongresses und des kanadischen Parlaments mit Mitgliedern der WEU-Versammlung zu fördern mit dem Ziel der Errichtung eines Systems regelmäßiger parlamentarischer Zusammenarbeit und Kommunikation.

Mittwoch, 4. Dezember 1991

Tagesordnungspunkt:

Erster Teil des 37. Jahresberichtes des Rates

vorgelegt vom Amtierenden Vorsitzenden,

dem **Bundesminister des Auswärtigen,**
Hans-Dietrich Genscher

Hans-Dietrich Genscher (Bundesminister des Auswärtigen) (mit Beifall begrüßt). — Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! — Ich darf Ihnen, Herr Präsident, für Ihre freundlichen Worte der Begrüßung sehr herzlich danken. Ich benutze gerne diese Gelegenheit, vor den Abgeordneten der Versammlung der WEU über das erste Halbjahr der deutschen Präsidentschaft im WEU-Ministerrat zu berichten.

Die WEU hat sich in den letzten Jahren dynamisch entwickelt. Als der französische Außenminister, mein Freund Roland Dumas, am Ende der französischen Präsidentschaft im Juni dieses Jahres vor Ihnen Bericht erstattete, konnte er über konkrete Maßnahmen der neun Mitgliedstaaten im Golfkrieg berichten, er konnte auf erste Kontakte und Gespräche mit den Staaten Mitteleuropas verweisen und Sie über intensive Beratungen zum künftigen Platz der Westeuropäischen Union in der europäischen Sicherheitsarchitektur informieren.

Die Aktivität der Westeuropäischen Union hat seit Übernahme der Präsidentschaft durch Deutschland weiter zugenommen. In der sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskussion in Europa steht unsere Organisation im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Wir Europäer befinden uns im Zentrum fundamentaler politischer, sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher und ökologischer Veränderungen. Wir sind aufgerufen, gemäß der Charta von Paris, ein Europa der Freiheit und der Demokratie, der Menschenrechte, der Selbstbestimmung und der Minderheitenrechte zu schaffen. Diese große Chance für Europa müssen wir mutig nutzen. Es darf keinen Rückfall in einen engstirnigen Nationalismus geben. Eine Renationalisierung der Politik in Mittel-, Süd- und Osteuropa wäre eine Gefahr für ganz Europa. Diese Gefahr zu bannen und den natürlichen Wunsch aller Völker, Demokratie, Wohlstand und Sicherheit

zu verwirklichen, kann nur durch die Bündelung aller unserer Kräfte gelingen.

Das große Ziel können wir Europäer erreichen, wenn wir mit Entschiedenheit und mit Mut in den folgenden drei Aufgaben erfolgreich vorangehen.

Erstens: Der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union und schließlich zu den Vereinigten Staaten von Europa.

Zweitens: Die Einbeziehung der Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas, einschließlich der Sowjetunion und der ihr angehörenden souveränen Republiken in eine gesamteuropäische Friedensordnung.

Drittens: Die Festigung und Stärkung der transatlantischen Partnerschaft und des Atlantischen Bündnisses.

In allen drei Bereichen muß die Westeuropäische Union eigene wichtige Beiträge leisten.

Die Europäische Gemeinschaft spielt die zentrale Rolle bei der architektonischen Gestaltung des zukünftigen Europas. Erfolgreiche Grundstrukturen, wie sie sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt haben, müssen jetzt gefestigt und in einem qualitativen Sprung ausgebaut werden. In den beiden Regierungskonferenzen wird mit Nachdruck gearbeitet, um die Gemeinschaft auf den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur Politischen Union voranzubringen. Erst gestern ging das Konklave der zwölf Außenminister in Brüssel zu Ende. In einer Reihe von Fragen konnten weitere Annäherungen erzielt werden.

Ein zentraler Bestandteil, ein integraler Bestandteil der angestrebten Politischen Union ist die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Verteidigung. Ich habe mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen, daß auch Sie, Herr Präsident, eben von der Verteidigung und nicht von der Verteidigungspolitik gesprochen haben. Alle Mitgliedstaaten sprechen sich für eine europäische Sicherheitsidentität aus, alle befürworten eine größere europäische Verantwortung in den Verteidigungsangelegenheiten. Ihre Erarbeitung und Durchführung soll der Westeuropäischen Union übertragen werden, die damit zur Verteidigungskomponente der Union ausgebaut wird.

Bei den beiden letzten Ministertreffen der Westeuropäischen Union am 29. Oktober und am 18. November stand diese Schlüsselfrage, nämlich die künftige Aufgabe und Rolle unserer Organisation, im Vordergrund der Beratungen. Den Ministern lagen dabei eine Reihe konstruktiver Vorschläge vor, und zwar:

- eine britisch-italienische Erklärung;
- eine deutsch-französische Initiative von Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand und die
- Überlegungen von Generalsekretär van Eekelen.

Bei den Beratungen der Minister ging es im wesentlichen um drei Fragen:

Erstens: Der Ausbau der Westeuropäischen Union zur Verteidigungskomponente im europäischen Integra-

tionsprozeß und die damit verbundenen organisatorischen Maßnahmen.

Zweitens: Die politische und die organisatorische Verzahnung der Westeuropäischen Union mit der Europäischen Union. Die Europäische Union ist das Ziel. Ursprünglich war nur von dem Begriff „Union“ die Rede. Aber ich habe mich gefreut, daß man nunmehr allseits bereit ist, dem etwas farblosen Begriff den Begriff „europäisch“ hinzuzufügen.

Drittens: Die Komplementarität und Transparenz zwischen der Westeuropäischen Union und der Atlantischen Allianz.

Im Anschluß an die Beratungen der Minister haben Experten der Außen- und Verteidigungsministerien die Beratungen weitergeführt. Wegen der großen politischen Tragweite der anstehenden Entscheidungen sind dabei wesentliche Fragen offengeblieben, die bis oder in Maastricht im Rahmen des Gesamtpaketes gelöst werden müssen. Deutschland hat als Präsidentschaft dem niederländischen EG-Rats-Vorsitzenden am 21. November 1991 einen Ergebnisbericht über unsere Arbeit zugeleitet.

In Brüssel war es nun gestern möglich, wesentliche Fortschritte im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik und in der europäischen Verteidigungsidentität zu erreichen. Es liegt in der Natur des Verhältnisses von EG und WEU, daß die Mitgliedschaft in der Westeuropäischen Union den Mitgliedstaaten der EG offenstehen muß. Wir kennen das Interesse Griechenlands an einer Mitgliedschaft in der Westeuropäischen Union. Wir — ich spreche hier für Deutschland — stehen diesem Wunsch positiv gegenüber.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die zweite große Aufgabe, vor die wir Europäer gestellt sind, betrifft die Stärkung der transatlantischen Bindungen. In diesem Bereich sind gleichgerichtete Bemühungen mehrerer europäischer Organisationen erforderlich.

Erstens: In den letzten Jahren haben wir die Konsultationen der Europäischen Gemeinschaft mit den USA stetig ausgebaut. Mit der gemeinsamen Erklärung vom November 1990 konnten die Beziehungen auf eine solide Grundlage gestellt, und es konnte ihnen eine neue Qualität verliehen werden. Sie müssen weiter entwickelt werden.

Zweitens: Die NATO-Gipfelkonferenz in London 1990, die NATO-Ratstagung in Kopenhagen 1991 und der NATO-Gipfel in Rom am 7. und 8. November dieses Jahres haben deutliche Aussagen zur zukünftigen Rolle der Allianz in einem sich wandelnden sicherheitspolitischen Umfeld gemacht. Das Schlußkommuniqué der Tagung in Rom unterstreicht die Schlüsselrolle der NATO beim Aufbau einer neuen dauerhaften Friedensordnung in Europa. Der Beitrag der USA und Kanadas zur gemeinsamen Sicherheit und Verteidigung und die Rolle unserer transatlantischen Partner in der KSZE unterstreichen die Qualität des transatlantischen Verhältnisses.

Auf der NATO-Außenministerkonferenz in Kopenhagen und beim NATO-Gipfel in Rom wurde außerdem anerkannt, daß es Aufgabe der Europäer ist, über die

Ausgestaltung der europäischen Verteidigungsidentität und über die Rolle in der Verteidigung zu entscheiden. In diesem Zusammenhang wurde die immer wichtiger werdende Rolle der Westeuropäischen Union bekräftigt. Damit gaben die Staats- und Regierungschefs der Allianz der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität einen neuen starken Impuls.

Drittens: Bemühungen der Westeuropäischen Union um eine eigene Verteidigungsidentität im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses stärken nicht nur die europäische Identität. Sie führen nach dem Verständnis der Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union auch zu einer Festigung des europäischen Pfeilers in der Allianz.

In den Beratungen über die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität befaßte sich die Westeuropäische Union auch mit der Frage des engen Zusammenwirkens zwischen der WEU und der Atlantischen Allianz. Wir sind uns alle einig, daß diese Zusammenarbeit im Geiste des gegenseitigen Vertrauens erfolgen muß. Die Westeuropäische Union hat Vorschläge und Anregungen zur Ausgestaltung dieser Zusammenarbeit vorgelegt. Sie stehen unter dem Gebot gegenseitiger Transparenz und Komplementarität. Damit leistet die Westeuropäische Union einen eigenen wichtigen Beitrag zur Sicherung und Festigung der transatlantischen Partnerschaft. Unser gemeinsames Vorgehen festigt und stärkt die Allianz. Die Beschlüsse der NATO von Kopenhagen und von Rom bestätigen das.

Die dritte große Herausforderung für den Bau des Europas von morgen ist die Heranführung der neuen Demokratien in Mittel-, Südost- und Osteuropa, einschließlich der Sowjetunion und der ihr angehörenden souveränen Republiken, an die westliche Staatengemeinschaft.

Nach der Beendigung des Kalten Krieges und nach dem Ende der ideologischen Trennung Europas können wir uns eine erneute Trennung, eine Trennung in Arm und Reich, nicht leisten. Eine solche Trennlinie würde auch unsere Sicherheit gefährden. Denn Sicherheit bedeutet mehr und mehr wirtschaftliche, soziale und ökologische Stabilität. Eine Politik der kooperativen Sicherheit dagegen entspricht dem Harmel-Bericht von 1967. Sie wurde in der Charta von Paris vom 21. November 1990 niedergelegt. Die KSZE hat damit den konzeptionellen Aufbruch in eine neue europäische Friedensordnung eingeleitet.

Das Instrumentarium der KSZE zur Lösung politischer Konflikte und zur Bewahrung der kooperativen Sicherheitsstrukturen und zur Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen muß weiter gestärkt werden. Wie wichtig all diese Bemühungen sind, zeigt der blutige Krieg, den die jugoslawische Volksarmee gegen Kroatien führt.

Die EG bemüht sich nachhaltig um eine friedliche Lösung des Konflikts in Jugoslawien. Sie hat eine Monitormission nach Jugoslawien entsandt und die Jugoslawien-Konferenz unter Vorsitz von Lord Carrington einberufen. Alle Initiativen der Europäischen Gemeinschaft haben die ausdrückliche Unterstützung

der KSZE und auch der Vereinten Nationen gefunden. Es besteht gute Aussicht, daß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine VN-Friedenstruppe nach Jugoslawien entsendet. Das setzt jedoch einen wirksamen Waffenstillstand sowie die bereits grundsätzlich gegebene Zustimmung aller jugoslawischen Konfliktparteien voraus.

Auf Bitten der Europäischen Gemeinschaft hat sich die Westeuropäische Union im Berichtszeitraum auf zwei außerordentlichen Ministerräten im September, aber auch bei unseren Zusammenkünften am 29. Oktober und 18. November mit der Lage in Jugoslawien befaßt. Im Auftrag der Minister beriet eine Ad-hoc-Gruppe von Vertretern der Außen- und Verteidigungsministerien über die Möglichkeiten eines operativen Tätigwerdens der Westeuropäischen Union zur Unterstützung der in Jugoslawien eingesetzten Monitoren der Europäischen Gemeinschaft. Diese Arbeiten wurden im Anschluß an das letzte Ministertreffen vom 18. November ergänzt durch Überlegungen, wie die Westeuropäische Union für den Fall einer Entsendung von VN-Friedenstruppen eigene praktische Beiträge würde leisten können. Die Mitgliedstaaten erklärten ferner ihre Bereitschaft, an Maßnahmen zur Einrichtung von humanitären Korridoren mitzuwirken, um der notleidenden Zivilbevölkerung, insbesondere den betroffenen Kindern, zu helfen oder sie aus den Kampfgebieten zu evakuieren.

Als Vorsitzender des Rats kann ich heute mitteilen: Die Westeuropäische Union hat die notwendigen Vorkehrungen getroffen und die Überlegungen vorläufig abgeschlossen, um im Bedarfsfall Aktionen der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Vereinten Nationen in Jugoslawien im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu unterstützen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Der Konflikt in Jugoslawien beweist, daß wir mit unseren Bemühungen um die Schaffung kooperativer Sicherheitsstrukturen in Europa erst am Anfang stehen. Wir brauchen eine Intensivierung von Dialog, Konsultation und Kooperation aller europäischer Organisationen mit den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas. Ich denke hier neben der KSZE vor allem an die Europäische Gemeinschaft, an den Europarat, an die NATO, aber ebenso an die Westeuropäische Union.

Die Europäische Gemeinschaft hat vor wenigen Tagen Assoziationsabkommen mit Polen, mit der Tschechoslowakei und mit Ungarn paraphiert. Diese Abkommen sollen den drei mitteleuropäischen Staaten die wirtschaftliche Annäherung an den Westen ermöglichen mit dem Ziel einer späteren Mitgliedschaft. Abkommen mit anderen Demokratien der Region müssen folgen.

Der Europarat hat schon Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei als Mitglieder aufgenommen. Anderen Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der Sowjetunion hat er sich als Forum des politischen Dialogs geöffnet und ihnen über den Beitritt zu wichtigen Konventionen praktische Wege der Mitarbeit geebnet. Damit fördert der Europarat die Reformprozesse: Er ermutigt die Rückbesinnung auf das

gemeinsame europäische Erbe, auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und pluralistische Demokratie.

Auf dem NATO-Gipfel in Rom hat die Atlantische Allianz eine Institutionalisierung ihrer Kontakte und Konsultationen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas einschließlich der Sowjetunion angeboten und die Außenminister zu einem NATO-Ratstreffen im Dezember eingeladen. Dabei wird über die Einrichtung eines Nordatlantischen Kooperationsrates und über andere Maßnahmen zur Intensivierung der Kontakte entschieden.

Die Westeuropäische Union hat sich dieser Herausforderung ebenfalls gestellt. Auf Bitten von Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und zuletzt Bulgariens und Rumäniens hat der Generalsekretär der Westeuropäischen Union zusammen mit einem Vertreter der Präsidentschaft Erkundungsreisen durchgeführt. Auf dem letzten WEU-Ministertreffen am 18. November wurde beschlossen, die Außen- und Verteidigungsminister dieser Länder zu einem Sondertreffen mit den Mitgliedern des Rates einzuladen. Ergänzende Erkundungsreisen der Präsidentschaft und des Generalsekretärs in die Sowjetunion und in die baltischen Staaten, sofern letztere dies wünschen, sind vorgesehen. Die Seminare des WEU-Instituts mit Vertretern dieser Länder, zuletzt Ende November in Paris, fördern das gegenseitige Verständnis. Diese Vorhaben der WEU ergänzen und verstärken die gleichgerichteten Bestrebungen der Allianz der Europäischen Gemeinschaft.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nicht versäumen, Sie an dieser Stelle auch über weitere Aktivitäten der WEU zu unterrichten. Sie erkennen auch daraus die neue Dynamik unserer Organisation:

Erstens: Die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Weltraum erlangt eine neue Qualität. Bei den Ministerräten vom 22. Juni und 18. November wurde beschlossen, ab 1. Januar 1992 ein Analyse- und Ausbildungszentrum für Satellitendaten in Spanien einzurichten. Ferner wird eine Studiengruppe aus Vertretern der Mitgliedstaaten mit Sitz in Paris gebildet, um die Modalitäten eines europäischen weltraumgestützten Beobachtungssystems zu prüfen.

Zweitens: Die Studien zur Intensivierung der operativen Zusammenarbeit im politisch-militärischen sowie im militärischen Bereich werden intensiv weitergeführt.

Drittens: Im Bereich der Verifikation von Rüstungskontrollübereinkünften setzten die Mitgliedstaaten ihre Beratungen fort. Sie billigten ein Paket von Regeln für die Zusammenarbeit multinationaler Inspektionsteams. Im Juli dieses Jahres habe ich mich im Namen der WEU an den sowjetischen Außenminister gewandt, um die „open sky“-Gespräche wieder in Gang zu bringen. Inzwischen ist das geschehen.

Viertens: Schließlich hat die Mittelmeer-Arbeitsgruppe ihre Beratungen über die Vorschläge zur Sicherheitspolitik im Mittelmeerraum fortgesetzt. Die Gruppe wurde beauftragt, sich bei ihren weiteren Untersuchungen auch mit der Frage der Entwicklung

der Kontakte zwischen der Westeuropäischen Union und den Maghreb-Staaten zu befassen.

Erlauben Sie mir bitte zum Abschluß einen Ausblick auf das bevorstehende zweite Halbjahr der deutschen Präsidentschaft. Schon jetzt zeichnen sich folgende Schwerpunkte ab:

Erstens: Der fortdauernde Krieg der jugoslawischen Volksarmee gegen Kroatien mit seinen Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität in Europa wird die WEU weiter beschäftigen. Ein Tätigwerden unserer Organisation an friedenserhaltenden Maßnahmen wird von den Entscheidungen der Vereinten Nationen, der Europäischen Gemeinschaft und der KSZE abhängen. Ich behalte mir vor, ein erneutes Sondertreffen der Minister einzuberufen, um gegebenenfalls über eine Teilnahme der WEU im konkreten Fall zu befinden.

Zweitens: Die Beschlüsse des Europäischen Rates in Maastricht über die europäische Außen- und Sicherheitspolitik und die Verteidigung werden entscheidende Weichenstellungen auch für die künftige Arbeit der Westeuropäischen Union als Verteidigungskomponente im europäischen Integrationsprozeß bringen. Die deutsche Präsidentschaft möchte die Implementierung dieser Beschlüsse sobald wie möglich in den zuständigen Gremien der Westeuropäischen Union in Gang setzen. Eine erneute Befassung der Minister mit diesem Thema halte ich für notwendig.

Drittens: In Ausführung des Ministerbeschlusses vom 18. November werde ich Anfang nächsten Jahres zu einem Sonderministertreffen mit den Außen- und Verteidigungsministern der Staaten Mittel- und Osteuropas einschließlich der Sowjetunion einladen. Dabei werden auch die jüngsten Entwicklungen in der Sowjetunion zu berücksichtigen sein. Bei dieser Gelegenheit werden wir gemeinsam über die Einrichtung eines Konsultationsrats sowie über andere Maßnahmen der Zusammenarbeit zu entscheiden haben.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Die außergewöhnliche Dynamik, die die Westeuropäische Union in den letzten Monaten erfaßt hat, erfordert den fortlaufenden, vertrauensvollen Dialog zwischen dem Rat auf der einen und der parlamentarischen Versammlung auf der anderen Seite. Ich möchte mich bei Ihnen allen für die Kooperation sowie die wertvollen Beiträge bedanken, die wir in den vergangenen Monaten empfangen haben. Sie haben unsere Arbeit befruchtet und unsere Entscheidungen erleichtert. Ich möchte Sie herzlich bitten, die Bemühungen des Rates bei den vor uns liegenden wichtigen Aufgaben auch in den vor uns liegenden Monaten mit Rat und Tat zu unterstützen.

Ich danke Ihnen. (Beifall)

Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): — Herr Minister, die Länge der Fragen unserer Kollegen zeigt, daß die Parlamentarier neugierig sind. Sie haben in Ihrer Rede gesagt, daß gestern in Brüssel bei der Formulierung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspoli-

tik Fortschritte erzielt worden sind. Wir wären interessiert zu erfahren, welche substantiellen Fortschritte erreicht worden sind; ich glaube, das wird die Versammlung sicherlich interessieren.

Zweite Frage: Sie haben eben zu Recht davon gesprochen, daß es spätestens seit 1947, seit dem Marshall-Plan, ein großes amerikanisches Interesse an der europäischen Einigung gibt. Wir wissen, daß die Amerikaner nicht über jedes Resultat dieses europäischen Einigungsprozesses entzückt sind. Sie wollen bei einer infolge der Ereignisse Osteuropas in der Union abnehmenden militärischen Präsenz natürlich ihren politischen Einfluß aufrechterhalten.

Wie erklären Sie sich die fast völlige politische Abstinenz der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit dem Konflikt in Jugoslawien? Immerhin findet dieser Konflikt in einer Region statt, die zwischen zwei NATO-Ländern liegt.

Bundesaußenminister Genscher: Ich möchte zunächst eine Antwort darauf geben, was die Arbeit des Sicherheitsrates angeht. Ich hatte Ihnen ja gesagt, daß ich es sehr begrüßen würde, wenn wir die KSZE als eine Art Unterorganisation in Europa mit einem handlungsfähigen Instrumentarium versehen könnten. Ich hoffe, daß wir dafür eine breite Unterstützung aller KSZE-Mitgliedstaaten bekommen. Es wäre auch angesichts der neuen Qualität der europäischen Beziehungen angebracht, ein solches gesamteuropäisches Instrumentarium zu schaffen. Das kann nicht anders erreicht werden; aber das wird eine Zeit dauern. Ansonsten sind wir auf die bekannten Mechanismen angewiesen, die im Golfkrieg allerdings ihre Pflicht erfüllt haben. Es hat im Golfkrieg kein Veto gegeben. Wir können also nur darauf hinwirken, daß angesichts der hohen Qualität der Beziehungen, die sich in Europa entwickeln — bei allen Rückschlägen, wie es sich in Jugoslawien zeigt —, auch die Qualität unserer Einrichtungen und Instrumente verbessert wird.

Zur Frage von Herrn Soell, was die Fortschritte angeht — ich habe sie in meiner Rede bereits erwähnt —: Wir haben in Fragen der europäischen Sicherheit und der Verteidigung insofern erhebliche Fortschritte erzielt, als der Westeuropäischen Union — das ist der Kern der deutsch-französischen Initiative — eine integrale Rolle im europäischen Einigungsprozeß zugewiesen wird. Damit werden wir auch in diesem Bereich handlungsfähig. Davon leiten sich dann Antworten auf eine Reihe anderer Fragen ab.

Herr Kollege, was die Haltung der Vereinigten Staaten zum europäischen Einigungsprozeß angeht, sind wir uns ganz einig: Wir stehen ihm positiv gegenüber. Daß die Amerikaner nicht mit jeder Entscheidung einverstanden sind, die wir treffen, beruht auf Gegenseitigkeit. Auch die Europäer haben von Zeit zu Zeit an dieser oder jener Entscheidung der Vereinigten Staaten etwas auszusetzen gehabt; aber das ist ganz normal.

Wichtig ist, daß wir eine vertragsfähige, vertrauensvolle und transparente Beziehung etablieren, die dem Einigungsprozeß bei uns entspricht und die nicht dazu führt, daß durch die europäische Einigung der Atlan-

tik breiter wird, sondern daß wir, im Gegenteil, zusammenrücken. Mit dem Vorschlag für den transatlantischen und nordatlantischen Kooperationsrat werden die USA eigentlich noch viel mehr an Europa herangeführt.

Was die Abstinenz der Vereinigten Staaten und Jugoslawien angeht, so kann man sich darüber seine Gedanken machen. Aber eine Antwort darauf kann nicht ich, sondern nur die amerikanische Administration geben.

Herr Präsident, ich bedanke mich für Ihre Geduld und Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Tagesordnungspunkt:

Die Europäische Union vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa

(Drucksache 1293)

Berichterstatter:

Abg. Charles Goerens (Luxemburg)

verbundene Debatte mit:

Die operativen Vorkehrungen für die WEU — die Jugoslawien-Krise

(Drucksache 1294)

Berichterstatter:

Abg. de Hoop Scheffer (Niederlande)

Gerhard Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, es war mir ein Vergnügen, der Kollegin aus dem Vereinigten Königreich die Möglichkeit zu geben, vor mir zu sprechen. Ich werde sogar versuchen, auf die Erklärungen, die nicht ganz in mein Konzept passen, keine Antwort zu geben.

Aber ich möchte darauf aufmerksam machen, Herr Präsident, daß wir nicht nur aus politischen, sondern vor allem aus humanitären Gründen in einer außerordentlich schwierigen Lage stehen. Ein Embargo, das gegen ein Land verhängt wird, trifft in der Regel nicht diejenigen, die getroffen werden sollen, nämlich die Machthaber, sondern es trifft in der Regel nur diejenigen, die von den Machthabern beherrscht werden.

Ich war deswegen dem EG-Rat dankbar für die Entscheidung, zumindest das Wirtschaftsembargo gegenüber den Republiken aufzuheben, die nicht die Schuld an der gegenwärtigen Krise tragen. Ungeachtet dessen wäre ich dankbar, wenn wir im Laufe unserer Arbeit erwägen könnten, Embargos zu lindern, die — ich wiederhole es — nicht die Machthaber, sondern die von ihnen Beherrschten treffen.

Etwas völlig anderes ist es, wenn wir über die Frage eines militärischen Embargos sprechen. Hier halte ich die Empfehlung des Verteidigungsausschusses für zwingend notwendig. Wir müssen dafür sorgen, daß möglichst wenig Waffen nach Jugoslawien kommen, damit dieser Bürgerkrieg, der dort zwischen den Republiken tobt, uns nicht — auch ohne Eingreifen von uns oder von Großmächten — über Jahre in einer

Weise erhalten bleibt, wie wir es nur im Zusammenhang mit dem Vietnam-Krieg vor 20 Jahren erlebt haben.

Herr Vorsitzender, ich wäre dem Verteidigungsausschuß dankbar, wenn er noch einmal die Frage erwägen könnte, ob man nicht auch Maßnahmen gegen solche Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union oder auch gegen Nichtmitgliedstaaten verhängen sollte, die trotz des militärischen Embargos, das verhängt worden ist, ganz ungeniert weiter Waffen und anderes kriegswichtiges Material in das Unruhegebiet entsenden. Wenn sich diese Versammlung dazu aufrufen könnte, einen Beschluß zu fassen, dem zufolge ein Staat, der Mitglied der Westeuropäischen Union werden möchte, sich die Chance dazu auf Jahre verschert, wenn er weiterhin Waffen und Kriegsmaterial nach Jugoslawien liefert, dann könnten wir dieses Loch, das im Augenblick im Embargo klafft, durchaus auf eine vernünftige Weise schließen.

Der Herr Berichterstatter des Verteidigungsausschusses hat in seinen Empfehlungen das Thema der Waffenstillstände angeschnitten. Die Frage lautet für uns heute: War es, als der Verteidigungsausschuß ihm zustimmte, der sechste, siebte, achte oder neunte Waffenstillstand? Wir geraten ein wenig in ein Problem, wenn wir heute für die Einhaltung eines Waffenstillstandes plädieren, von dem wir bereits wissen, daß er nicht mehr eingehalten wird, so daß wir im Grunde genommen wieder nur ein wenig mit Papier wedeln, wo ein bißchen mehr Druck notwendig wäre.

Mein Appell lautet daher, daß die Regierungen der **Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union** gegen den Teil der im Augenblick noch gegeneinander **kämpfenden Bürgerkriegsparteien**, der den Waffenstillstand, der unter der Ägide etwa der Vereinten Nationen oder des Komitees von Lord Carrington zustande gekommen ist, nicht akzeptiert, **verstärkt Sanktionen** — und hier komme ich auch auf ein Ölembargo — **verhängen** sollten.

Meine letzte Bemerkung zielt darauf ab, daß wir als **Versammlung der Westeuropäischen Union** uns noch stärker als der Politische Ausschuß mit seinem hervorragenden Berichterstatter über die Frage unterhalten müssen, wie wir uns in Zukunft mit der **Souveränität von Staaten**, mit der **Existenz bisheriger Grenzen** und mit **Eruptionerscheinungen**, die gerade in **Mittel- und Südosteuropa** bevorstehen, zu befassen haben. Denn wenn wir uns immer nur auf den aktuellen Streitfall einlassen, wenn wir immer nur den augenblicklichen Bürgerkrieg oder was immer daraus resultiert, im Auge haben, werden wir nie zu einem Gesamtkonzept kommen, das die Möglichkeit bietet, auf der Basis der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts eine gerechte Ordnung in jener Region zu schaffen.

Ich bedanke mich, Herr Präsident.

Dr. Bruno Menzel (FDP): — Herr Präsident, meine Damen und Herren, als deutscher Abgeordneter aus den neuen Bundesländern freue ich mich und bin dankbar, daß ich zum ersten Mal vor diesem Gremium das Wort ergreifen darf. Für uns Bürger des östlichen

Teils Deutschlands, die wir unter einem repressiven und menschenverachtenden Regime für Freiheit und Demokratie gestritten haben, ist es etwas ganz Besonderes, nunmehr als Vertreter eines freien Europas als Gleicher unter Gleichberechtigten aufzutreten.

Gerade zwei Jahre ist es her, daß der Rat der WEU sich von Minister Genscher die ersten Eindrücke über den Fall der Berliner Mauer berichten lassen konnte. Vor genau zwei Jahren hat in diesem Hause eine ganztägige Debatte über die Veränderungen in Europa, insbesondere über die Wende in der damaligen DDR stattgefunden. Mir ist über die spontanen und herzlichen Sympathiebekundungen aus ihrem Kreise, die bei der Gelegenheit geäußert worden sind, berichtet worden. Wohl niemand konnte sich davor verschließen, was es bedeutet, den Wind der Veränderung über Mauern und Stacheldrahtzäune zu tragen, den Wunsch der Menschen nach Freiheit und eigener Lebensgestaltung zu erfüllen.

In der Präambel des Brüsseler Vertrages sind der „Glaube an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Persönlichkeit“ sowie „die Grundsätze der Demokratie, die persönliche und politische Freiheit“ festgeschrieben; des weiteren soll „der Einheit Europas und seiner fortschreitenden Integration Antrieb gegeben“ werden. Schon auf dieser Grundlage ist die **WEU von Anfang ein tragendes Element einer Entwicklung in Europa** gewesen, die nunmehr nach fast 40 Jahren die Gräben zugeschüttet und die Zäune eingerissen hat. Unter dem **Dach der KSZE** und als **Brücke zwischen den beiden Garanten für Sicherheit, Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand**, nämlich dem Atlantischen Bündnis und der Europäischen Gemeinschaft, wird sie als **Europäische Verteidigungskomponente** zukünftig eine noch wichtigere Rolle beim Zusammenwachsen Europas spielen. Sie wird damit letztlich Europa und das Bündnis stärken. Die Konferenz von Maastricht soll dabei die Weichen für den entscheidenden Schritt voranstellen.

Auch unter den besonderen, in vieler Hinsicht herausfordernden und z. T. schmerzhaften politischen Entwicklungen der letzten Monate hat die WEU gezeigt, welche Bedeutung ihr gerade jetzt zukommt. Minister Genscher hat darauf hingewiesen, daß im Anschluß an das Ministertreffen vom 18. November Überlegungen stattgefunden haben, wie die WEU für den Fall einer Entsendung von UNO-Friedenstruppen nach Jugoslawien eigene praktische Beiträge würde leisten können. Sie folgt damit dem Beispiel der Golfaktion von 1987/88 und vor allen Dingen ihrer Koordinierungsbemühungen während des vergangenen Golfkrieges. Hervorzuheben sind nicht zuletzt die Minenräumaktion und die Kurdenhilfe. Auch in Jugoslawien wird es vor allem darum gehen, humanitäre Maßnahmen zugunsten der notleidenden Zivilbevölkerung zu unterstützen und evtl. Evakuierungsmaßnahmen vorzubereiten.

Meine Damen und Herren, die WEU kann ebensowenig wie die anderen zur Zeit massiv kritisierten europäischen und weltweiten Organisationen Wunder bewirken, wo brutale Waffengewalt herrscht. Dem Abenteuer, etwa militärischer Einsätze ohne ein klares oder wohlüberlegtes Mandat der Vereinten

Nationen, können deutsche Liberale ohnehin nicht zustimmen. Dies ist unabhängig von der Tatsache, daß Deutsche — neben z. Zt. noch verfassungsrechtlichen Gründen — im Gefolge der Greuel des Zweiten Weltkrieges keine Soldaten auf den Balkan entsenden können und dürfen. Eine friedensbewahrende Blauhelm-Aktion der Vereinten Nationen im jetzigen Kampfgebiet ist jedoch bei Einwilligung aller Beteiligten durchaus zu befürworten.

Meine Damen und Herren, unsere volle Unterstützung haben alle diejenigen Aktivitäten, welche den Brückenschlag nach Mittel- und Osteuropa unterstützen und ausbauen helfen. Wir Deutschen in den neuen Bundesländern hatten das Privileg, quasi automatisch in die EG und die WEU integriert zu werden. Daher bringen wir ein besonderes Verständnis für Polen, Ungarn, die CSFR und weitere mittel- und osteuropäische Staaten auf, die sich zur Zeit in einem wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Niemandsland befinden und sich dem prosperierenden Europa zuwenden wollen. Auch in diesen Ländern leben Menschen, die der alten und gemeinsamen europäischen Kultur verbunden sind; auch diese Menschen möchten endlich ihr Geschick in die Hand nehmen und im freiwilligen Zusammenschluß für ein besseres Leben, ein Leben in Würde, Sicherheit und Wohlstand arbeiten. Nur wenn ihnen der Weg nach Europa geebnet wird — und die WEU ist hier seit Jahren mit gutem Beispiel vorangegangen — wird ihnen die Hoffnung auf eine solche Zukunft eröffnet.

Nicht zuletzt sind es die Sowjetunion und ihre Republiken — diejenigen, die sich gelöst haben und diejenigen, die in einer Art Konföderation zusammenbleiben wollen —, denen wir Hilfe und Zusammenarbeit anbieten müssen. Mit ihren **Kontakten zum Obersten Sowjet** hat die **WEU-Versammlung frühzeitig Signale** gesetzt.

Die Worte, die wir soeben von dem sowjetischen Vertreter Kotenkov hören konnten, geben berechtigte Hoffnung und Anlaß, zu erkennen, daß diese Sowjetrepubliken den starken Wunsch haben, sich Europa zuzuwenden.

Den Arbeiten dieses Gremiums, das sich wie üblich ein ehrgeiziges Pensum gesetzt hat, wünsche ich den verdienten Erfolg.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kollegen, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Heinrich Lummer (CDU/CSU): Herr Präsident, ich möchte deshalb noch einige Bemerkungen zum Thema Jugoslawien machen, weil offenkundig auch in dieser Versammlung einige Meinungsunterschiede vorhanden sind und es sich vielleicht lohnt, den Versuch zu machen, zu möglichst großer Übereinstimmung zu gelangen. Dabei will ich sehr gern für den Standpunkt werben, den Außenminister Genscher heute vorgetragen hat, weil er der Standpunkt nicht nur der Bundesregierung, sondern auch der Parteien des Deutschen Bundestages ist.

Wir haben heute mehrfach Klage darüber gehört, daß die **internationale Gemeinschaft mit relativer Hilflo-**

sigkeit die Entwicklung in **Jugoslawien** betrachten mußte. Und es war die Frage aufgeworfen: Woran liegt das eigentlich? Sicherlich ist einer der Gründe darin zu erkennen, daß das internationale Recht, das Völkerrecht das notwendige Instrumentarium nicht ausreichend bereitstellt. Herr Perez de Cuellar hat in den letzten Tagen Bemerkungen dazu gemacht. Ich glaube, es ist wirklich notwendig, die **Möglichkeiten für internationale Interventionen** bei einer solchen Gefährdung des Friedens und einer solchen Verletzung der Menschenrechte zu verbessern.

Daneben muß man aber auch sehen, daß die Handlungsfähigkeit immer noch von der Interessenlage von bestimmten Mächten bestimmt ist. Wenn die Interessenlage der Vereinigten Staaten z. B. im Falle Jugoslawiens genauso intensiv gewesen wäre wie im Falle Kuwaits, dann wären sicherlich auch die Vereinten Nationen, dann wäre der Sicherheitsrat schon früher in Aktion getreten, als es gegenwärtig der Fall ist. Ich hoffe nicht, daß Zyniker recht haben, die gelegentlich gesagt haben: In Vukovar und Dubrovnik gibt es kein Öl, und Jugoslawien ist auch kein Staat, der an der Schwelle zur Atommacht steht, und das sei der Grund für eine starke Zurückhaltung. Das wäre schade. Hier muß das Engagement größer werden, wenn solche Verletzungen des internationalen Rechts vorliegen.

Eine zweite Bemerkung: Was ist der Maßstab unseres Handelns? Wenn man richtig hinhört, gibt es gelegentlich Töne, an denen man die unterschiedliche Interessenlage erkennt. Da spielen historische Allianzen, historische Verbindungen und Zuneigungen eine Rolle. Ich meine, wir müssen heute die Fragen entscheiden nach dem, was geboten ist. Das ist nicht die Entscheidung für die eine oder die andere Seite in Jugoslawien, für das eine oder andere Volk dort, sondern es muß eine **Entscheidung zugunsten der Freiheit, der Selbstbestimmung und des Einsatzes für die Minderheitenrechte** sein.

Gerade wir Deutschen sind deswegen der Auffassung, daß wir wegen der historischen Belastung zurückhaltend sein müssen. In der Praxis drückt sich das auch darin aus, daß nach unserer Meinung eine einseitige Anerkennung der Republiken durch Deutschland nicht erfolgen sollte und daß auch eine unmittelbare Beteiligung Deutschlands an Truppeneinsätzen dort nicht zu erfolgen habe.

Einer der Kollegen hat heute morgen gesagt, diejenigen, die für die Anerkennung der Republiken frühzeitig eingetreten seien, hätten der Sache keinen guten Dienst erwiesen. Er hat gemeint, das sei schädlich gewesen. Ich behaupte nun partout das Gegenteil. Ich bin der Auffassung, daß es richtiger gewesen wäre, die **Republiken frühzeitig anzuerkennen**. Der Prozeß einer Auflösung Jugoslawiens war erkennbar, und der Prozeß zu einer Anerkennung hin ist unvermeidbar.

Wir haben gestern ein Gespräch mit dem slowenischen Präsidenten Kucan gehabt, der sehr deutlich die Auffassung vertreten hat, die auch heute hier im Hause einmal vertreten wurde: eine frühzeitige Anerkennung Sloweniens und Kroatiens etwa im Frühjahr dieses Jahres hätte möglicherweise die kriegesischen Auseinandersetzungen vermieden, die wir nun

bekommen haben. Wenn eine solche Anerkennung eine politisch klare Aussage ist und eine Einschätzung der Entwicklung darstellt, hätte diese politische Entscheidung, wenn Europa sie aufgebracht hätte, wohl zu Mäßigung bei den nach Hegemonie strebenden Serben beigetragen.

Daneben wird man aber auch sehen müssen, daß eine Anerkennung es den Republiken ermöglicht, **internationalen Organisationen beizutreten**. Wir haben gehört, daß es dann, wenn eine Anerkennung erfolgt ist, kein Bürgerkrieg mehr, sondern ein **internationaler Konflikt** ist, und sich dann ein anderes Instrumentarium anbietet. Eine Anerkennung hätte auch Sanktionen in der Praxis erleichtert. Ich meine, insofern hat alles dafür gesprochen, diesen Schritt früher zu tun, als wir ihn tatsächlich getan haben.

Gegenwärtig ist der **Einsatz der Friedenstruppen** davon abhängig, daß ein **Waffenstillstand funktioniert** und daß die betroffenen Parteien zustimmen. Das bedeutet in der Praxis, daß es in der Hand der Serben liegt, ob und wann die Friedenstruppen zum Einsatz kommen. In der Praxis haben wir die Situation — und das ist wirklich unbefriedigend —, daß die Serben sich von Waffenstillstand zu Waffenstillstand neue Eroberungen verschaffen, und wenn sie einmal satt sind, wenn sie ihre Zielvorstellungen von einem großserbischen Reich erreicht haben, werden sie vielleicht den x-ten Waffenstillstand akzeptieren. Aber das kann nicht Sinn der Sache sein, wenn wir von dem ausgehen, was Außenminister Genscher heute gesagt hat: Eine Grundlage europäischer Politik ist die Unverletzlichkeit der Grenzen. Auch die **Friedenstruppen** dürfen **nicht** zu einem **Instrument** werden, **Kriegsgewinne zu sanktionieren**. Darauf sollten wir gemeinsam achten.

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht darum, einseitige Schuldvorwürfe zu begründen, sondern es geht darum, **gemeinsam einen wichtigen Frieden für Europa zu sichern**. Denn immer noch gilt der Satz: Der Frieden ist nicht alles, aber ohne den Frieden ist alles nichts. (Beifall)

Robert Antretter (SPD): Herr Präsident! Wie sich schon aus der Überschrift des umfassenden Berichts des Kollegen Goerens ergibt, standen der Berichterstatter und der Politische Ausschuß vor der nicht geringen Schwierigkeit, zwei große Themenkreise in einem einzigen Dokument abzuhandeln. Es ist unbestreitbar, daß zwischen den beiden Themen „Politische Union“ sowie „Entwicklung in Jugoslawien und in der bisherigen Sowjetunion“ enge Zusammenhänge bestehen. Aber ungeachtet der dankenswerten Bemühungen des Berichterstatters, die Verbindungen herzustellen und aus dem Jugoslawien-Konflikt Lehren für die Regierungskonferenzen und für Maastricht zu ziehen — ich verweise besonders auf die Abschnitte 85 und 86 —, bleibt doch der Gesamteindruck bestehen, daß die beiden Hauptteile des Berichts eher nebeneinander stehen. Diesen Eindruck hat man übrigens auch im Blick auf den Text der Empfehlung.

Die Staats- und Regierungschefs stehen übrigens vor einer ganz ähnlichen Situation, was sie dazu veranlaßt zu erklären, der **Jugoslawien-Konflikt** dürfe die **Bera-**

tungen zur Europäischen Politischen Union nicht völlig überschatten und solle in Maastricht nur am Rande behandelt werden.

Wenn man auf Grund der Entscheidung des Präsidialausschusses gezwungen ist, das **Thema Europa** auf die **Jugoslawien-Problematik** und auf die **innere Entwicklung in der bisherigen Sowjetunion auszuweiten**, so ergibt sich eine Vielzahl von Wechselbeziehungen und von Themenkreisen, in denen sich **Europa hinsichtlich seiner Rolle, seiner Identität und besonders hinsichtlich seiner institutionellen Ausgestaltung Fragen wird stellen müssen**. Dabei geht es nicht nur um reine Sicherheitsfragen, sondern es geht auch um die Kriterien, auf denen eine neue europäische Ordnung gegründet werden sollte. Sind das die traditionellen Nationalitäten, oder ist es das Selbstbestimmungsrecht der Völker?

Der Bericht setzt sich in seinem Abschnitt 33 und in den folgenden Abschnitten mit diesem Aspekt auseinander, wobei er darauf hinweist, daß der ideologische Konflikt, wie ihn der Bericht nennt, zwischen den Anhängern des traditionellen Gleichgewichtsystems und denen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Vordergrund stellen, das gesamte 19. Jahrhundert beherrscht habe.

Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß der Berichterstatter diese Problematik ausschließlich im Jugoslawien-Teil seines Berichts beschreibt. Man könnte sich mit Recht fragen, ob diese Überlegungen nicht in dem anderen Hauptteil des Berichts hätten weiterentwickelt werden können und sollen, nämlich in dem Teil, der sich mit der Europäischen Politischen Union befaßt. Es gibt vielleicht auch Gründe, diesen Zusammenhang nicht herstellen zu wollen, entweder weil man Jugoslawien als Sonderfall ansieht und weil auch die Zukunft der Sowjetunion eigenen Gesetzmäßigkeiten folgt oder weil man die Politische Union nicht mit noch mehr Problemen überfrachten will. In diesem Fall wäre es aber vielleicht besser gewesen, getrennte Berichte vorzulegen.

Im operativen Teil der Empfehlung, die sich auf Jugoslawien bezieht, kommt ein weiteres Dilemma zum Vorschein. Es werden im wesentlichen praktische, technische und humanitäre Vorschläge unterbreitet, und es wird von Streitkräften zur Friedenserhaltung — *peace keeping force* — gesprochen. Gerade das letztere klingt im gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem es ja nicht um die Aufrechterhaltung des Friedens, sondern um seine Wiederherstellung geht, absurd.

Da niemand den Frieden mit den Mitteln der Gewalt wiederherstellen möchte — ich habe heute auch von keinem der Teilnehmer an anderen Diskussionen gehört, daß dies gewünscht würde —, ergibt sich die Frage nach den politischen Mitteln zur Konfliktlösung. Damit hat sich insbesondere die Empfehlung 506 des Präsidialausschusses vom 15. Oktober dieses Jahres in den Punkten 4 und 5 befaßt. Wenn sich der Goerens-Bericht jetzt darauf beschränkt, insoweit auf diese Empfehlung zu verweisen, so scheint mir dies angesichts der Tatsache nicht ganz ausreichend zu sein, daß sich die Entwicklung in

Jugoslawien seit Oktober nicht zum Besseren gewandelt hat.

Wenn die **WEU** — meines Erachtens zu Recht — bei der **Vorbereitung militärischer Optionen** sehr **vorsichtig** ist, so sollte sie um so gründlicher nach weiteren politischen Lösungen suchen und hierzu Empfehlungen geben. Der Bericht vermeidet jede Stellungnahme zur Frage der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Er beschränkt sich auch auf eine Beschreibung kontroverser Presseberichterstattung und im Sommer aufgetretener unterschiedlicher Auffassungen zwischen Frankreich und Deutschland.

Schließlich stellt er fest, daß das Europa der Zwölf bei den Bemühungen, den Frieden wiederherzustellen, nur sehr wenig erfolgreich gewesen sei. Ich frage vor diesem Hintergrund, wo die politische Stellungnahme bleibt. Ich möchte den Berichterstatter fragen, warum er sich damit so sehr zurückgehalten hat. Betrachtet sich die **WEU** hier nicht mehr als zuständig? Ist sie nur noch eine Organisation, die militärische Maßnahmen koordiniert, oder ist das Thema zu kontrovers? Ich meine, wir sollten in dieser Versammlung auch kontroverse Debatten nicht vermeiden und uns auch **nicht nur** als ein **verteidigungspolitisches Ausführungsorgan** betrachten.

Zu Einzelpunkten des Berichts wäre sicherlich noch einiges zu sagen. So scheint es mir nicht ganz glücklich, den Vertrag von Versailles zu den Verträgen zu zählen, mit denen der Versuch unternommen worden sei, Europa auf dem Nationalitätenprinzip aufzubauen.

Was den Berichtsteil über die Politische Union betrifft, so scheinen mir die Schlüsse, die er aus dem Jugoslawien-Konflikt zieht, zwar ernüchternd, aber auch realistisch zu sein.

Ich stimme auch den Betrachtungen über die Rolle der WEU in ihren Beziehungen zu Osteuropa zu, bin allerdings der Meinung, daß bald neu untersucht werden sollte, ob nicht auch Bulgarien die Voraussetzungen erfüllt, damit diesem Land die privilegierten Beziehungen angeboten werden können, die die Empfehlung auf Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei begrenzt.

Ich komme zum Schluß. Ich unterstütze besonders den Hinweis auf die notwendige Vertragsrevision, die nun wirklich nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden kann. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf Ihren hervorragenden Bericht vom Sommer dieses Jahres, Herr Kollege Goerens. Die Vertragsrevision darf nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden, und zwar auch im Hinblick auf die künftige Zusammensetzung unserer Versammlung.

Der Bericht hält sich insgesamt sehr streng im Rahmen der WEU und wendet sich — wie üblich — mit einer Empfehlung an ihren Ministerrat. Dies ist vielleicht eine weise Selbstbeschränkung. Dann wäre so kurz vor Maastricht, glaube ich, ein deutlicher politischer Appell an die Adresse der Staats- und Regierungschefs im Rahmen dieses Berichts für das Gewicht und die Reputation unserer Versammlung durchaus angebracht und nützlich gewesen.

Vielen Dank.

Empfehlung 511

betr. **die Europäische Union vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa**

Die Versammlung

- (i) stellt fest, daß die Ereignisse im Sommer 1991 in der Sowjetunion und in Jugoslawien die Sicherheit der Mitgliedstaaten der WEU zwar nicht unmittelbar gefährden, jedoch ein erhöhtes Sicherheitsrisiko für Europa bedeuten.
- (ii) hofft, daß das Treffen des Europäischen Rates in Maastricht einen entscheidenden Schritt im Hinblick auf eine Zusammenarbeit zwischen der WEU und der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen einer Europäischen Union ermöglichen wird.
- (iii) begrüßt es, daß die auf der Regierungskonferenz vorgelegten Vorschläge über Außen- und Sicherheitspolitik und die vom Nordatlantischen Rat in Rom getroffenen Beschlüsse darauf abzielen, die der WEU übertragene Rolle zur Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in ganz Europa zu stärken.
- (iv) weist erneut auf die dem Ministerrat der WEU und der Regierungskonferenz vorgelegte Stellungnahme des Präsidialausschusses hin, nach der „die parlamentarische Kontrolle der Maßnahmen, die von der WEU zur Erfüllung der ihr übertragenen neuen Aufgaben in Europa in Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten ergriffen werden, weiterhin Aufgabe der Versammlung der WEU bleiben muß, die sich aus Delegationen der nationalen Parlamente zusammensetzt, deren Zuständigkeiten in dieser Hinsicht unverändert sind“.
- (v) ist der Ansicht, daß in der gegenwärtigen Situation der Geänderte Brüsseler Vertrag mehr als je zuvor die rechtliche Grundlage für die europäische Zusammenarbeit in Verteidigungs- und Sicherheitsangelegenheiten darstellt, und sie bedauert es, daß der Rat noch nicht zugestimmt hat, ihr irgendwelche Hinweise über die von ihm beabsichtigte Vorgehensweise bei der Revision des Vertrags zu geben.
- (vi) stellt mit Genugtuung fest, daß der Rat auf seinem Treffen am 18. November beschlossen hat, operationelle Gremien einzurichten zur Erfüllung bestimmter Erfordernisse, die sich aufgrund der neuen Aufgaben der WEU ergeben.
- (vii) begrüßt es, daß die NATO zur Stärkung der KSZE Beschlüsse getroffen und einen ständigen Dialog mit allen früheren Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts eingeleitet hat und daß der Rat beschlossen hat, hierzu parallele Maßnahmen zu ergreifen.
- (viii) stellt ebenfalls fest, daß die Tschechische und Slowakische Föderative Republik sowie Ungarn und Polen begonnen haben, in allen Bereichen kohärente Maßnahmen zu ergreifen, die einer

Annäherung an Westeuropa dienen, daß sie aber auch ernsthafte Besorgnisse in bezug auf ihre Sicherheit äußern.

- (ix) weist auf die dringende Durchführung ihrer Empfehlung 506 über Europa und die Jugoslawien-Krise hin.

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. am Tag nach dem Treffen des Europäischen Rates in Maastricht auf Ministerebene zusammenzukommen, um die Anpassung der WEU an die neue Situation, die durch die vom Nordatlantikrat in Rom und durch die in Maastricht getroffenen Beschlüsse entstanden ist, vorzubereiten mit besonderem Augenmerk auf:
 - a) die Organisation und das Kommando für die Streitkräfte der WEU, die für die Verteidigung Europas bereitgestellt werden sowie die entsprechende Koordinierung mit der NATO;
 - b) die Organisation und das Kommando bei möglichen schnellen WEU-Einsätzen außerhalb des NATO-Gebietes oder im Rahmen von Beschlüssen der UNO oder der KSZE;
 - c) die notwendige Revision des Geänderten Brüsseler Vertrags;
 - d) die Definition der Rolle der IEPG und einer zukünftigen europäischen Rüstungsagentur;
 - e) die Verlegung des Ständigen Rates und des Generalsekretariats nach Brüssel zur Förderung der Umsetzung der der WEU obliegenden Kompetenzen in bezug auf Beschlüsse über außen- und sicherheitspolitische Angelegenheiten der Europäischen Union und zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der WEU und der NATO in Übereinstimmung mit dem in der Stellungnahme des Präsidialausschusses vom 26. März 1991 festgelegten Konzept.
2. unverzüglich der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik sowie Ungarn und Polen vorzuschlagen:
 - a) eine Teilnahme an solchen Treffen des Rates, auf denen Fragen der Sicherheit Mittel- und Osteuropas erörtert werden;
 - b) eine Beteiligung an den Aktivitäten des Satellitenzentrums der WEU bei allen Fragen, die mit der Verifikation des KSE-Vertrags in Verbindung stehen;
 - c) die Möglichkeit einer Beteiligung an den Aktivitäten der IEPG und an jeder Art von europäischer Zusammenarbeit in Rüstungsangelegenheiten;
3. Ungarn und jedem Land, das einen formellen Antrag stellt, die Entsendung militärischer Beobachter auf ungarischem Territorium im Bereich seiner Grenzen zu Jugoslawien vorzuschlagen, um jede weitere Verletzung des ungarischen Territoriums oder des Luftraums durch die kriegführenden Parteien Jugoslawiens festzustellen;

4. unverzüglich die militärisch — auch auf See — notwendigen Maßnahmen zu ergreifen zur Durchsetzung des von den Zwölf am 8. November beschlossenen Embargos für bestimmte Lieferungen an Jugoslawien und die jugoslawischen Republiken;
5. schnellstmöglich eventuelle humanitäre Maßnahmen zum Schutz der jugoslawischen Zivilbevölkerung zu koordinieren und für einen entsprechenden Schutz auf See zu sorgen;
6. die notwendige Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten herzustellen im Hinblick auf eine Beteiligung an der Entsendung von Friedenstruppen nach Jugoslawien, sobald die entsprechenden Voraussetzungen bestehen, die eine solche Entsendung unter der Aufsicht der Vereinten Nationen rechtfertigen.

Empfehlung 512

betr. eine operative Organisation für die WEU — die Jugoslawien-Krise

Die Versammlung,

- (i) unter Hinweis auf ihre Empfehlung 506 über Europa und die Jugoslawien-Krise;
- (ii) mit Genugtuung über die vom Rat der WEU ergriffenen zahlreichen Initiativen zur Unterstützung der anhaltenden Bemühungen um Herbeiführung eines dauerhaften Friedens in Jugoslawien;
- (iii) darüber erfreut, daß insbesondere der Rat rasche Maßnahmen zur Vorbereitung der Modalitäten für die Entsendung einer WEU-Friedenstruppe ergriffen hat und daß vor allem Frankreich die erforderlichen Einrichtungen in Metz bereitgestellt hat, um der gemeinsamen WEU-Planungsgruppe für den Krisenfall ein wirksames Arbeiten zu ermöglichen;
- (iv) mit Befriedigung darüber, daß einige Mitgliedsländer bereit sind, sich an Operationen zu beteiligen, deren Ziel die Schaffung humanitärer Korridore ist, und daß französische und italienische Schiffe bereits für die Evakuierung von Kindern und Verwundeten eingesetzt werden;
- (v) die Bemühungen der WEU-Mitgliedstaaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen um eine Resolution über friedenssichernde Aktionen in Jugoslawien unterstützend, und die Bereitschaft der WEU-Staaten betonend, diesen Operationen praktische Unterstützung zu gewähren nach entsprechender Unterrichtung der Vereinten Nationen über die Einzelheiten der für den Eventualfall bereits von der WEU erarbeiteten Planungen;
- (vi) davor warnend, daß die Stationierung von Friedenstruppen in keiner Weise die gewaltsame Aneignung von Gebieten sanktionieren darf;
- (vii) in der Überzeugung, daß die von der WEU in den letzten drei Jahren geleistete Arbeit im Hinblick

auf die Schaffung der erforderlichen operativen Ad-hoc-Strukturen zur Bewältigung verschiedener Eventualfälle mit Hilfe praktischer Lösungen sehr nützlich ist für die wichtigen neuen Aufgaben, die von der Organisation demnächst zu übernehmen sind;

- (viii) in Anbetracht der Tatsache, daß die Vielzahl der in bezug auf die zukünftige Organisation der europäischen Sicherheit vorgetragenen Vorschläge eine entscheidende operationelle Rolle für die WEU sowohl als europäischer Pfeiler des Atlantischen Bündnisses als auch als Verteidigungskomponente der künftigen Europäischen Union vorsehen;
- (ix) davon überzeugt, daß nunmehr eine Rationalisierung innerhalb der WEU und eine Umstrukturierung ihrer Organe erfolgen muß;
- (x) die Bedeutung angemessener operativer Strukturen sowie eines realistischen Haushalts für alle Bereiche der WEU betonend,

EMPFIHLT DEM RAT,

1. seine Bemühungen zur Herbeiführung einer friedlichen Lösung der Jugoslawien-Krise fortzusetzen und dabei die ständigen Initiativen der Europäischen Gemeinschaft, der KSZE und der Vereinten Nationen zu unterstützen;
2. sobald die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind, alle notwendigen Vorbereitungen zu treffen, um die Bereitstellung angemessener Streitkräfte für die Beteiligung an friedenssichernden Operationen sicherzustellen, und dabei besonderes Augenmerk auf Befehls- und Kontrollstrukturen, Einsatzregeln, Kommunikation, Aufklärung und Logistik zu richten;
3. alle Mitgliedstaaten zur Beteiligung an humanitären Operationen aufzufordern, ungeachtet früherer Einschränkungen für Aktionen außerhalb der traditionellen Bereiche, wobei die WEU-Staaten beispielgebende Solidarität demonstrieren sollten;
4. die gemeinsame Studiengruppe für den Krisenfall zu beauftragen, unverzüglich die wirksamsten Mittel zu prüfen für:
 - a) ein Startverbot für alle Militärflugzeuge im jugoslawischen Luftraum,
 - b) den bestmöglichen Einsatz elektronischer Gegenmaßnahmen,
 - c) die Verhängung wirksamer Waffen- und Öl-Embargos über alle kriegführenden Parteien in Jugoslawien (sogar bis hin zur Unterstützung bei der Überwachung der Landesgrenzen durch das Angebot einer Abordnung von Polizei- oder Zollbeamten in Drittländern);

und die Ergebnisse dieser Untersuchungen den Vereinten Nationen oder gegebenenfalls anderen Gremien zur Verfügung zu stellen;
5. im Lichte der sowohl während der Golf-Krise als auch der Jugoslawien-Krise gemachten Erfahrungen und angesichts der Tatsache, daß die WEU eine eindeutig festgelegte Rolle als operative Organisation in Komplementarität zum Atlantischen Bündnis und zur Europäischen Gemeinschaft übernehmen wird, die erforderlichen ersten Maßnahmen zu ergreifen, um
 - a) den Sitz des Ständigen Rates nach Brüssel zu verlegen und den Ständigen Rat selbst durch „die Formel des doppelten Hutes“ entweder aus Ständigen Vertretern der NATO oder aus Ständigen Vertretern der EG oder aus beiden Gremien zusammenzusetzen,
 - b) einen Planungsstab einzurichten, wie es die Versammlung in ihrer Empfehlung 502 dringend gefordert hat, und sicherzustellen, daß er die Verbindung zum Atlantischen Bündnis und zur Europäischen Union gleichermaßen aufrechterhält,
 - c) die Vereinigten Staaten aufzufordern, einen Botschafter bei der Westeuropäischen Union zu ernennen,
 - d) eine militärische Beratergruppe zu bilden, zusammengesetzt aus neun Experten, die für die Dauer einer üblichen Abordnungszeit abgestellt werden, um dem Generalsekretariat die erforderlichen militärischen Fachkenntnisse zur Verfügung zu stellen und die ständige Verbindung zu den nationalen Verteidigungsministerien sicherzustellen;
6. den oben erwähnten Maßnahmen den erforderlichen politischen und militärischen Anstoß zu geben durch
 - a) die Einberufung einer außerordentlichen Ratssitzung im Anschluß an Maastricht,
 - b) das Anberaumen eines weiteren Treffens der Generalstabschefs der WEU-Mitgliedstaaten zu Beginn des nächsten Jahres;
7. die vier Länder (Frankreich, Deutschland, Belgien und Spanien), die beschlossen haben, ein europäisches Armee-Korps mit Hauptquartier in Straßburg zu bilden, bei der Ausarbeitung von Konzepten zu unterstützen, damit eine solche Einheit mit den Vorschlägen im Hinblick auf eine schnelle europäische Eingreiftruppe vereinbar ist;
8. sicherzustellen, daß die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden in bezug auf
 - Kommando, Einsatz, Kommunikation und Aufklärung,
 - Transport,
 - Logistik,
 - Standardisierung, soweit möglich, oder zumindest Interoperabilität von Wehrtechnik, die von multinationalen Einheiten eingesetzt wird,
 - gemeinsame Wehrbeschaffung (z. B. durch Verbindungen zur IEPG oder der Eurogroup);

9. sich um die Entwicklung eines militärischen Satellitenkommunikationssystems zu bemühen, wie es der französische Verteidigungsminister Joxe am 6. und 7. November 1991 vorgeschlagen hat, und Nicht-Mitgliedsländer, wie z. B. Kanada und Norwegen (die bereits ein Interesse bekundet haben) nicht nur an diesem Projekt zu beteiligen, sondern auch am Analyse- und Ausbildungszentrum für Satellitendaten und darüber hinaus an der Studie über ein europäisches weltraumgestütztes Beobachtungssystem;
10. Die Möglichkeit eines abgestimmten WEU-Beitrags zur Katastrophenbekämpfung, zur Bekämpfung von Umweltschäden, zum Schutz des kulturellen Erbes und zur allgemeinen Krisenbewältigung zu prüfen und dadurch sicherzustellen, daß die Fachkenntnisse der WEU optimal genutzt werden.

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung,
Willy Wimmer**

Willy Wimmer (Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir nähern uns in wenigen Tagen zwei Ereignissen: Weihnachten und das Gipfeltreffen in Maastricht stehen vor der Tür. Ich bin nicht sicher, über welches der beiden Ereignisse wir präzisere Aussagen machen können, aber wir hoffen natürlich das Beste. (Heiterkeit)

Wenn in wenigen Tagen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in Maastricht — ich muß bekennen, das ist in meiner unmittelbaren Nachbarschaft — zusammentreffen, um die beiden Regierungskonferenzen über die Politische Union sowie die Wirtschafts- und Währungsunion zu einem Abschluß zu führen, begleiten sie die europäischen Hoffnungen.

Für die Bundesrepublik Deutschland besteht zwischen beiden Konferenzen ein Zusammenhang. Die Politische Union ist das unerläßliche Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion.

Bundeskanzler Kohl hat deshalb in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 6. November 1991 dazu ausgeführt, daß die sich daraus ergebenden Verträge ein Testfall für die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft sind, ihr Schicksal, wie er sagte, unwiderruflich miteinander zu verknüpfen.

Aus deutscher Sicht — das ist auch heute morgen betont worden — bliebe eine Politische Union jedoch unvollständig ohne klar definierte und substantielle Grundlagen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich auf längere Sicht einer gemeinsamen Verteidigung.

In den Regierungskonferenzen, den Beratungen der Atlantischen Allianz und der Westeuropäischen

Union haben die entsprechenden Fragen in den letzten Wochen und Monaten eine herausragende Bedeutung gehabt. Noch besteht, wie wir alle wissen, nicht in allen Fragen ein gemeinsames Verständnis über die Inhalte und Zuständigkeiten der Politischen Union bzw. die Rolle, die die Westeuropäische Union in den künftigen Strukturen europäischer Sicherheit spielen sollte.

Diese Strukturen bestehen vor allem aus den unterschiedlichen Ansätzen der Tische, an denen wir Europäer zusammen mit anderen sitzen, nämlich der Europäischen Gemeinschaft, der NATO, der KSZE, nicht nur mit unterschiedlichen geographischen Wirkungsbereichen, sondern auch mit unterschiedlichen Mitgliedschaften und Zielsetzungen. Sie alle müssen ergänzend zueinander gestaltet und fortentwickelt werden. Sie alle leisten einen spezifischen Beitrag im Rahmen einer auf Frieden und Stabilität in Europa angelegten verantwortungsbewußten Sicherheitspolitik.

Die Atlantische Allianz hat vor wenigen Wochen in Rom eine wichtige Etappe ihres Erneuerungs- und Anpassungsprozesses an die veränderten Rahmenbedingungen unserer Sicherheit erfolgreich abgeschlossen. Ich sage das in Anwesenheit der Vertreter des Obersten Sowjets in Rußland, die ja schon heute morgen willkommen geheißen werden konnten. Wir müssen uns insgesamt in Europa bemühen, das Europa in den Strukturen des 20. Jahrhunderts und das Europa in den Strukturen des 19. Jahrhunderts gemeinsam in das 21. Jahrhundert zu führen. Deswegen haben alle Mitgliedsstaaten der Atlantischen Allianz gemeinsam eine neue Strategie definiert und gleichzeitig weitreichende Vorschläge für die Institutionalisierung regelmäßiger Beziehungen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas erarbeitet. Aus Rußland mehren sich die Stimmen, Mitglied in der NATO werden zu wollen.

Es ist der Atlantischen Allianz gelungen, unter den veränderten Rahmenbedingungen ein wirksames Instrument der weiterhin unerläßlichen kollektiven Verteidigung auf neuer Grundlage zu bleiben und zugleich die Bereitschaft zu Dialog und Kooperation mit unseren Nachbarn im Osten zu konkretisieren.

Für alle Mitgliedsstaaten der Atlantischen Allianz diesseits und jenseits des Atlantik besteht dabei Klarheit darüber, daß zur Zeit die Allianz am besten Gefährdungen für unsere Sicherheit, die auch für die Zukunft nicht völlig ausgeschlossen werden können, wirksam begegnen und die Stabilität in Europa wahren kann. Das Bündnis — das ist auch das Empfinden der osteuropäischen Nachbarn — ist das wesentliche Forum für Konsultationen und die Vereinbarung von politischen Maßnahmen, die sich auf die Sicherheits- und Verteidigungsverpflichtungen seiner Mitgliedsstaaten im Rahmen des Nordatlantikvertrages auswirken.

Anläßlich des Gipfels von Rom wurde allerdings auch deutlich, daß die Europäer darüber nachdenken müssen, welchen Beitrag sie leisten können und wollen, um möglichen Risiken in Europa oder seinen Randgebieten begegnen zu können, die nicht mehr in das

Schema des vergangenen Ost-West-Konflikts hineinpassen.

Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand hatten bereits in ihrer Botschaft vom 6. Dezember 1990 an die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft darauf hingewiesen, daß die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eine der zentralen Fragen des künftigen Vertrages der Europäischen Politischen Union sein wird.

Mit ihrer weiteren Initiative vom 14. Oktober 1991 wollten beide der politischen Diskussion einen weiteren Anstoß geben und ihre Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß die von allen Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft für notwendig erachtete Übernahme stärkerer europäischer Verantwortung auf dem Gebiet von Sicherheit und Verteidigung durch konkrete Festlegungen und institutionalisierte Schritte geschehen müsse.

Dabei hat der Wunsch, daß diese gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf längere Sicht auch eine gemeinsame Verteidigung umfassen soll, und daß die Westeuropäische Union integraler Bestandteil der Politischen Union werden solle, verschiedentlich vielleicht zu Mißverständnissen und auch zu Fehlinterpretationen geführt.

Lassen Sie mich dazu eines deutlich sagen: Es geht nicht darum, daß durch neue, auch gemeinsame Bemühungen der Europäer auf den Gebieten der Außen- und Sicherheitspolitik und auf längere Sicht der Verteidigung die Atlantische Allianz geschwächt oder gar ersetzt werden soll. Es geht darum, daß die Allianz durch einen der neuen politischen Entwicklungen angemessenen europäischen Pfeiler gestärkt werden muß.

Europa soll nach unseren Vorstellungen mit den Vereinigten Staaten in einer strategischen Allianz verbunden bleiben und bald auch in der Lage sein, in dieser Allianz mit einer Stimme zu sprechen; als Ausdruck einer europäischen Sicherheitsidentität. Das heißt natürlich auch, die Europäer zu befähigen, dort, wo erforderlich, einen Beitrag zur vorbeugenden Risikobegrenzung und Krisenbewältigung zu leisten, insbesondere dann, wenn die Atlantische Allianz auf Grund der Bestimmungen ihres Vertrages nicht tätig werden kann. Zu denken wäre hier beispielsweise an Aufgaben im Bereich der Vereinten Nationen.

Mit einer engen Verbindung der Europäischen Politischen Union und der Westeuropäischen Union könnten die Europäer im Sinne des europäischen Integrationsprozesses ein wichtiges Signal für das Bewußtsein der Völker ihrer Mitgliedsstaaten setzen. Sie könnten aber auch ihre knapper werdenden Ressourcen zum Wohle der gemeinsamen Anstrengungen in der Atlantischen Allianz besser zusammenfassen und einsetzen. Vor allem aber könnten sie die politischen und auch militärischen Instrumente schaffen, die für eine verantwortungsbewußte und realistische Sicherheitspolitik in der Zukunft verfügbar sein müssen. Die Westeuropäische Union ihrerseits hat in der letzten Zeit bereits eine zunehmend operative Rolle wahrgenommen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf ihre Rolle während des irakisch-iranischen Krieges

1988, auf ihre Rolle im Zusammenhang mit dem Golf-Krieg 1990/91 sowie auf die Koordinierung verschiedener Aktionen einzelner Mitgliedsstaaten zum Schutz der kurdischen Bevölkerung im Nordirak in diesem Jahr. Zu erwähnen ist aber auch der Beitrag, den militärische Experten der Westeuropäischen Union im Rahmen der politischen Beratungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft zum Jugoslawien-Konflikt bis in diese Tage hinein leisten. Sie machen deutlich, daß die Westeuropäische Union bereits jetzt ein wichtiges Instrument der Sicherheitspolitik und durchaus auch der Verteidigungspolitik sein kann.

Welche Rolle könnte nun die Westeuropäische Union aus unserer Sicht als Bestandteil des europäischen Einigungsprozesses einnehmen? Zunächst kommt es darauf an, unter Vermeidung von unnötigen Doppelstrukturen, institutionell und prozedural effiziente Arbeitsbeziehungen zwischen der Westeuropäischen Union und der Politischen Union sowie zwischen der Westeuropäischen Union und der NATO festzulegen. Das setzt allerdings voraus, daß die Zwölf und die Neun in den grundsätzlichen Fragen der Sicherheit einheitliche Auffassungen haben oder bereit sind, solche zu entwickeln.

Der Weg dorthin wird — wer sollte uns Europäern das verdenken? — ein evolutiver Prozeß sein. Absehbar ist bereits jetzt, daß Maastricht hier nur eine Etappe, wenn auch eine entscheidende, sein wird. Aus Sicht der Bundesregierung werden wir darum bemüht sein, diesen Weg im Sinne der gemeinsamen Überlegungen von Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand vom 14. Oktober 1991 fortzusetzen, um so rasch wie möglich zu weiteren substantiellen Ergebnissen zu gelangen.

Ich bin der Auffassung, daß die Zwölf nicht umhinkommen werden, ein größtmögliches Maß an Gemeinsamkeit und gemeinsamem Vorgehen bezüglich ihrer Beziehungen zur und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion beziehungsweise ihren Nachfolgestaaten zu entwickeln. Gleiches gilt für die Länder Mitteleuropas und Südosteuropas. Es betrifft die Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses, die Gestaltung der transatlantischen Beziehungen und die Politik in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen. Dabei wird es darauf ankommen, unsere spezifischen Erfahrungen und Interessen abzustimmen und auch in diesen Prozeß einzubringen. Wir alle sind gleichermaßen von der Notwendigkeit einer aktiven und weitreichenden Unterstützung der politischen und wirtschaftlichen Prozesse in Ost- und Mitteleuropa überzeugt. Wir wollen dabei helfen, in diesem Raum prosperierende Strukturen zu schaffen und dadurch die Grundlagen für ein stabiles Europa zu verbessern. Dennoch machen die unterschiedlichen Auffassungen und Beiträge z. B. bezüglich der finanziellen und wirtschaftlichen Unterstützung der Sowjetunion oder zur Lösung des Jugoslawien-Konflikts deutlich, daß noch ein weiter Weg bis zur Angleichung unserer von unterschiedlichen Interessen und Erfahrungen bestimmten nationalen Positionen zu gehen ist.

Das gleiche gilt für die in der gemeinsamen Initiative von Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitter-

rand angesprochenen Themen wie Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik in Europa einschließlich weiterer Vertrauensbildender Maßnahmen, die Beteiligung an friedenssichernden Maßnahmen, insbesondere auch im Rahmen der Vereinten Nationen, die nukleare Nichtverbreitung und die wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit, das heißt Rüstungs Kooperation und Kontrolle des Exports von Rüstungsgütern. Am Beispiel der Rüstungs Kooperation möchte ich darauf hinweisen, daß die sich in allen europäischen Ländern verknappenden Mittel für Beschaffung von Rüstungsgütern uns zweifellos zu mehr tatsächlicher Rüstungszusammenarbeit zwingen werden. Wir werden in der Zukunft anders als in der Vergangenheit nicht mehr in verschiedenen Gremien von Standardisierung und Zusammenarbeit sprechen und andererseits anstehende Entscheidungen ausschließlich von nationalen rüstungspolitischen Interessen leiten lassen können.

Wir stehen vor neuen Herausforderungen, die künftig von keiner unserer Nationen allein bewältigt werden können. Ich denke hier beispielsweise an die wachsende Bedeutung eines frühzeitigen Erkennens und Bewertens krisenhafter Entwicklungen, an die Schaffung von Mitteln, von Verfahren und Strukturen zur zeitgerechten Entscheidungsfindung und Führung, oder an die Notwendigkeit von mehr Flexibilität und Mobilität unserer kleiner werdenden Streitkräfte mit der Fähigkeit zu zumindest europaweiter Verlegbarkeit. Der Wille zur Stärkung der Atlantischen Allianz und zur Vermeidung struktureller Nachteile sollte Auswirkungen für den Sitz der Westeuropäischen Union haben. Daher scheint als Folge einer neu bestimmten Rolle der Umzug des Generalsekretariats der Westeuropäischen Union an den Sitz der Europäischen Gemeinschaft nach Brüssel zweckmäßig. Ein derartiger Umzug ermöglicht gleichzeitig eine enge Zusammenarbeit mit den dortigen Stellen der Atlantischen Allianz.

Eine aktivere Rolle der Westeuropäischen Union hat auch Konsequenzen im personellen Bereich. Dementsprechend werden zur Zeit Überlegungen angestellt, das Generalsekretariat durch Offiziere zu verstärken, um auch dort über militärische Experten zu verfügen. Die Schaffung eines Planungs- und Koordinierungstabes wäre darüber hinaus ein geeignetes Mittel, um Überlegungen vorsorglicher Art für eventuell gemeinsame Aktionen der WEU-Mitgliedsstaaten vornehmen und die Durchführung solcher Aktionen koordinieren zu können. Das kann natürlich nur in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten und den entsprechenden Stellen der Atlantischen Allianz erfolgen.

Die Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Logistik, Transport, Ausbildung und Aufklärung hat bereits begonnen. So werden im Rahmen der Westeuropäischen Union bereits Untersuchungen bezüglich einer verbesserten See- und Lufttransportkomponente vorgenommen, um den entsprechenden Bedarf vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen besser einschätzen und gegebenenfalls gemeinsame Programme entwickeln zu können.

Gleichzeitig sind die erforderlichen Entscheidungen für die Einrichtung eines Analyse- und Auswertezentrums weit vorangeschritten, und zwar eines Auswertezentrums, in dem Satellitendaten zum Zweck der Verifikation und des Umweltschutzes ausgewertet werden sollen.

Die Rüstungskontrolle ist — eben von mir angesprochen — eine der ursprünglichen Aufgaben der Westeuropäischen Union. Abrüstung und Verifikation erreichen inzwischen eine derartige Bedeutung, daß die Westeuropäische Union auch auf diesem Gebiet zur Abstimmung und zur Zusammenarbeit genutzt wird. In diesem Zusammenhang werden sich die Neun auch den Fragen der KSE-Folgeverhandlungen, weiteren Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen, sowie der „Initiative für offenen Himmel“ widmen.

Schließlich ist die Entwicklung der politischen Lage rund um das Mittelmeer von besonderer Bedeutung für Westeuropa, insbesondere jedoch für die westeuropäischen Mittelmeeranrainer. Daher werden die sicherheitspolitischen Fragen dieses Raums einen wachsenden Stellenwert in den entsprechenden Beratungen der Neun bekommen und auch bekommen müssen.

Der Aufbau und die Vertiefung der Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten zum Zwecke der Verbesserung der Stabilität in Europa ist eine herausragende Anforderung an unsere Sicherheitspolitik. Wie bereits die Atlantische Allianz mit ihren Beschlüssen von Rom will auch die Westeuropäische Union einen konkreten Beitrag zur Zusammenarbeit auf diesem Felde leisten. Sie wird damit komplementär wirken zu den entsprechenden Beiträgen der Allianz als Ganzes und zu den Beiträgen ihrer Mitgliedstaaten, soweit sie auf bilateraler Basis erfolgen.

Ich will in diesem Zusammenhang aus gutem Grund an eine Aussage des neuen strategischen Konzepts des Bündnisses erinnern. Es betont in seiner Ziffer 52, daß integrierte und multinationale europäische Strukturen in dem Maße, wie sie im Kontext einer sich herausbildenden europäischen Verteidigungsidentität weiterentwickelt werden, zunehmend eine ähnlich wichtige Rolle wie die NATO zu spielen haben werden, nämlich bei der Stärkung der Fähigkeit der Verbündeten auf dem Gebiet der gemeinsamen Verteidigung zusammenzuarbeiten.

Dies ist der Hintergrund, in den der Vorschlag der deutsch-französischen Initiative vom 14. Oktober 1991 einzuordnen ist, die neben einer engeren militärischen Zusammenarbeit in Ergänzung der Allianz auch militärische Strukturen vorschlägt, die der WEU zugeordnet werden sollten. Die Absicht, die deutsch-französische militärische Zusammenarbeit in einer europäischen Perspektive über die bestehende Brigade hinaus zu verstärken, ist hierzu ein Beitrag. Diese deutsch-französischen Einheiten werden gemeinsam mit den Beiträgen anderer europäischer Mitgliedstaaten, die sich dieser Initiative anschließen wollen, künftig auch für die Planungen des Bündnisses in Europa zur Verfügung stehen.

Damit wird auch unsere Zielsetzung deutlich, den europäischen Pfeiler der Allianz zu stärken. Die Regierungen beider Länder werden dazu im Sinne der von uns beabsichtigten Transparenz und Kohärenz frühzeitig die entsprechenden Abstimmungen im Bündnis suchen. Dabei wird es natürlich unser besonderes Anliegen sein, noch bestehende Mißverständnisse abzubauen und weitere Klarheiten über unsere Absichten zu schaffen.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch einige Überlegungen zur KSZE anfügen. Ziel des KSZE-Prozesses wird es sein, die Stabilität in Europa durch einen permanenten sicherheitspolitischen Dialog und durch die Schaffung von friedlichen Konfliktregelungsmechanismen zu verbessern.

Durch die Schaffung von Dringlichkeitsmechanismen für die schnelle Untersuchung von Krisensituationen und die Schaffung eines Konfliktverhütungszentrums ist die Bedeutung der KSZE gewachsen. Aber es muß noch ein ständiges Gremium geschaffen werden, welches wirklich befähigt ist, Fragen der Sicherheit, der Rüstungskontrolle und der Konfliktregelung voranzubringen.

Der Konflikt in Jugoslawien hat die bestehenden Grenzen des gegenwärtigen Instrumentariums klar aufgezeigt. Der Zerfall der Sowjetunion wirft zahlreiche Fragen auf, die bislang ohne befriedigende Antworten geblieben sind, nicht nur die Frage des nuklearen Potentials oder künftiger Streitkräfteobergrenzen in den Republiken, die unabhängig werden. Dazu gehören auch die Frage der Umsetzung von früher durch die Sowjetunion unterzeichneten Abkommen und die Aufteilung von vertragsbegrenzten Waffensystemen zwischen den aus der Sowjetunion hervorgehenden neuen Staaten.

Die Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union und der Atlantischen Allianz werden sich vor diesem Hintergrund daher weiterhin für eine frühzeitige Ratifizierung und Anwendung des KSZE-Vertrages vom November 1990 einsetzen. Sie werden zugleich auf substantielle Fortschritte in den laufenden Verhandlungen über Personalreduzierungen sowie weitere vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen drängen, so daß diese bis zum Helsinki-Folgetreffen im Frühjahr 1992 erfolgreich abgeschlossen werden.

Gleichzeitig werden wir alle Möglichkeiten nutzen, um sicherzustellen, daß die Verhandlungen über die Kontrolle der konventionellen Rüstungen in einem neuen Rahmen unter Einschluß aller europäischen Staaten fortgeführt und die KSZE-Strukturen noch wirksamer als bisher für Krisensteuerung, Streitbeilegung und Konfliktverhütung ausgebaut werden können.

Insgesamt können wir feststellen: Die Bedingungen für die Gestaltung unserer Sicherheitspolitik haben sich seit dem Herbst 1989 grundlegend verändert. Die Ost-West-Konfrontation ist beendet. Die Warschauer Vertragsorganisation und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe sind aufgelöst. In Mittel- und Osteuropa sind Demokratien entstanden beziehungsweise bilden sich neu, und der Zerfallsprozeß der bisherigen Sowjetunion setzt sich scheinbar unauf-

haltsam fort. Eine unmittelbare militärische Bedrohung für unsere Länder — das ist anders als in der Zeit vor 1989 — ist nicht mehr gegeben. Es ergeben sich daraus für uns neue Verpflichtungen, die in unserer Einstellung diesen neuen Nachbarn gegenüber noch konkretisiert werden müssen, auch mental; denn wir müssen alle zur Kenntnis nehmen — das ist vielleicht ein deutsches Problem —, daß wir in der Tat zum ersten Mal an allen unseren Grenzen von demokratischen Nachbarn umgeben sind. Das muß auch unsere Einstellung zu Ihnen bestimmen.

Die Erwartungshaltung der neu entstandenen Demokratien bezüglich deutlicher wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe durch den Westen findet gleichzeitig ihre Entsprechung in dem zunehmend sichtbarer werdenden Wunsch — zumindest in der Perspektive —, eine klare Anlehnung an westliche Sicherheitsstrukturen zu finden. Auf Grund der Spezifität der verschiedenen für die Sicherheit und Stabilität in Europa wichtigen Organisationen — Atlantische Allianz, Europäische Gemeinschaft, Westeuropäische Union, KSZE, man kann hier vielleicht auch den Weltwirtschaftsgipfel noch einbeziehen — kommt es darauf an, jede im Rahmen ihrer Möglichkeiten so zu nutzen, daß Konflikte in Europa wirkungsvoll verhindert werden können und das Miteinander der Staaten sich positiv gestalten kann.

Wir Europäer — das sind wir heute auch im Bewußtsein zum Glück alle — fühlen uns aufgerufen, ein demokratisches und blühendes Europa gänzlich zu verwirklichen, Herausforderungen anzunehmen und zukunftsgerichtete Schritte zu wagen. Die Bundesregierung hat sich dem Ziel eines europäischen Deutschlands verpflichtet und ist bereit, die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu ziehen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Tagesordnungspunkt:

Haushaltsentwurf betr. die Verwaltungsausgaben der Versammlung für das Haushaltsjahr 1992

(Drucksache 1281 und Addendum)

Berichterstatter:

Abg. Tim Rathbone (Großbritannien)

Hans Büchler (SPD): Herr Präsident, ich möchte nur eine kurze Intervention machen, weil ich mich verpflichtet fühle, einiges dem hinzuzufügen, was hier gesagt worden ist. Beide Vorredner haben deutlich gemacht, mit welchen Schwierigkeiten wir im Haushaltsausschuß zu kämpfen haben. Andererseits ist klar, daß der Herr Vorsitzende, Herr Rathbone, mit sehr viel Energie versucht hat — dafür müssen wir ihm danken —, die Mittel sozusagen an Land zu ziehen, damit sein Haushalt so vorgelegt werden konnte, wie er schließlich vorgelegt worden ist.

Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß der belgische Kollege einen sehr wunden Punkt angesprochen hat, den auch wir von deutscher Seite als sehr kritisch betrachten, nämlich die **ungleiche Ver-**

teilung innerhalb des Stellenplans unserer Organisation. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß die deutschen Kollegen während der Beratungen erklärt haben, daß das nächste Mal ein solcher Haushalt mit einer solchen Verteilung des Personals auf wenige Nationen nicht mehr unsere Zustimmung finden kann.

Ich bitte also recht herzlich, darauf hinzuwirken, daß sich — auch im Sinne des belgischen Kollegen — in nächster Zukunft einiges tut.

Tagesordnungspunkt:

**Antrag für eine Richtlinie
zum Haushaltsverfahren**

(Drucksache 1297)

vorgelegt vom Haushaltsausschuß

Tagesordnungspunkt:

**Jahresabschluß der Verwaltungsausgaben der
Versammlung für das Jahr 1990 — Bericht des
Rechnungsprüfers und Antrag auf Entlastung**

(Drucksache 1297 und Addendum)

Berichterstatter:

Abg. Tim Rathbone (Großbritannien)

Donnerstag, 5. Dezember 1992

Tagesordnungspunkt:

**Die Rüstungskontrollverhandlungen —
neue Initiativen für die WEU**

(Drucksache 1288 und Addendum)

Berichterstatter:

Abg. Luis Maria de Puig (Spanien)

Empfehlung 513

betr. **die Rüstungskontrollverhandlungen —
neue Initiativen für die WEU**

Die Versammlung,

- (i) sich der Veränderungen der letzten Jahre in Europa bewußt, die Frieden und Sicherheit beeinflußt und zu großen Fortschritten bei den Abrüstungsvereinbarungen geführt haben und fortan beispiellose Möglichkeiten für einen noch stärkeren Abbau aller Waffenarten bieten;
- (ii) in Anbetracht der Bedeutung der bislang erzielten Übereinkommen über die Reduzierung konventioneller und nuklearer Waffen und die Überwachung und Verifizierung des Verbots bestimmter Massenvernichtungswaffen;
- (iii) mit Genugtuung über die kürzlich von Präsident Bush und Präsident Gorbatschow vorgelegten

Vorschläge über radikale Reduzierungen der Nuklearwaffen, die einen wichtigen Fortschritt sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht in diesem Bereich bedeuten;

- (iv) mit Genugtuung über die Reduzierung der nuklearen Waffen, über die sich die NATO auf ihrem kürzlichen Treffen in Taormina geeinigt hat;
- (v) jedoch davon überzeugt, daß die in der Haager Plattform wiederholten Grundsätze ein Kernelement der europäischen Verteidigung bleiben werden;
- (vi) davon überzeugt, daß der KSE-Vertrag ein Meilenstein auf dem Weg zur Begrenzung dieser Waffen sein wird, und dem Wunsch Ausdruck verleihend, daß dieser Vertrag unverzüglich von allen Staaten ratifiziert werden möge;
- (vii) in Anbetracht dessen, daß es neue Perspektiven gibt auf eine Weiterentwicklung bei der konventionellen Abrüstung im Rahmen der KSZE und des Atlantischen Bündnisses;
- (viii) in Anerkennung der im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz unternommenen Anstrengungen im Hinblick auf ein völliges Verbot der chemischen und biologischen Waffen;
- (ix) sich dessen bewußt, daß der WEU eine wichtige Rolle bei der Unterstützung des Abrüstungsprozesses und der Ergreifung von Initiativen für seine praktische Umsetzung zukommt;
- (x) ihrerseits entschlossen, in Absprache mit allen geeigneten Gremien, Rüstungskontrollfragen in fortlaufenden Debatten zu erörtern;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. durch sein Handeln zur Förderung aller jetzt ergriffenen Friedens- und Entspannungsinitiativen beizutragen, insbesondere durch Unterstützung der Abrüstungs- und Rüstungskontrollvorschläge;
2. sich kontinuierlich für die Förderung eines Konsens unter den Mitgliedstaaten über Abrüstungsfragen einzusetzen mit dem Ziel einer Annäherung der Positionen, einer Harmonisierung der Gesetze und Ergreifung gemeinsamer Maßnahmen im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung, einschließlich Maßnahmen zur Regulierung und Transparenz des Waffenhandels;
3. sicherzustellen, daß die Gestaltung von Frieden auf europäischer und auf nationaler Ebene zunehmend im Einklang mit den quantitativen und qualitativen Kriterien im Verteidigungsbereich verläuft, um zu einer Festlegung von angemessenen Mindestforderungen zu gelangen;
4. die Vorschläge von Präsident Bush und von Präsident Gorbatschow im Hinblick auf einen Abbau der nuklearen Waffen sowie die Anstrengungen zur Verhinderung ihrer Weiterverbreitung nachdrücklich zu unterstützen in Übereinstimmung mit den im Nichtverbreitungsvertrag festgelegten

Bestimmungen und im Hinblick auf ein Verbot der Atomtestversuche;

5. eine Politik der nuklearen Abschreckung auf einem Mindestniveau auszuarbeiten und zu unterstützen, welche den jüngsten Veränderungen Rechnung trägt, jedoch auch eine Beachtung der europäischen Interessen gewährleistet;
6. sich weiterhin nachdrücklich für ein Verbot der Herstellung, Lagerung und Lieferung von chemischen und biologischen Waffen einzusetzen;
7. nachdrücklich den KSE-Vertrag zu unterstützen durch Aufforderung an die Mitgliedstaaten, diesen Vertrag unverzüglich zu ratifizieren und damit sicherzustellen, daß sich die WEU in dieser Hinsicht beispielgebend verhält;
8. den Verifikationsvereinbarungen neue Impulse zu verleihen, um die Schaffung von Verifikationssystemen und -programmen, die für alle Mitgliedstaaten annehmbar sind, zu ermöglichen;
9. zu gewährleisten, daß das Auswertungszentrum für Satellitendaten in den durchzuführenden Verifikationsprozeß eingebunden wird;
10. die notwendigen Mechanismen in Gang zu setzen, damit die WEU in abgestimmter Weise insbesondere im Atlantischen Bündnis und in anderen zuständigen Gremien am erforderlichen Austausch von Informationen und an der Erarbeitung von Abrüstungsvorschlägen beteiligt wird.

Empfehlung 514

betr. die Rüstungskontrollverhandlungen — neue Initiativen für die WEU

Die Versammlung,

- (i) mit Genugtuung über die positiven Ergebnisse des Treffens des Ministerrates der WEU am Montag, den 18. November 1991, in Bonn, d. h.:
 - a) den Beschluß, ein Analyse- und Ausbildungszentrum für Satellitendaten der WEU mit Wirkung vom 1. Januar 1992 in Torrejón in Spanien zu errichten;
 - b) den Beschluß, eine Studiengruppe zu bilden, um die Notwendigkeit und Wünschbarkeit einer mittel- und langfristigen Realisierung eines europäischen weltraumgestützten Beobachtungssystems zu untersuchen;
- (ii) darüber erfreut, daß der Rat zahlreiche frühere Empfehlungen der Versammlung in bezug auf die Verifikation von Rüstungskontrollmaßnahmen beherzigt hat, und mit nachdrücklicher Billigung des Kommuniqués vom 18. November 1991 zu diesem Thema:

„Die Minister nahmen den Fortschritt der Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten bei der Verifikation von Rüstungskontrollübereinkünften zur Kenntnis. In diesem Zusammenhang unterstrichen sie die Verbindung zwischen der Zusammenarbeit in Weltraumfragen und der Veri-

fikation von Rüstungskontrollmaßnahmen, einschließlich der Verifikation des KSE-Vertrags.

Die Minister nahmen die im Rahmen der Durchführung des Verifikationsregimes des KSE-Vertrags unternommenen vorbereitenden Schritte zur Bildung multinationaler Inspektionsteams zustimmend zur Kenntnis. Sie billigten ein Paket von Regeln für die Zusammenarbeit multinationaler Teams.

Sie beschlossen, bei ihren weiteren Überlegungen die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit allen KSZE-Staaten zu berücksichtigen.

Der Rat begrüßte die Fortschritte im Anschluß an die Wiederaufnahme der „Open Skies“-Verhandlungen in Wien, die auf einen erfolgreichen Abschluß bis zum Folgetreffen in Helsinki hoffen lassen. Die Minister messen einer beschleunigten Suche nach kostengünstigen Lösungen bei der Durchführung einer „Open Skies“-Übereinkunft weiterhin große Bedeutung bei.“

- (iii) unter Berücksichtigung des neuen strategischen Konzeptes, welches von der NATO auf ihrer Tagung in Rom festgelegt wurde sowie seiner Folgen und mit der nachdrücklichen Aufforderung zu einer weiteren praktischen alle Aspekte der Rüstungskontrolle und Abrüstung umfassenden Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der WEU;
- (iv) jedoch mit Besorgnis darüber, daß es in der besonderen Frage der Vermeidung von Umweltschäden zu keiner ausreichenden internationalen Abstimmung gekommen ist, obwohl dies gegenwärtig dringend erforderlich ist, um die sichere Entsorgung von konventionellen und nuklearen Waffen zu gewährleisten;
- (v) mit Genugtuung über alle Maßnahmen, die der Stärkung eines Kontrollsystems für Raketentechnologie dienen und insbesondere erfreut über die kürzlich bekundete Bereitschaft der Volksrepublik China, sich an die diesbezüglichen Bestimmungen zu halten;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. das neue strategische Konzept des Atlantischen Bündnisses zu unterstützen und zu demonstrieren, daß die WEU als europäischer Pfeiler bereit ist, sich den gegenwärtigen Herausforderungen durch die Ergreifung einer speziellen Rüstungskontrollinitiative zu stellen, mit der unsere beträchtlichen politischen, gesetzlichen und technischen Möglichkeiten unter Beweis gestellt werden;
2. die Teilnehmer der Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte zu ermutigen, zu positiven Abschlüssen zu gelangen, die im März 1992 in Helsinki vorgelegt werden können;
3. die Mitgliedstaaten der WEU und der KSZE zu ermutigen, den in Verbindung mit der Vernichtung konventioneller und nuklearer Waffen entstehenden Umweltproblemen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, die Vermeidung dieser Art von möglichen Umweltschäden zu untersuchen und darüber

zu berichten und damit größere Transparenz in diesem wichtigen Bereich zu gewährleisten;

4. zusätzlich zu dem Bemühen um Fortschritte bei der Verifikation, der Satellitenbeobachtung, den multinationalen Inspektionsteams und bei der Durchführung einer „Open Skies“-Übereinkunft sich aktiv für eine stärkere Beachtung des Kontrollregimes für Raketentechnologie einzusetzen.

Tagesordnungspunkt:

Waffen und militärische Ausrüstung für eine schnelle europäische Eingreiftruppe

(Drucksache 1292)

Berichterstatter:

Abg. Sir Dudley Smith (Großbritannien)

Lilo Blunck (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Herren! Meine Damen! Ich schätze Sie alle sehr. Ich höre Ihnen gerne zu. Ich lerne viel von Ihnen. Deswegen bin ich auch davon überzeugt, daß ich hier eine total andere Meinung vertreten darf und daß Sie dies ertragen können, denn nur dann, wenn Sie meine Meinung kennen, können Sie mich von Ihrer Meinung überzeugen.

Sicherheit ist nicht mehr allein ein militärischer Begriff. Die gemeinsame Sicherheit wird nicht nur durch Überrüstung, Massenvernichtungswaffen und militärische Aggression gefährdet, sondern genauso durch **globale Umweltzerstörung, exzessiven Energie- und Rohstoffverbrauch, Überbevölkerung** und eine **ungerechte Weltwirtschaft**. Verteilungskämpfe und Wanderbewegungen gefährden die internationale Sicherheit genauso wie ethnische und religiöse Spannungen, Menschenrechtsverletzungen und die Verfolgung von Minderheiten.

Der Bericht von Sir Dudley Smith geht nun davon aus, daß wir zu unserer Sicherheit eine multinationale Eingreiftruppe brauchen. Ich habe sehr genau zugehört, Sir Dudley Smith. Sie haben gesagt, daß wir nur einen Vorschlag der NATO-Verteidigungsminister aufgreifen. Aber ganz abgesehen davon müssen nach meiner Überzeugung erst die **Bedingungen** für eine solche **nationale Eingreiftruppe** festgelegt werden, denn ich frage mich immer noch: Wollten wir in Jugoslawien einmarschieren? Heute kamen die Nachrichten über Belfast: Wollen wir in Belfast einmarschieren? Dies muß vorher festgelegt werden. Das muß nach meiner Überzeugung zuvor gemacht werden.

Nach der militärischen Logistik ist eine militärische Einsatztruppe immer eine Angriffstruppe. Das empfinde ich als einen Widerspruch. Wir waren bisher unter dem Gesichtspunkt der Existenz eines intakten Warschauer Pakts immer stolz darauf, daß wir eine **Verteidigungsarmee, keine Eingriffsarmee** hatten. Unser Ziel war die **strukturelle Nichtangriffsfähigkeit**. Nachdem der Warschauer Pakt nunmehr zusammengebrochen ist, wollen wir eine Angriffstruppe einsetzen. Das ist für mich nicht in Ordnung.

Ich weiß, daß in der Praxis die Trennung zwischen Angriff und Verteidigung schwer ist, aber in der Logistik wurde die Mobilität und damit natürlich die Angriffsfähigkeit dadurch beeinträchtigt, daß wir weniger Panzertransporte, daß wir weniger Brückenlegepanzer hatten, daß wir statt mobiler Versorgungseinheiten bisher andere Einheiten hatten, daß wir keine Kampfhubschrauber anschafften. Das müßte aber geschehen, wenn wir eine Eingreifstruppe aufstellen würden, denn Kampfhubschrauber sind leicht, beweglich und tödlich. Wir bräuchten ein Großraumflugzeug. Ich erinnere daran, daß die Russen es abgelehnt haben, die Geräte zum Golf zu transportieren. Ich sage Ihnen: Dies ist ein Beschaffungsprogramm in mindestens zweistelliger Milliardenhöhe für die Rüstungsindustrie — und das unter dem Gesichtspunkt, daß Hunger in der Welt herrscht, insbesondere im östlichen Teil Europas, daß Menschen verhungern.

Wir sind eine Risikogemeinschaft. Die Welt ist eine zerbrechliche Einheit. Die **militärische Aktion** ist nach meiner Überzeugung **keine politische Option**. Wer das glaubt, ist ein Vertreter alten Denkens, denn im Zeitalter hypermoderner Massenvernichtungswaffen und globaler ökologischer Krisen müssen wir andere, angemessene, verantwortbare Entscheidungen treffen. Ich sage das ganz bitter: Leider ist die Entscheidungsmacht nicht immer mit der Erkenntnisfähigkeit gepaart.

In dem Bericht wird auf Friedrich den Großen eingegangen. Ich will an eine andere Person der Zeitgeschichte erinnern, nämlich an Bertha von Suttner. Am 18. April 1906, also vor 85 Jahren, hat sie in Oslo den Friedensnobelpreis bekommen. Sie hatte eine Vision; sie hatte einen Traum. Sie kämpfte gegen jede Art gewaltsamer Konfliktlösung. Sie wollte ein internationales Schiedsgericht schaffen, das ohne Waffen, das an Stelle von Waffen Konflikte zwischen Staaten lösen sollte.

„Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“ — Das steht im Programm meiner Partei. „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“ — Dahinter steht die Gewißheit, daß Krieg mit atomaren, chemischen, biologischen konventionellen Massenvernichtungswaffen in unserer zerbrechlichen Welt nicht verantwortbar ist. Dahinter steht die Überzeugung, daß **Krieg keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln** ist, sondern immer ihre Selbstaufgabe. Dahinter steht die Erkenntnis, daß Diktatur und Folter entsetzlich, verachtenswert, zu verabscheuen sind, daß Krieg aber Tod und damit absolute Hoffnungslosigkeit bedeutet.

Ich erinnere uns alle daran, daß wir in der ČSFR Konflikte eben nicht militärisch gelöst haben. Der Krieg kann keine Grenzen schützen. Krieg ist immer grenzenloses Leid. Krieg ist Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung. Er schafft keine gerechte Verteilung der Güter der Erde. Er achtet nicht die Menschenrechte und gewährleistet nicht den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Empfehlung 515
betr. **Waffen und militärische Ausrüstung
für eine schnelle europäische Eingreiftruppe**

Die Versammlung,

- (i) in Kenntnis des Beschlusses der Verteidigungsminister der NATO, eine multinationale schnelle Eingreiftruppe unter dem Befehl des Alliierten Kommandobereiches Europa zu schaffen;
- (ii) in Kenntnis der gemeinsam von Italien und dem Vereinigten Königreich am 4. Oktober abgegebenen Erklärung über Sicherheit und Verteidigung in Europa, welche den Mitgliedern der WEU die Schaffung einer europäischen Eingreiftruppe empfiehlt;
- (iii) in Kenntnis der deutsch-französischen Initiative vom 14. Oktober über Sicherheit und Verteidigung in der Europäischen Union, mit der die Schaffung von militärischen Einheiten, die der WEU zugeordnet sind, empfohlen wird;
- (iv) davon überzeugt, daß es einen unumkehrbaren Trend in Richtung auf mehr politische Verantwortlichkeit für Europa auf internationaler Bühne im Rahmen einer politischen Union gibt;
- (v) in Anerkennung dessen, daß eine Politische Union mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auch eine stärkere europäische Verteidigungsidentität mit der langfristigen Perspektive einer gemeinsamen Verteidigungspolitik beinhaltet;
- (vi) sich dessen bewußt, daß derzeitige und zukünftige Verteidigungshaushalte der Vereinigten Staaten beträchtlichen Einschränkungen unterliegen bzw. unterliegen werden, was dazu führen wird, daß die Möglichkeiten der europäischen Streitkräfte, sich auf die militärische Ausrüstung der USA zu verlassen, zunehmend eingeschränkt werden;
- (vii) in Anbetracht dessen, daß die Mitgliedstaaten der WEU gezwungen sein werden, das gesamte Spektrum der benötigten militärischen Ausrüstung für eine einsatzbereite und effiziente europäische schnelle Eingreiftruppe bereitzustellen, darunter insbesondere eine eigenständige strategische und taktische Luftraumtransportkapazität;
- (viii) sich dessen bewußt, daß wichtige Wehrbeschaffungsprogramme langfristige Projekte sind, die Zeitpläne von 15 bis 20 Jahren erfordern, bevor sie durchgeführt werden können,

EMPFIEHLT DEM RAT

1. den Ausschuß der Generalstabschefs der WEU-Mitgliedstaaten anzuweisen, unverzüglich die möglichen Beiträge aller Mitgliedstaaten, die vereinbart haben, sich an der zukünftigen europäischen schnellen Eingreiftruppe zu beteiligen, zu prüfen mit dem Ziel einer frühstmöglichen Koordination von Waffen und militärischer Ausrüstung für diese Truppe;

2. die Arbeitsgruppe der Vertreter der Verteidigungsministerien dringend aufzufordern, ihre Untersuchung über eine europäische See- und Luftraumtransportkapazität zielstrebig fortzuführen und bei dieser Untersuchung die mögliche Schaffung eines europäischen Kommandos für eine strategische Luftraumtransportkapazität im Rahmen der WEU zu prüfen.

Entschließung 84

betr. **die Situation in Osttimor**

Die Versammlung,

1. Unter Bekräftigung ihrer Entschlossenheit, die Freiheit und Demokratie der Staaten im Einklang mit den völkerrechtlichen Grundsätzen zu verteidigen, verurteilt die Versammlung das am 12. November in Osttimor verübte Massaker und die anhaltende Anwendung von Gewalt durch die indonesischen Besatzungstruppen.
2. Seit Beginn der gewaltsamen Gebietsaneignung wird den indonesischen Besatzungstruppen Widerstand von seiten der Bevölkerung Osttimors entgegengebracht. Dies hat im Verlauf von 16 Jahren zum Tod von 200 000 Menschen in Osttimor geführt.
3. Angesichts einer von der indonesischen Regierung verfolgten andauernden und immer schlimmer werdenden Politik der gewaltsamen Annexion, mit der das Verbrechen des Völkermords begangen wird, vertritt die Versammlung die Ansicht, daß die internationale Gemeinschaft weitere Maßnahmen ergreifen muß, um Bedingungen herbeizuführen, die es dem Volk von Osttimor ermöglichen, sein Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit auszuüben. Dieses Recht wird in der Charta der Vereinten Nationen sowie in Resolutionen des Sicherheitsrates und der Generalversammlung dieser Organisation sowie von der Interparlamentarischen Union, dem Europäischen Parlament und auch von der Konferenz der Bündnisfreien Staaten anerkannt.
4. Daher fordert die Parlamentarische Versammlung der WEU die indonesische Regierung auf:
 - a) jede Gewaltanwendung und Verletzung der internationalen Grundsätze, welche die Wahrung der Menschenrechte und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit garantieren, zu beenden;
 - b) die bewaffneten Streitkräfte vom Territorium Osttimors abzuziehen und die notwendigen politischen Voraussetzungen für die freie Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung zu schaffen;
 - c) das Staatsgebiet Osttimors in der Tat unverzüglich zu öffnen und internationalen Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen zu gestatten, humanitäre Maßnahmen in Osttimor durchzu-

führen und die Situation unter dem Aspekt der Verletzung von Menschenrechten zu prüfen.

FORDERT alle Mitgliedstaaten AUF,

- (i) ein unverzügliches Embargo für die Lieferung von Waffen nach Indonesien zu verhängen;
- (ii) unverzüglich jede militärische Unterstützung für Indonesien auszusetzen.

